

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kredaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortl. Red.: Emil IV. Nr. 1984

Donnerstag, den 25. Januar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortl. Red.: Emil IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis pro Nummer:
Wochenblatt 20 Pf. monatlich 1,10 Mk.
Einzeln 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage 'Die Neue Welt' 10 Pf.
Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungsverzeichnisse.
Unter Abdruck für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgehaltene Kolonette oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Besprechungen und Berichtigungs-Anzeigen 25 Pf. 'Kleine Anzeigen' das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf. jedes weitere Wort 5 Pf.
Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Interesse für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden.
Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
'Sozialdemokrat Berlin'.

Ein verdrehtes und verdecktes Prinzenwort.

Wie auf Verabredung und nach einem bestimmten Plane haben die Redner in den Berliner Demonstrations-Versammlungen, die Bebel, Singer, Heine, den Prinzen Ludwig von Bayern wegen seiner Lobspüche auf das allgemeine und gleiche Wahlrecht mit Anerkennung und Schmeicheleien überhäuft. So hebt 'Die Post' am Dienstagabend ihr verärgertes Geheiß darüber an, daß ein leidenschaftlicher deutscher Prinz der Sozialdemokratie zu ihrem schweren Gedächtnis gegen das Dreiklassenwahlrecht ein kleines Kinder-Kistöl hinzugeliefert hat.

Hürwah! Wir bemitleiden allmählich unsere politischen Gegner, deren Stumpfheit keinen Anlaß zu töricht erachtet, keine Gelegenheit als unpassend anerkennt, der Sozialdemokratie etwas am Zeuge zu kliden. Wir können der 'Post' und ihrem Bruder 'Reichsbote', der in dieselbe Kerbe haut, ein großes Geheimnis verraten: Nicht nur die Bebel, die Singer, die Heine haben am Sonntag den 'Genossen' Prinz Ludwig von Bayern als Gegner des preussischen Wahlrechts ausmarschieren lassen, nein — unter den vielen hundert sozialdemokratischen Rednern des Tages werden sicherlich sehr wenige gewesen sein, die sich das gleiche Argument in ihren Ausführungen entgegen ließen! Allerdings bedürften sie dazu weder einer 'Verabredung' noch eines 'bestimmten Planes' — das lag sozusagen in der Luft. Zudem ergiebt es den Agitatoren der Sozialdemokratie nicht so wie gewissen anderen guten Deutschen, die stets eines oder mehrerer 'Gef.'-Treiber bedürfen, um ihr kümmerliches 'I-a' herausstochen zu können. Kurz und gut: Prinz Ludwig war der Held des Tages!

Sind wir gerade dabei, 'Post', 'Reichsbote' und Konforten ein wenig zu katechisieren, so wollen wir ihnen auch gleich noch verraten, weshalb der gute Bayern-Prinz von den Sozis plötzlich dermaßen mit Anerkennung und Schmeicheleien überhäuft ward. Unsere Redner haben sich — prägnant ausgedrückt — in allen ihren Agitationsreden vornehmlich zweier Aufgaben zu erledigen: Einmal ihrer Zukunftspositiv-Aufklärungspflicht zu dienen, Gebirn und Gemüt anzuregen, Denk- und Diskutiermaterial zur weiteren Verarbeitung mit auf den Weg, in die Werkstätten, die Fabriken, die Kontors zu geben. Dann aber liegt ihnen eine zweite — mehr negative — Aufgabe ob. Eine große Zahl Arbeiter ist zwar schon zum Klassenbewußtsein erwacht, aber sie hat noch schwer mit Hemmnissen zu kämpfen, die ihr tagtäglich in der Familie, im Gespräch mit 'Vorgesetzten', mit zurückgebliebenen Klassen- und Arbeitsgenossen zu schaffen machen. Da tauchen manchmal Einwände auf, die von Ungeübten, Unbewanderten, Unbelehrten nicht schnell und ohne weiteres in ihrer Haltlosigkeit durchschaut, geschweige denn widerlegt werden können. Mit Rücksicht auf diese Gefahr haben unsere Redner immer wieder und wieder nicht nur das eigene Rüstzeug zu untersuchen, sondern auch die vergifteten Waffen unserer Gegner auf ihre heimtückische Gefährlichkeit zu prüfen. Und darum müssen wir wohl oder übel nur zu häufig auf Vorkommnisse, Erörterungen, neben-sächliche Fragen eingehen, mit denen wir uns am liebsten überhaupt nicht beschäftigen!

Wir hätten das nicht nötig, wenn 'Post', 'Reichsbote' usw. gewohnt wären, der Wahrheit die Ehre zu geben und gelegentlich auch ihre politischen Antipoden zu Worte kommen, deren Erörterungen ohne Verdrehung, ohne Entfärbung passieren zu lassen. So — wissenschaftlich gekannt ist aber unsere gegnerische Presse nicht, und darum haben wir von Zeit zu Zeit uns der Aufgabe zu unterziehen, ihr einen Teil der Arbeit abzunehmen, den sie — allzu denkfaul und allzu gewissenlos — sich meisterlich vom Leibe zu halten weiß. Das konservative Zeitungs-Kontingente hätte z. B. die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit gehabt, über die wahrheitsfreundlichen Äußerungen des bayerischen Thronfolgers sofort herzufallen, sie zu zerlegen, zu zerhacken, daß es eine Lust gewesen wäre. Hat's das? Keine Spur! Es überließ den Bebel, den Singer, den Heine die Mühe, am Gedank- und Wahlrechts-Sonntag zu den Versammelten also zu sprechen: Wir Sozialdemokraten bewerten zwar ein gutes Wort nicht nach dem Mittel oder dem Titel dessen, der das Wort gesprochen hat. Aber es gibt in allen Rändern Menschen, die das Wort eines königlichen Witzkinds höher einschätzen als die Rede eines gereisten Bürgers in salblicher Lebensstellung. Und ferner: Wir Sozialdemokraten haben die wichtige Macht der Logik und der Gerechtigkeit für uns, wenn wir 'das elendeste aller Witzsysteme' in den schwärzesten Höllenschlund verwünschen. Wir brauchen also keine neuen Schwurzeugen gegen das Sechsjährige-Unrecht der preussischen Dreiklassenwahlrecht. Aber! Es gibt in Deutschland eine pfäfflich-junkerliche Reaktionsstipe, die erstens ein Prinzenwort, wenn's ihr in den Kram paßt, gar höher wertet als Gotteswort. Die zweitens die reizende Angewohnheit hat, ihren Lesern, ihren Hörern, ihren Anhängern, ihren Gegnern Tag für Tag dieselbe Pizanelei bis zum Ueberdruß vorzuführen, sobald sie ihren Geschäften kommt. Die aber verheißt, tollkühn, was Nicht in die von ihr erzeugte und künstlich konservierte Finsternis zu bringen geeignet wäre. Wenn diese Gesellschaft auch eines Tages sagt: Die Leute von Bildung und Verstand müssen mehr Einfluß bei Parlaments-

wahlen haben als ihr ungebildeten, bettelarmen Proleten, dann schleudert ihnen die Antwort entgegen: Prinz Ludwig von Bayern, Wein von eurem Wein, Blut von eurem Blut, Fleisch von eurem Fleisch, hat in der Reichsratskammer das von euch bekämpfte allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht 'vom Gerechtigkeitsstandpunkte aus' gefordert. Nun seht zu, wie ihr euch mit ihm auseinandersetzen könnt.

Da das scharfmacherische Beweigeln und Beweigeln nicht den erhofften Erfolg gezeitigt hat, so häuft das konservative Pöbel-Geschicht Lüge auf Lüge, um sich den Groll der Enttäuschung von der Seele zu baden. Oder ist's keine Lüge, wenn 'Die Post' sagt, die Bebel, die Singer, die Heine hätten den bayerischen Thronfolger 'mit Anerkennung und Schmeicheleien' überhäuft? Warum zitiert Herr Dr. Wilhelm Kronsbain jene 'Schmeicheleien' nicht? Allerdings, wenn's schon als Schmeichelei gilt, einem Gegner zuzugestehen, daß er einmal ein verständiges Wort geredet hat, dann haben die Bebel, die Singer, die Heine geschmeichelt! Dann ist aber der biedere Kronsbain der letzte, als sachverständiger Beurteiler fungieren zu können; denn er hat wohl allzu selten das Zeugnis erhalten: etwas Verständiges ausgesprochen zu haben. Man braucht sich ja nur sein Prinzenwort-Entretreilet anzusehen. Welcher Witzstimm! Da heißt es z. B.:

Die Äußerung des Prinzen ist aber vom spezifisch bayerischen Standpunkt und innerhalb des spezifisch bayerischen Gesichtskreises getan. Bayern ist im Verhältnis zu Preußen und Norddeutschland industriell so gut wie gar nicht entwickelt und zum überwiegenden Teil Agrarland. Da spielt natürlich die Sozialdemokratie der Zahl nach im Lande nur eine sehr geringe Rolle. Ueber die katholische Landbevölkerung herrscht mit gewaltiger und unerschütterlicher Majorität das Zentrum, das in Bayern so agrarisch ist, daß hier dem 'Bund der Bauernvereine' wirklich nichts zu wünschen übrig bleibt. Hier wirkt natürlich gerade das allgemeine und gleiche Wahlrecht im agrarischen Sinne und darum 'reaktionär', um im Jargon unserer Liberalen und demokratischen Presse zu sprechen, die bekanntlich mit Vorliebe Bayern in seinen katholischen und agrarischen Bestandteilen als das 'schwarzeste Deutschland' zu bezeichnen beliebt.

Die Herren, die da gegen ihre sonstige Gewohnheit unvorsichtlich an einem Fürstentum drehen und drehen, übersehen in ihrer Eut, daß der Bayernprinz ganz allgemein in dem Dreiklassenwahlrecht den Text gelesen und daß er an einigen Stellen Worte gebraucht hat, die wider die Absicht des Redners unklar auch gegen den von katholischen Priestern geübten Gewissenszwang bei Wahlen ins Feld geführt werden können!

Nach dem Gesagten brauchen wir uns mit dem 'Reichsboten', der natürlich ins 'Post'-Horn bläst, nicht weiter zu beschäftigen. Er geist dieselbe Melodie, natürlich noch viel ungeschickter und stümperhafter. So z. B.:

'Der Vorwärts', der gewiß sonst Fürken nicht schmeichelt, macht diesmal eine glänzende Ausnahme. Er macht dem Prinzen folgende Komplimente:

Und nun zitiert er aus dem 'Vorwärts' 28 Zeilen, in denen nicht die geringste Spur einer Schmeichelei oder eines Kompliments zu finden ist, das wir dem Prinzen übrigens nachträglich zu machen gern bereit sind, wenn 'Der Reichsbote' daran seine Freude hat. Geradezu köstlich ist der Schluß des Artikels. Da es dem 'Reichsboten' nämlich nicht gelungen ist, die preussische Sozialdemokratie vor dem 21. Januar einzuschüchtern, so versucht er sein scharfmacher-Glied bei dem bayerischen Prinzen, den er folgendermaßen apostrophiert:

Hier handelt es sich um die Sache aller deutschen Monarchen, die bayerische soll sich nur nicht einreiben, daß das Schicksal, das der 'Vorwärts' den anderen zuschreibt, an ihr vorübergehen wird!

Auch Kronsbain hat Pech mit seinem Schlupfpassus. Der gute Mann endet seine Salbaderei nämlich mit folgender geistreichen Synthese:

Wenn Prinz Ludwig Bürgermeister von Nürnberg oder König von Preußen wäre, hätte er seine Wahlrechtsrede vermutlich anders gehalten.

Die gute 'Post' — sie ahnt nicht, wie recht sie hat! So recht, daß man ihren genialen Satz sogar umwenden kann, ohne daß er an Richtigkeit einbüßt: Wenn der König von Preußen Thronfolger in Bayern wäre, hätte er seine Wahlrechtsrede vermutlich anders gehalten.

Es lebe die Vernunft der — Unvernünftigen!

Die Revolution in Rußland.

Winternde Truppen.

Petersburg, 24. Januar. Die Nachrichten aus dem Kaukasus lauten andauernd ungünstig. In Wladikawkasien die Soldaten einen Polizei-Kommissar, welcher in die Kaserne gekommen war, um eine Untersuchung über die Ermordung zweier Prostituierten einzuleiten. Die Soldaten erließen alsdann einen Aufruf an die Bevölkerung, winternden gegen ihre Vorgesetzten und griffen die treu gebliebenen Truppen an, wobei es zu einem wahren Blutbade kam. Darauf wurde in der Stadt geplündert. Die Lage der ganzen Gegend ist äußerst ernst.

Bombenangriff gegen Gendarmen.

Odesa, 24. Januar. Die Revolutionäre haben mittelfst Bomben eine Gendarmestation in die Luft gesprengt. Die Zahl der Opfer

ist noch unbekannt. Den Tätern gelang es zu entkommen. Bei der eingeleiteten Untersuchung entdeckte die Polizei ein Bombendepot, 35 Personen wurden verhaftet. Ferner wurde in Odesa der Vorsitzende der nationalen Vereinigung von Matrosen der russischen Handelsflotte verhaftet.

Eine brennende Stadt.

Tiflis, 24. Januar. Der zur Säuberung des Tunnels bei Suram abgeordnete Militärzug fuhr bis zur Bahnstation Mon, etwa 10 Kilometer von Kutais. Bei Kizirich fand ein Zusammenstoß von Truppen und Aufständischen statt, wobei viele getötet wurden. Kizirich steht in Flammen.

Aufruf des Zentralkomitees des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland.

An alle freien Bürger.

Ein Sturm der großen Revolution hat sich über Rußland entladen und hat das ganze unermeßliche Land von einem Ende bis zum anderen erschüttert. Und diesem gewaltigen Sturm folgt auf dem Fuße der Wirbelwind eines blutigen und schreckungsvollen Bürgerkrieges, wie ihn nur die künftigen reaktionären Kräfte eines rückständigen Landes, das so lange in den eisernen Fesseln der Selbstherrschast gefesselt hat, hervorbringen konnten.

Die Reaktion mobilisiert alle ihre Kräfte. Das sterbende Regime hat einen festen Bund mit dem Abkammer der Gesellschaft geschlossen. Sie hat diese finstere Macht gesammelt, sie organisiert und bewaffnet, und diese Kräfte, die ihrer Führer würdig ist, zu einem blutigen Kriege, voll endloser Schrecken und tierischer Grauel ausgerüstet.

Waffenengewehe trafen in den Straßen der russischen Städte; es sollen Opfer ohne Zahl, das Blut fließt in Strömen. Das alte bewährte Mittel ist wieder in Gang gesetzt; die Judenmeyerleien flammen in so unermeßlichen Dimensionen auf, daß vor ihnen alle blödsinnigen Schrecken der zahllosen Verbrecher des Judentums erblassen und in ein Nichts zusammensinken. Unter dem Schutze des Militärs und der Mitwirkung der Behörden, unter der Oberleitung Trepows, nach einem einseitigen Plane, bewußt und kaltblütig, machen die 'Schwarzen Hunderte' der Regierung die jüdische Bevölkerung Rußlands zu Tausenden dahin. Ganze Viertel werden ausgelöscht. Ganze Städte stehen in Flammen. Anarchie und Schrecken herrschen in Rußland. Das Werk der Verletzung ist in Gefahr. Wir, die Vertreter der kämpfenden jüdischen Arbeitermassen, des Proletariats jener Nation, die unter den Bedrückten die am meisten bedrückt ist, haben längst unseren Befreiungskampf mit der Idee des Widerstandes gegen die gedungenen Mörder des Judentums, mit der Idee der Selbstverteidigung vereinigt. Die jüdischen Proletarier haben stets in den vordersten Reihen des revolutionären Kampfes gestanden, und auf sie fielen stets die schwersten Schläge des schreckungsvollen Feindes; und gegenwärtig, wo diese Schläge mit ungläublicher Wucht auf sie niederfallen, erhebt die Aufgabe der Selbstverteidigung mit wie dagewesener Schärfe und Dringlichkeit vor ihnen. Indem sie sich zur Wehre setzen, dienen sie den Interessen der Revolution. Ihr Kampf um das Leben ist der Kampf für die Sache der Freiheit. Und alle, denen diese Sache teuer ist, müssen ihnen zu Hilfe kommen.

Die russische Revolution ist gekommen. Wir haben den Sieg gesehen. Was es ein Sieg für einen Augenblick gewesen sein — es ist dennoch ein Sieg gewesen. Wir haben die Morgenröte eines neuen Lebens hell aufleuchten, wir haben die Luft der Freiheit eingeatmet, und das, was wir durch Tausende von Opfern erlauft haben, wir werden es uns um keinen Preis entziehen lassen. Unfere Losung lautet: Tod oder Sieg! Wir erwarten den Sieg, wir glauben fest an den Triumph unserer Sache, und wir rufen alle, die gleich uns den Triumph der Freiheit wünschen, und in dieser schweren Stunde zu Hilfe zu kommen.

Das Zentralkomitee des Bundes.

Der schandhafte Liberalismus und das kämpfende Proletariat.

Rußland durchlebt jetzt einen wichtigen und ersten Augenblick. Der Kampf wird von Stunde zu Stunde gewaltiger, und die Entscheidung rückt immer näher. Sowohl das Proletariat als auch die Regierung führen alle ihnen zu Gebote stehenden Hilfsmittel ins Feld. Auf beiden Seiten wird ein erbitterter Kampf auf Leben und Tod geführt; es kämpfen und ringen mit einander das alte Rußland mit allen seinen finsternen Bundesgenossen und das neue, freiheitsliebende Rußland. Und von den Kräften der Revolution hängt es ab, wie sich die künftigen Geschehnisse unseres Vaterlandes gestalten werden.

Und da, in diesem entscheidenden Augenblicke, lassen unsere Liberalen, die bis jetzt zwischen zwei Stühlen gesessen haben, die heilige Sache der Freiheit im Stich und ziehen der Regierung die Hand zum Freundschaftsbunde. Sie haben es abgelehnt, mit dem Volke zusammenzugehen und sind zur feindlichen Haltung übergegangen. Sie haben sich von der Revolution losgerissen und mit der Reaktion Frieden geschlossen. Sie beugen sich, ihre bevorrechtete Lage auszunutzen und mit dem Reue Verträge zu schließen.

Aber diese Taktik ist für uns nichts Neues. Wir haben sie schon einmal, Ende der 70er Jahre, gesehen, als die Autokratie, durch die heldenhafte und wichtigen Schläge der 'Karodnia Wolia' in tödliche Angst versetzt, sich quasi zu Reformen entschloß und von einer Volksvertretung zu sprechen begann. Damals ließen sich die kurzlebigen Liberalen irreleiten und verlockten der Regierung die Möglichkeit, einen maßlosen und blutigen Sieg davonzutragen. Und jedesmal, wenn in die ständige politische Klumpstiege ein erschütternder Frühlinghauch dringt, fallen unsere Liberalen ihrem 'geliebten Monarchen' zu Füßen und liefern ihm einen Beweis der 'abermüdeten Gefühle', von denen sie belesen sind.

Jebeomal, wenn sich die Autokratie kritische Momente eintrifft, sehen es die Liberalen als ihre vornehmste Pflicht an, der Autokratie in ihrer bedäugnis Luft zu schaffen. So haben sie während des Krieges gehandelt, indem sie die Regierung mit ihrer stützenden Autorität und den letzten Groschen des Volkes, an denen sein Herzblut haftet, unterstützten. So handeln sie auch im gegenwärtigen Augenblicke.

Der blutige 9./22. Januar ist der Anfang einer schweren Zeit für die Selbstherrschast gewesen. Von diesem Tage an sehen wir, wie die Revolution das unermeßliche Land an allen Ecken und Enden

erfolgt. Ein mächtiger Strom von Arbeiterbewegung und Bauernrevolten wälzt sich unaufhaltsam durch das ganze Land. Angemessene Ausstände, bewaffnete Demonstrationen folgen einander in ununterbrochener Reihenfolge. Die Straßen der Städte hallen unaufhörlich von Schüssen der Bomben und der Schüsse wieder. Der rote Feuerchein brennender Güter flammte drohend in Ost und West am Himmel auf. Die Erregung in den Reihen der Marine und des Landheeres nimmt von Tag zu Tag immer größere und bedrohlichere Ausdehnung an.

Die Autokratie fühlt das Messer an der Kehle sitzen und sucht einen Ausweg aus dieser Gefahr, die sie zu vernichten droht. Und da nimmt sie Zuflucht zu den alten bekannten Mitteln. In einem Zuge wird über ganz Rußland der Kriegszustand verhängt und zugleich eine Volksvertretung ins Leben gerufen. In den Straßen fließt das Blut unzähliger Märtyrer; wohnt das entsetzte Auge blut, begegnet es Kanonenmündungen und Bajonetten; Hunderte blühender Menschenleben zum Tode — und zur selben Zeit unterzeichnet der blutbedeckte Zar ein Manifest, das dem beglückten Volke eine „Volksvertretung“ feierlich verspricht. Mit der einen Hand ersüßt der Zar die Revolution in ihrem Blute, mit der anderen fährt er des Geschickts schreckend um den Bart und sucht ihre Schlinge mit dem gleichenden Trugbilde eines Parlamentes zu blenden.

Um seines Haars Breite von ihren Prinzipien abweichend, hofft die Autokratie unsere „liberale Opposition“ mit leeren Versprechungen abzuspülen — und das gelingt ihr nur zu gut. Zwar kann man nicht behaupten, unsere Liberalen seien in dem Maße dominiert, daß sie nicht den Diktator der Regierung durchschauen. O nein, im Gegenteil: sie wissen sehr wohl, daß alle diese pompösen Versprechungen der Regierung keinen Pfifferling wert sind — aber die Himmelsangst vor der bösen Revolution treibt sie in die Arme der Reaktion. Sie fürchten den Sieg des Proletariats, und diese Furcht ist der Grund, weshalb sie der Regierung die Hand zum trauten Umdeutschen reichen.

Die wahre Verräter vergessen die Liberalen gänzlich, daß die Reformen, die die Regierung ihnen bewilligt, nicht ihrer Hände Werk sind, daß man diese Reformen nur der Furcht vor dem heidenhaft kämpfenden Proletariat zu verdanken hat; und sie besitzen die Frechheit, an einer Volksvertretung teilzunehmen, in der das Volk, das für eben diese Volksvertretung die Straßen mit seinem edlen Blute rotgefärbt hat, nicht vertreten sein wird. Aber das Proletariat ist nicht geblieben, ein solches schändliches Spiel mit sich treiben zu lassen. Es wird sich nicht von der Regierung und den Liberalen erweichen lassen. Es wird nicht die einmal erhobene Waffe sinken lassen, und es wird nicht aufhören, unter Daranfegung aller seiner Kräfte den Kampf fortzuführen, bis eine freie demokratische Republik auf den Trümmern des alten Sklavenreiches errichtet worden ist. Wir werden im ganzen Lande das heilige Feuer des offenen Aufstandes anzünden und ehe wir uns die vollen menschlichen und bürgerlichen Rechte errungen haben, soll es in Rußland weder Ruhe noch Ordnung geben.

Genossen! So laßt uns denn zu neuen, noch gewaltigeren Kämpfen rufen. Laßt uns unsere Reihen festigen, alle unsere Kräfte vereinen und, vereint und gestärkt, den tödlichen Streich gegen unseren verhassten Feind führen! Nicht verhehlen wollen wir es uns: schwer ist der Kampf, den es jetzt auszufechten gilt! Aber der Sieg wird unser sein — daran Zweifel zu hegen, ist jetzt nicht mehr möglich!

Arbeiter und Arbeiterinnen Wisnias! Wir sind die ersten gewesen, die unser „Ghetto“ zum politischen Leben erweckt haben; die ersten, in deren Herzen die heilige sozialistische Lehre fremdigen Widerhall gefunden hat — und nun, in diesem hochbedeutenden Augenblicke, sollen wir hinter unseren Brüdern zurückbleiben? Soll unser Platz nur in den letzten Reihen der großen revolutionären Armee sein?

Genossen! Wohlan, scharen wir uns um die heilige rote Fahne! Sinuous zum Kampf in den Straßen, dort winkt uns das höchste, die Freiheit!

Nieder mit den Reichsduma!  
Nieder mit den Volksverrätern!  
Es lebe die konstituierende Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts!  
Es lebe das kämpfende Proletariat!  
Es lebe der Sozialismus!  
Das Wilnaer Komitee des Bundes.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Januar.

### Zwei Stagen des Zentrums.

Der Reichstag nahm heute den Initiativantrag auf Gewährung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten in dritter Lesung endgültig an. Genosse Adolf Hoffmann benutzte die Gelegenheit, um ein in der zweiten Lesung von mehreren bürgerlichen Rednern verbreitetes Märchen zu zerstören, als hätte er sich in einer Rede in Chemnitz gegen die Diätengewährung ausgesprochen. In Wahrheit hat er nur die Parteigenossen davor gewarnt, gescheiterten bürgerlichen Existenzen zu schneller Karriere in der Partei zu verhelfen, zumal die Gewährung von Diäten sie zur Ausführung von Extratagen in Reichstage veranlassen könnte. Das sollte natürlich weder für uns noch für unsere Gegner einen Grund oder Vorwand zu längerer Diätenverweigerung bieten.

Aber ebenso wenig wie hier macht das Zentrum als regierende Partei beim Toleranzantrag einen ernsthaften Versuch, seine Anschauungen, die von der großen Mehrheit des Hauses unterstützt werden, gesetzgeberisch durchzuführen. Obwohl die Reichsregierung auf den Sommer 1902 vom Reichstage angenommenen Toleranzantrag überhaupt noch keine Antwort erteilt hat, denkt das Zentrum, wie ihm unser Parteigenosse David heute bei der erneuten Beratung des Toleranzantrages mit Recht vorhielt, gar nicht daran, seine parlamentarischen Machtmittel gegen die widerpenstige Reichsregierung anzuwenden. Im Gegenteil, Herr Vachem, der heute für das Zentrum den Antrag begründete, sprach sanfter als sonst. Gegen den Verdacht, als ob die Ultramontanen unter der Flagge der Toleranz dem Zeitalter der Reberverbrennungen wieder zustreben, verteidigte er sich mit der bekannten Juristenlogik: Erstens hat die katholische Kirche nie Reber verbrannt, zweitens hat es die evangelische Kirche auch getan. Als er erwähnte, daß auch in Brandenburg nach einer Verordnung von 1582 die Reber verbrannt werden sollten, warf — in Erinnerung an die Berliner Kirchen- und Schulkonflikte — der Zwischenruf eines unserer Genossen die Frage auf, ob jene Verordnung von 1582 auch schon formell aufgehoben sei, sonst könnte die Regierung noch viel leicht auf den Gedanken kommen, sie praktisch anzuwenden.

Der Demokrat Blumenthal entgegnete dann freilich später, daß heute, im Zeitalter des Kohlenyndikates, bei der Massenlosigkeit der „Reber“ ihre Verbrennung zu teuer kommen würde. Daß aber das Zentrum es mit seiner Toleranz nicht ernst nimmt, wies Genosse David in seiner Rede aufs schlagendste nach. Hat es doch noch anlässlich der Unstärkevorlage den Antrag gestellt, daß jeder, der öffentlich oder vor mehreren das Wort Gottes oder die Unsterblichkeit der Seele leugnet, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft werde! Wie wenig es an eine ehrliche Trennung von Kirche und Staat denkt, beweist es ja auch jetzt durch seine Forderung

nach Alerikalisierung der Staatschule in Preußen. Nicht Freiheit für jede Religionsübung, sondern nur eine vorteilhaftere Schankonzession für seine geistigen Getränke fordert das Zentrum.

Die Liberalen, Dr. Müller-Reiningen und Blumenthal brachten eine ganze Reihe neuer Beschlüsse für die Unbilligkeit und vorkerkende Neuigkeit katholischer Geistlicher bei, die in einem vom Papste selbst geweihten Buche der Sozialdemokratie den Verb unterschrieben:

„Wein, Weib und alle guten Gaben  
Sollen die Menschen gemeinsam haben.“

Nur, daß die liberalen Redner nicht den Mut fanden, wie Genosse David es tat, dem Scheine der Duldsamkeit die wahre Neutralität der Sozialdemokratie auf religiösem Gebiete gegenüberzusetzen, sondern daß sie mit den Fehlern der anderen ihre eigenen Sünden zu entschuldigen suchten.

Die Konservativen Henning und Kardorff und der nationalliberale Volkstrentcher Hehl zu Herrnsheim lehnten jeden Gedanken an Toleranz rundweg ab. Sie vertraten die Anschauung, daß die Kirche ohne Beihilfe der Staatsautorität im freien Geisteskampf unterliegen müsse, und da sie ja der Kirche näher stehen als wir, werden sie es schon richtig beurteilen.

Im Namen der Regierung gab Graf Pofadostky nur eine kurze ausweichende Erklärung ab.

Die Debatte über den Gesekentwurf wird am nächsten Donnerstag, vermutlich in acht Tagen, fortgesetzt. Morgen stehen neben der dritten Lesung kleinere Entwürfe, die Gesetze über das Maß- und Gewichtswesen, das Urheberrecht an Werken der Photographie und bildenden Kunst, der Befähigungsnachweis für Bauhandwerker und die Gültigkeitsurkunden zur ersten Beratung.

### Volkrecht und freisinniges Fraktionsinteresse.

Freisinnige Blätter sind aufs höchste darüber erregt, daß die Regierung der Meldung des Scherblattes, die preussische „Wahlrechtsnovelle“ werde von der Regierung dem Landtage nicht vorgelegt werden, in der „Nordd. Allg. Ztg.“ nur ein sehr lahmendes Dementi gegeben hat. Das offizielle Organ beschränkte sich nämlich auf die Erklärung, daß es die endgültige Entscheidung von der Staatsregierung weder nach der einen noch nach der anderen Seite gefaßt worden seien. Die Freisinnspresse wirft der Regierung, falls sie in der Tat zu der Entscheidung gelangen sollte, die Wahlrechtsnovelle nicht vorzulegen, schnöden Wortbruch vor. Sei doch in der am 5. Dezember 1905 verübenden Thronrede wörtlich gesagt worden:

„Zur Abstellung der in früheren Sessungen mehrfach erörterten Klagen über die übermäßige Größe einiger Wahlbezirke für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten und über einzelne Vorschriften des Wahlverfahrens sind Vorarbeiten eingeleitet und ihrem Abschluß nahegeführt worden.“

Man sieht, wie sehr sich der Freisinn gleich zu erregen vermag, wenn es sich um Korrekturen des bestehenden Wahlrechts handelt, die dem Freisinn selbst zugut kommen würden, so entwidelt der Freisinn einen Eifer, den er bei der Vertretung allgemeiner Volksrechte völlig vermissen läßt. In einer Neuerteilung der Wahlbezirke (die offizielle Bezeichnung der Landtagswahlkreise) hat der Freisinn das größte Interesse. Da die Einteilung der Wahlbezirke vor circa 40 Jahren vorgenommen worden ist, haben sich inzwischen die gewaltigsten Unterschiede der Bevölkerungsziffer der einzelnen Wahlbezirke ergeben. Da durchschnittlich circa 80 000 Seelen auf einen Wahlbezirk entfallen, würde z. B. Berlin Anspruch auf 25 Landtagsmandate haben, während es heute nur 9 Abgeordnete zu wählen hat. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den anderen Städten, in denen der Freisinn in den beiden ersten Wählerklassen dominiert: in Breslau, Stettin, Königsberg, Frankfurt a. M., Wiesbaden etc. Erfolgte eine Neuerteilung der Wahlbezirke, so würde der Freisinn allein durch die Beherrschung dieser Städte die Zahl seiner Landtagsmandate zu verdoppeln vermögen. Für den Freisinn ist also die in Aussicht gestellte Neuerteilung der Wahlbezirke von ganz erheblicher Bedeutung.

Freilich auch nur für den Freisinn. Das arbeitende Volk würde trotz einer Neuerteilung der Wahlkreise nach wie vor durch die Dreiklassenwahl und die öffentliche Stimmabgabe vollständig enterchtet bleiben. Das klammert aber den Freisinn nicht, wenn nur sein Parteiinteresse gewahrt wird.

Im Grunde begehnte die Regierung eine Torheit, wenn sie wirklich ihr Versprechen nicht einlösen wollte. Durch die Konzession an den Freisinn, die allerdings auf Kosten des Junkertums ginge, würde sie der ohnehin so schwächlichen Opposition des Freisinn gegen das Dreiklassenwahlrecht völlig die Spitze abbrechen. Andererseits freilich hat die Regierung auch so diese freisinnige Opposition so wenig zu fürchten, daß sie getrost in der bisherigen Weise weiterwursteln kann, bis — die proletarische Wahlrechtsbewegung zu einer gründlichen Wahlrechtsreform zwingt.

### Deutsches Reich.

#### Ein Vorschlag zur Güte.

Herr Max Beyer, seines Zeichens belletristischer Diktator und General-konfessionar, hat sich nunmehr auch unter die Erfinder begeben. Im „Tag“ macht er die sensationelle Mitteilung, daß er ein neues Wahlrecht erfunden habe, auf das sich die sächsische und preussische Regierung schleunigst ein Patent geben lassen solle. Dem sächsischen Minister von Meißel habe er seine Erfindung bereits mitgeteilt; der preussischen Regierung mache er davon durch den vorliegenden Artikel Mitteilung.

Do schon Bismarck das preussische Dreiklassenwahlrecht das elendeste aller Wahlrechte genannt hat, kann begreiflicherweise auch sein Anbeter Beyer nicht gut dafür schwärmen. Die Privilegierung nach dem Besitz findet er mit Recht erbitternd. Aber auch die Privilegierung der Bildung habe ihren Haken. Es gäbe leider allzuwenig Gebildete. Befänden sich unter den 700 000 sächsischen Wahlberechtigten doch nur 9800 akademisch Gebildete und nur 25 000 zum einjährigen Dienst Berechnigte; es müßte also ebenfalls über 665 000 Ungebildete einräumen. Das von ihm erfundene Originalwahlrecht hingegen habe etwas „Verständliches und Vernünftiges“, so etwas „tiefsinnig Weisheitsvolles“. Er schlage nämlich vor, die Wähler in drei Altersklassen zu teilen, und empfehle es sich, den Wählern vom 25.—40. Lebensjahre eine, denen zwischen dem 40. und 55. Lebensjahre zwei und den über 55 Jahre alten Wählern drei Wahlstimmen einzuräumen. An sich verdient dieser famos Pluralwahlrechts-Vorschlag keinerlei ernste Beachtung; allein Herr Beyer erzählt dann über die Motive seines Vorschlages und dessen Aufnahme das Folgende:

„Der sächsische Ministerpräsident hat in Anregung dieses Gedankens statistische Erhebungen darüber anstellen lassen, inwieweit das zunehmende Alter einen national wohlthätigen Einfluß auf die Stimmabgabe erweisen lasse. Ein Gesand an die preussische Regierung, in zwölf preussischen, den sächsischen Verhältnissen sehr ähnlich liegenden Landtagswahlbezirken, wo die Wahl bekannt-

lich öffentlich ist, Ermittlungen vorzunehmen, ergab folgendes überraschende Resultat: Es stimmten von  
100 Urwählern (im 25.—30. Jahr) sozialdemokr. 54,44 Proz.  
100 „ „ „ 30.—40. „ „ 29 „  
100 „ „ „ 50.—60. „ „ 14 „  
100 „ „ „ 60.—70. „ „ 7 „  
100 „ „ „ (mehr als 70 „) „ 6 „

Nach diesen sehr dankenswerten Erhebungen kann man den Satz aufstellen: Die Sozialdemokratie ist wahltechnisch nichts anderes als die Terrorisierung der besonnenen und lebenserfahrenen Bevölkerungsklassen durch die Jugend. Denn während die 25- bis 30-jährigen Wähler mit einer absoluten Mehrheit von 54 Proz. sozialdemokratisch stimmen, sinkt schon in der nächsten Altersklasse das revolutionäre Element auf 29 Proz.

Herr Beyer behauptet also, daß sein Vorschlag bereits die ernste Beachtung der sächsischen und preussischen Regierung gefunden habe. Aus diesem Grunde ist es denn doch angebracht, den angeblich so „verständlichen“, „weisheitsvollen“ und gar nicht nach einer Privilegierung des Geldsacks schmeckenden Vorschlag ein wenig unter die Lupe zu nehmen.

Zunächst behauptet Herr Beyer auf Grund der obigen Statistik, die wir nicht nachprüfen können und ohne weiteres als richtig annehmen wollen, daß diese Stichprobe beweise, daß die Sozialdemokratie durch die Jugend das besonnene z. B. Alter „terrorisiere“. Er nimmt also an, daß die Sozialdemokratie sich überhaupt aus überwiegend jugendlichen Elementen zusammensetze. Statistiken, die von der Partei selbst über das Lebensalter der politisch organisierten aufgenommen worden sind, haben diese Auffassung keineswegs bestätigt. Es müssen also andere Umstände vorliegen, die das obige Ergebnis bedingen. Welche sind das?

Zunächst ist zu berücksichtigen, daß die Wahl eine öffentliche war, daß also ein gewisser Mut dazu gehörte, für die sozialdemokratischen Wahlmänner zu stimmen. Einen solchen Mut, eventuell die Existenz oder mindestens die derzeitige Arbeitsstellung aus dem Spiel zu setzen, besitzen naturgemäß vorwiegend die jugendlichen Arbeiter. Ein jugendlicher Arbeiter kann schon deshalb mehr aufs Spiel setzen, weil er entweder noch unverheiratet ist oder aber doch nur für eine minder zahlreiche Familie aufzukommen hat. Der ältere Arbeiter muß leider — bei dem Terrorismus der kapitalistischen Sklavenhalter! — aus Rücksicht für seine zahlreichere Familie auch noch auf das tägliche Restchen von Wahlrecht verzichten, das ihm das Dreiklassenwahlrecht formell zugestiftet.

Aber diese Umstände erklären nur zum Teil die Abnahme der sozialdemokratischen Wahlstimmen in den höheren Altersklassen. Der zweite Grund ist der, daß die Arbeiterklasse, aus der sich die ungeheure Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler rekrutiert, überhaupt unter den höheren Altersklassen viel schwächer vertreten ist, als unter den jugendlichen Klassen. Die Sache ist einfach die, daß die Sozialdemokraten als Proletarier meist gar nicht das höhere Lebensalter erreichen! Für die Wissenschaft ist das eine längst bekannte Tatsache. Nach den Untersuchungen des Engländers Dgle war die Sterblichkeit der Arbeiter einhalb bis viermal so groß als z. B. die der Geistlichen. Nach den Untersuchungen des Franzosen Benoiston betrug die Sterblichkeit

der Reichen der Armen		
von 30.—35. Jahre	0,85	1,43
35.—40. „	1,20	1,85
40.—45. „	0,85	1,87
45.—50. „	1,5*	2,89
50.—55. „	1,81	3,88
55.—60. „	2,68	4,60
60.—65. „	3,06	5,76
65.—70. „	4,31	9,25

Nach einer statistischen Berechnung des Dr. P. Rathen betrug 1880 in Berlin die Sterblichkeit pro Miße im Tiergartenviertel 17,94; in den Arbeitervierteln dagegen bis zu 91,8! Der Bericht über die Berliner Volkszählung vorigen Jahres spricht sich denn auch offen dahin aus:

„Die Wohlhabenheit ist das erste und vornehmste, das auf die Gefährdung der Sterblichkeitsverhältnisse einwirkende Momente.“

Nach alledem ist es geradezu eine Privilegierung, zu behaupten, die Zahlen der preussischen Landtagswahlstatistik beweisen, daß die Sozialdemokratie vermittelst der Jugend das reife Alter terrorisiere. Zugleich zeigt sich, daß das Pluralwahlrecht nach dem Lebensalter nur das alte Privileg des Geldsacks in neuer Form darstellt!

Für einen vernünftigen Menschen ist es ohnehin ein Rätsel, warum ein Fünfzigjähriger ohne weiteres eine größere politische Reife besitzen soll, als der Dreißigjährige. Zahllose früh verstorbene Genies, wir nennen nur Raphael, Mozart, Byron, Shelley, Franz Schubert, haben schon in ihrer Jugend Unsterbliches geleistet. Auf dem Gebiete der Politik liegt es nicht anders.

Zudem ist es gerade Aufgabe der proletarischen Jugend, dafür zu sorgen, daß der Proletarier nicht um Jahrzehnte seines Lebens durch die kapitalistische Ausbeutung befohlen wird! Schreibt doch selbst Professor Heinrich Dertner:

„Während in den Berechnungen der Unternehmer die Abnutzungsquote der Maschinen ein entscheidendes Item bildet, denkt kaum jemand daran, die Abnutzung, welcher die Arbeitskraft unserer Arbeiterbevölkerung heute ausgesetzt ist, in Anschlag zu bringen. Mit der Arbeitskraft der Bevölkerung kann Handbau getrieben, sie kann im tollen Konkurrenzkampf durch Hungerlöcher und übermäßige Arbeitszeit verschleudert und verschwendet werden.“

Das ist das sozial „Verföhnende“ der Beyerischen Wahlrechtsreform. Etwas „tiefsinnig Weisheitsvolles“ liegt in der Tat in ihr, nämlich vom Standpunkt des heuchlerisch verhältlichen Ausbeuterinteresses aus!

### Freisinniges Pressnotentum.

Die journalistischen Notwendigkeiten der freisinnigen „Dresd. Ztg.“ schreiben:

„Wenn man die roten Blätter mit ihren Fanfaren über den verfehlten Sonntagstrummel liest, so muß man in der Tat den Eindruck gewinnen, als ob diese Leute sich in geistiger Betrunkenheit befänden. So besteht ein mit tiefer Plakataberschrikt: „Der erste Ansturm gegen das Dreiklassenwahlrecht“ an die Spitze des „Vorwärts“ gestellter Artikel aus lauter blutrünstigen Phrasen, wie man sie von animierten Leuten, die nachts taumelnd die Defäkationen verlassen, gelegentlich hervorgurgeln hört.“

Dieser niedrigen Sprache entspricht die Vödelhaftigkeit der politischen Meinung. Das Blatt schreibt weiter:

„Kann denn in Deutschland eine politische Situation immer nur von einer Minderheit ruhig und klar beurteilt werden? Wir dächten, die Situation läge einermassen einfach. Die roten Genossen wollten ein bürgerliches Revolution a la Rußland spielen. Diese Suppe wurde ihnen aber durch prompte Gegenmaßregeln verfalzen, ehe sie auf den Tisch kam; man stand also von dem Vorhaben noch rechtzeitig ab. Die Sicherheitsorgane aber waren zu mehrerer Voricht zur rechten Zeit zur rechten Stelle, um immerhin möglichen Zufälligkeiten entgegenwirken zu können, und so verlief alles glatt und in vollster Ordnung.“

Bekanntlich will sich demnächst die „Staatsbürger-Ztg.“ mit der „Post“ verschmelzen. Vielleicht macht das Dresdener Freisinnorgan das edle Trifolium vollständig. —

# Die Verfassungsrevision im Württembergischen Landtag.

Stuttgart, den 24. Januar.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Heute hatte der Halbmonat seinen großen Tag. Bei vollbesetztem Hause, vollzähliger Besetzung des Regierungstisches und ausverkauften Tribünen begann die zweite Lesung der Verfassungsrevision. Der Kommissionsberichterstatter, Abgeordneter Friedrich Haußmann, erstattete ein ausführliches Referat. Er empfahl die Kommissionsvorlage und sprach den Wunsch aus, daß die Verfassungsreform diesmal gelingen und alle Schichten der Bevölkerung befriedigen möge.

Nach ihm sprach der Ministerpräsident v. Breiting und wendete sich gegen den Beschluß der Kommission, die ausstehenden 23 Privilegierten, 13 Vertreter des Ritterschaftsstands, 6 evangelische Prälaten, 3 Vertreter der katholischen Kirche und einen Vertreter der Universität Tübingen durch 17 weitere Abgeordnete zu ersetzen, welche auf Grund des allgemeinen Wahlrechts mittels des Proporzges zu wählen sind. Ein solcher Ersatz führe zu einer zu weit gehenden Radikalisierung der zweiten Kammer. Wer aber auf einen Ersatz der Privilegierten im konservativen Sinne hinwirken wolle, der möge die Art an die Wurzel des allgemeinen Wahlrechts legen und damit könne die Regierung nicht beginnen. Wohl bemerkt, „beginnen“ sagte der Ministerpräsident! Es scheint also, daß die Regierung nur nicht das Odium der Verkünderung des allgemeinen Wahlrechts auf sich nehmen will, sich aber vorbehält, Anträgen in dieser Richtung, falls sie Aussicht auf Annahme hätten, zuzustimmen.

Nach dem Ministerpräsidenten sprach unser Parteigenosse Keil und begründete in ausführlicher Rede den sozialdemokratischen Antrag, wonach die zweite Kammer aus 93 Abgeordneten, auf Grund des allgemeinen Wahlrechts auf dem Wege des Proporzgewählt, bestehen sollte. Er wies auf die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung hin und erwähnte, daß ja Baden und Bayern bei ihren neueren Wahlreformen Ungerechtigkeiten der bestehenden Wahlkreiseinteilung beseitigt hätten.

Dagegen sprach der Nationalliberale Hieber, nach dessen Meinung eine Rücksicht auf die Tradition an den bisherigen Wahlkreisen, die mit den Oberamtsbezirken übereinstimmen, festgehalten werden müsse.

Das gleiche sagte der Minister v. Bischof, während das Zentrum und die Volkspartei sich auszuwogen!

Bei der Abstimmung wurde unser Antrag mit allen gegen die sechs sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Zur Annahme gelangte sodann die Bestimmung, daß die zweite Kammer bestehen solle aus je einem Abgeordneten eines jeden Oberamtsbezirktes, das sind gegenwärtig 75. Bei der weiteren Bestimmung, wonach die Stadt Stuttgart sechs Abgeordnete erhält, beantragte unsere Partei, daß mit Rücksicht auf die Bevölkerungszahl acht Abgeordnete bewilligt würden. Der Antrag wurde abgelehnt. Ebenso ein weiterer Antrag, das Vorrecht der Stadt Ulm, einer der sieben sogenannten guten Städte, auf einen besonderen Abgeordneten zu streichen, da sie nur 3000 Einwohner habe. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Das Zentrum hat beantragt, die ausstehenden Privilegierten, die in Zukunft ihren Sitz in der ersten Kammer haben sollen, zu ersetzen durch elf Abgeordnete der Landwirtschaft, elf Abgeordnete von Industrie und Handel und drei Abgeordnete der freien Berufe und des öffentlichen Dienstes und der übrigen nicht unter den ersten und zweiten Grad fallenden Berufe. Ferner beantragt es für diese berufständischen Vertreter sowie für die aus den allgemeinen Wahlen in den Oberamtsbezirken hervorgehenden Abgeordneten das Proporzwahlrecht einzuführen. Ueber diesen Versuch, durch berufständliche Vertreter das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts zu verschieben, wird morgen verhandelt werden.

### Arbeiter als Geschworene.

Im bayerischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion seit Jahren schon darauf hingewiesen, daß Arbeiter von Schöffen und Geschworenen dienst systematisch ferngehalten und diese Ämter eigentlich nur ein Vorrecht der Unternehmer und der besitzenden Klassen geworden seien; einer derartigen Klassenjustiz könnten die Arbeiter nie und nimmer Vertrauen entgegenbringen. Auf diese Anspielungen hin hatte der Justizminister erklärt, daß er jede Rücksichtnahme auf Standes- und Parteiuerschiede bei der Besetzung der Geschworenen- und Schöffensitzen für ungeeignet halte und daß er einen diebezüglichen Erlaß ergehen lassen werde. Justizminister v. Ritter hat dieses dem Landtage gegebene Versprechen eingelöst, und so kam es, daß in München heute zum erstenmal circa 40 Arbeiter als Schöffen ausgelost wurden. Bei der zum Dienstag erfolgten Auslosung der Geschworenen für die zweite Schwurgerichtsperiode am Landgericht München I wurden zum erstenmal auch zwei Arbeiter, ein Drechsler und ein Tapezierer, als Geschworene ausgelost. — Die vorerwähnten Androhungen der sozialdemokratischen Abgeordneten haben also ihren Zweck erfüllt.

### Auch eine Folge der russischen Revolution?

In Ober-Schlesien soll demnach der Waffenscheinzwang eingeführt werden. Jeder Waffenhändler soll verpflichtet werden, ein Kontrollbuch über die Käufer seiner Waffen zu führen, während der Käufer selbst sich dem Händler gegenüber durch einen polizeilichen Waffenschein auszuweisen hat. Als Grund dafür werden ausdrücklich die „vielen Attentate“ bezeichnet, die in letzter Zeit mit Schusswaffen verübt wurden. Nach der „Schl. Volksztg.“ sollen verschiedene ober-schlesische Landräte bereits dahin gehende Verordnungen erlassen haben.

### Lieber schmächtigstes Unrecht als „Schwäche“.

An eine vorläufige Freilassung der Kwa-Leute, die nach ihrer Verurteilung zu horrenden Gefängnisstrafen durch die unterste Instanz gleich eingestuft worden sind, denkt die Kolonialverwaltung nicht, weil sie das Gouvernement den Eingeborenen gegenüber „nicht diskreditieren“ will. Entsprechend den jüngsten Ausführungen der Kolonialverwaltung im Reichstage betont ein offizieller Artikel der „N. N. Zeitung“, man brauche sicher allerdings nicht für einen größeren Aufstand in Kamerun zurzeit Besorgnis zu hegen, „aber immerhin ist es bedenklich, von hier aus Maßnahmen anzuordnen, welche die Eingeborenen uns als Schwäche auslegen könnten. Die Untersuchung der ganzen Angelegenheit wird ja nun rasch von statten gehen. Irgend ein genügender Grund zur Verurteilung überhaupt muß doch vorgelegen haben, sonst könnte doch nicht auf so abnorm hohe Strafe erkannt worden sein. Wenn man daher, nachdem die Strafe gemildert oder im Gnadenwege ganz aufgehoben ist, die Hauptlinge aus der Haft entläßt, wird das auch noch früh genug sein.“

Ein famoser Standpunkt! Wenn, woran nicht zu zweifeln ist, das unerhörte Urteil gegen die kameruner Hauptlinge demnach doch falliert wird — wie will dann die Regierung ihre jetzige Rechtfertigung des schmächtigsten Justizrechts beschönigen? Nach ist nicht nur die kameruner Justizkammer und der Affessorismus blamiert, sondern die ganze Kolonialverwaltung des Deutschen Reichs! —

# Eine Schlapp in Deutsch-Ostafrika.

Gouverneur Graf von Wögen telegraphiert aus Dar-es-Salam folgendes: Hauptmann Nigmann meldet den Ueberfall einer Abteilung des Kilimindja-Polizisten aus dem Hinterhalt. Ein Offizier und elf Askari fielen tapfer kämpfend. Nach Eintreffen von Hilfe unter Oberleutnant von Krieg floh der Feind nach der Uvungu-Ebene zurück. Kolonne Wangerheim und Grawert marschiert, da Uvungu unpassierbar, auf passierbarem Uebergang über den Kuaha zwischen Uvungu und Iringa. Die Unterwerfung des Kilimindja-Bezirktes schreitet gut fort.

Berlin, 24. Januar. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am 17. Januar sind an Typhus gestorben: Reiter Theodor Scholten, geboren am 18. 8. 77 zu Wesel, in Deichabis bei Holstent. Reiter Joseph Wetter, geboren am 17. 4. 83 zu Zillenbach, im Feldlazarett Holstent. Reiter Franz Görz, geboren am 25. 10. 83 zu Mühlheim (Ruhe), im Lazarett Barnab. Außerdem: Gesehrter Richard Angermann, geboren am 22. 9. 79 zu Dresden, am 20. Januar im Lazarett Stub an Malaria gestorben. Sanitätsunteroffizier Wilhelm Witt, geboren am 15. 1. 82 zu Sandberg, am 20. Januar bei Schlangenkopf im Fischfluß ertrunken. Reiter Wilhelm Mangler, geboren am 5. 7. 82 zu Loffenau, am 10. Januar an Herzlähmung gestorben. Gesehrter Thomas Rihm, geboren am 17. 12. 78 zu Berg, am 9. Januar in Gegend Kurisfontein verwundet, Fleischschuß links Fuß.

Nachträglich gemeldet: Reiter Karl Broer, geboren am 4. 7. 81 zu Dittenberg, am 13. November 1905 bei Deutsche-Erde leicht verwundet, Fleischschuß beide Oberschenkel.

# Ausland.

### Die Sympathie- und Solidaritätskundgebungen der schweizerischen Arbeiterschaft für die russische Revolution

Am Sonntag und Montag in den meisten größeren Orten statt. In Zürich beteiligten sich am Sonntag am Demonstrationszug 5000 Personen und ebensoviele an den beiden Versammlungen, in denen die Genossen Franz und Lang deutsch, ein italienischer Genosse in seiner Muttersprache über den blutigen Petersburger Sonntag vom 22. Januar 1905 und über den bisherigen Gang der russischen Revolution sowie über ihre weiteren Aussichten referierten. Der Scharfmacherische „Bürgerverband“, dessen Organ die Berliner „Post“ sein könnte, hatte die Stadt- und Staatsbehörden zum Verbot des Umzuges aufgefordert, diese waren indes klug genug, auf diese wahnsinnige provozierende Scharfmacherei nicht zu reagieren.

In Basel, Bern, Winterthur und anderen Orten wurden ebenfalls Umzüge mit Tausenden von Teilnehmern — in Basel circa 4000 — veranstaltet, denen sich Versammlungen mit Referaten anschloßen. In den meisten Orten fanden die Versammlungen am Montagabend statt. Der Gedanke der internationalen Arbeitersolidarität und Völkerverbrüderung hat durch diese imposanten und eindrucksvollen Kundgebungen auch in der Schweiz eine Stärkung erfahren.

### Der Gedanktag des Ausbruchs der russischen Revolution

wurde von den Abteilungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands in einer großen Anzahl von Plätzen gefeiert. Neupetersburg besuchte Versammlungen fanden überall statt, teils am Sonntag, teils am Montagabend. — Auch die „Frei-Sozialisten“ und die Anarchisten hielten Versammlungen ab. Die Föderation der neun Amsterdamer Abteilungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hatte Montagabend die zwei Säle von Vellebue voll besetzt, während die Frei-Sozialisten ihre Versammlung im halbgefüllten Saale des Palais von Volkslust hielten. Die Feier hatte überall einen ruhigen Verlauf. Nur konnte die Amsterdamer Polizei wiederum ihre gewohnte Provokation nicht unterlassen, indem sie wieder vom Meeting im Palais zurückkehrende und sozialistische Lieder singende Gruppen mit dem Polizeistock auseinandertrieb.

### Die Sozialdemokratie Schwedens hat am Sonntag im ganzen Lande in großen Demonstrationen und Versammlungen ihre Sympathie für den Freiheitskampf des russischen Volkes kundgetan.

In Stockholm fand die Versammlung auf dem altbekanntesten Demonstrationsplatze „All-Jans“ statt, wo sich trotz der durchdringenden Kälte gegen 10 000 Personen versammelt hatten, die dem Vortrage des Genossen Carlsson lauschten und der vom Vorstand der schwedischen Sozialdemokratie vorgelesenen Resolution begeistert zustimmten. Dann wurde ein Zug gebildet, der in fünf Abteilungen mit eben so vielen Russischrednern durch die Stadt marschierte. Voran wurde die große rote Fahne mit der Aufschrift „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ getragen und unmittelbar hinter der Fahne marschierten ungefähr 100 russische Genossinnen und Genossen, die durch die Verfolgungen nach der schwedischen Hauptstadt verschlagen sind. Die Demonstration verlief ohne jede Störung.

Aus vielen anderen Städten Schwedens liegen Berichte von großartigen Demonstrationen und Versammlungen vor. Besonders bemerkenswert ist, daß die Arbeiterschaft in Korrolping nach ihrer Versammlung im Volkspark trotz Polizeiverbotes einen Demonstrationzug veranstaltete. Die Polizei verhielt sich neutral. Die Arbeiter vermieden es allerdings, nach dem Zentrum der Stadt zu marschieren. Die ganze Polizeimannschaft der Stadt war mobil gemacht, um dies zu verhindern.

### Auch in Norwegen haben unsere Parteigenossen große Demonstrationen veranstaltet.

In Kristiania fand die Versammlung am Sonntag in „Arbeiterfamundets“ Saal statt. Sie wurde mit einer Ansprache des Parteivorstehenden Hornsrud eröffnet. Dann sprach der Genosse Gaarder, der in Russland aufgewachsen, dort jahrelang in der Bewegung tätig war und selbst die Lehren der Fehrer-Paulsen kennen gelernt hat. Nach ihm sprach Genosse Semanowicz, einer der Leiter der jüdischen Arbeiterbewegung Russlands, der sich zurzeit in Kristiania aufhält; ferner Genosse Aringen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der es heißt: „Euer Kampf ist unser Kampf! Euer Sieg ist unser Sieg! Nieder mit den Tyrannen, den politischen wie den ökonomischen!“

### Dänemark.

Zur Erinnerung an den blutigen Sonntag hatten die Arbeiter Kopenhagen am Montag eine Versammlung im Festsaal ihres alten Hauses in der Rönnergade veranstaltet. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach einer Begrüßungsrede des Genossen P. Knudsen, schilderte Genosse A. C. Meyer die Entwicklung der russischen Revolution und die fürchterlichen Ereignisse vom 22. Januar 1905. Danach erhielten noch einige andere Redner das Wort, unter ihnen auch zwei russische Genossen. Mit Begeisterung stimmte die Versammlung der Sympathierevolution für den Kampf des russischen Proletariats zu.

# Belgien.

## Kongofantisches.

Auch die katholische Presse Belgiens hat sich nach langem Sträuben endlich zu der Einsicht bekehrt, daß es faul, sehr faul im besten aller Staaten, dem Kongostaate, steht. Dabei verschweigt der Bericht der Untersuchungskommission viele empörende Einzelheiten und geht so schonend wie möglich mit der schuldigen Administration um.

Die katholische wie ein gewisser Teil der Presse überhaupt, hat sich bemüht, die Agitation gegen das System des Kongostaates als den Ausfluß religiöser Propaganda zugunsten der protestantischen Missionen oder als politische Intrigen der englischen Regierung oder endlich als der Eifersucht der Liverpooler Kaufmännerhandlung entstammend darzustellen. Heute muß sie eingestehen, daß das System der Verwaltung des Kongos die schlimmsten Schäden in sich birgt und den graulichsten Mißbräuchen Tür und Tor geöffnet hat. Die „Voix du Rödempteur“, das Organ der Redemptoristen, schreibt u. a.: „Das große Uebel, unter dem der

Kongo leidet, ist die Unmoralität der Weißen. Ihre Unmoralität, die sich nach allen Richtungen ausbreitet, verursacht erschreckenden Schaden unter den Eingeborenen, sowohl in moralischer wie in physischer Beziehung, und bildet das größte Hindernis für die Zivilisation und die materielle Entwicklung des Landes.“ Von den Beamten des Staates sprechend, fährt das Blatt fort: „Diese Mandarinen überlassen sich, sobald sie in ihren ertragreichen Stellungen gefestigt sind, den allergrößten Mißbräuchen.“

Schließlich klagt es die Kommission an, daß sie über die schlimmsten aller Kongofantische Schrecken beobachtet habe.

Ein anderes katholisches Blatt, „Le Bien Public“ kommt zu ähnlichen Erwägungen: „Wenn es wahr ist, daß die Kommission mit keiner Silbe der eiternden Wunde der Unmoralität erwähnt, welche der weiße Mann in den Faltten der Kongofantage unter die Eingeborenen getragen hat, so gibt es andere Mißbräuche — solche, die dem System selbst innewohnen — über die die Kommission nicht geschwiegen hat. Zwar sagt man, daß der Bericht eher den Eindruck einer Verteidigung des Staates mache, daß er die Schäden mit Samthandschuhen berührt, statt sie mit eiserner Faust hervor-zureißen. Aber wer den Bericht mit Sorgfalt liest und ihn wiederliest, der erkennt, daß gerade in seiner Zurückhaltung ein Verdammungsurteil des Systems enthalten ist.“

Der „Mouvement des Missions Catholiques“ kritisiert die Zusammensetzung der famosen neuen, jetzt in Brüssel im Verfolg der Ergebnisse der ersten Untersuchung tagenden Kommission; er erwähnt mit Bitterkeit die Abwesenheit impartialischer Personen in dieser Kommission, die sich zusammensetzte aus den „geschlossenen Reihen der Beamten des Staates und der großen Kongofantagesellschaften“.

Zum Schluß heißt es: „Zu einer Zeit, die sich als glücklich oder als belagert in unserer Geschichte ausweisen mag, war es geboten, nach Belieben eine Politik zu charakterisieren, die diejenigen zu Schiedrichtern ernannte, welche niemals die Schwelle dieses Reformgerichtes hätten überschreiten dürfen, und die systematisch diejenigen davon ausschloß, welche Mitglieder desselben hätten sein sollen.“

Unser Bruderblatt, der „Peuple“, der das verbrecherische System immer vergeblich bekämpft hatte, fragt jetzt mit Recht: „Warum haben die Katholiken so lange gezögert, bis sie ihre Stimme erhoben?“

Unsere deutsche „National-Zeitung“ hat noch immer die Stirn, das Kongosystem zu verteidigen. (Beiblatt vom 10. Januar.) Natürlich ist ihr dies nur dadurch möglich, daß sie die Tatsachen einfach auf den Kopf stellt.

Kein Wunder! Wer selber in seinem Vaterlande alle Begleiterscheinungen unserer greulichen Kolonialpolitik gutheißt, der hat ein Interesse daran, das belgische, holländische, englische, französische Kolonialsystem — Fleisch von seinem Fleische — nicht allzusehr mit der Lupe unterzucht zu lassen. —

# England.

## Die Wahlen.

Unendlich lange — wir machten schon zu Anfang darauf aufmerksam — ziehen sich die englischen Wahlen hin. Noch eine Woche etwa dürfte es dauern, bis die letzten Resultate bekannt sind und die Möglichkeit gegeben ist, die neue Gruppierung der Fraktionen eingehend zu würdigen.

Bis jetzt sind gewählt: 296 Liberale, 125 Unionisten, 80 Nationalisten, 36 Arbeitervertreter. Damit haben zur Stunde gewonnen: die Liberalen 158, die Unionisten 12, die Nationalisten 3, die Arbeiter 29 Mandate.

Die Liberalen sitzen fest im Sattel. Darum wagen sie es allmählich schon, Dinge vorzutragen zu lassen, die sie vor den Wahlen nicht ganz so deutlich ansprachen. Schatzkanzler Asquith z. B. hielt am Dienstag in Kingsbarns (Schottland) eine Rede, in der er ausführte: So sehr er sich auch angelegen sein lasse, die Ausgaben zu vermindern, habe er doch wenig Hoffnung, daß dies im laufenden Jahre möglich sein werde! —

# Soziales.

### Ueber die Geschichte der Heimarbeiter in Deutschland

sprach Professor Schmöller am Dienstag in der Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums. Soweit der Redner auf die Entstehung und die Entwicklung der Heimarbeiter in früheren Zeiten Bezug nahm, bedien er sich seine Ausführungen mit denen, welche Professor Schombart am Sonnabend an derselben Stelle gemacht hat. Im übrigen führte er aus: Die Entstehung der alten Heimindustrie habe einen großen Fortschritt in Handel und Gewerbe bedeutet, sie habe in ganzen Bezirken ein ständisches Emmerleben hervorgerufen. Ansolgedessen habe man auch im 17. Jahrhundert die Kaufleute, welche die Produkte der Heimarbeiter vertrieben, als die Wohlthäter der Menschheit betrachtet. Dam trat nach 100 bis 150 Jahren der Blütezeit ein Rückschlag ein. Der Abfall der Produkte ist den Saisonankünften des Marktes unterworfen; Absatzfluktuationen brachten deshalb Arbeitslosigkeit für die Heimarbeiter mit sich. Mit dem ersten Rückgang der Konjunktur auf dem Weltmarkt setzte das Elend der Heimarbeiter ein. — Zunächst trafen die Zeiten absteigender Konjunktur die Heimarbeiter nicht so schwer, denn damals ließ jeder Heimarbeiter noch Ackerbau auf einem eigenen kleinen Areal. Mit dem Ertrage des Ackerbaues konnte sich die Heimarbeiterfamilie selbst bei länger anhaltender Arbeitslosigkeit notdürftig durchschlagen. Die aufsteigende Konjunktur ermöglichte dann wieder eine erhöhte Lebenshaltung. Aber sie hatte auch die Folge, daß sich Leute ohne Besitz, die nur auf die gewerbliche Arbeit angewiesen waren, der Heimarbeiter zuwandten. Diese Leute mußten in Zeiten absteigender Konjunktur langsam verhungern. Man hat dann versucht, den aus diesen Verhältnissen entspringenden Uebelständen zu steuern, indem man Organisationen der Heimarbeiter herzustellen suchte, auch erließen die Regierungen Reglements für die Hausindustrie, welche denselben Zweck verfolgten, wie die Jungfersehe und die heutigen Arbeitergesetzgebung. Man wollte durch diese Maßnahmen ein erträgliches Verhältnis zwischen Verlegern und Arbeitern herstellen und die Produktion der jeweiligen Marktlage anpassen. Das gelang auch soweit, daß einem weltlichen Elend der Heimarbeiter vorbeugt wurde. Als aber die moderne Technik aufkam, konnte sich die Heimarbeiter nicht mehr halten. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts in England und Frankreich, in Deutschland erst zu Anfang des 19. Jahrhunderts fielen die zum Schutze der Heimarbeiter erlassenen Reglements. Damit begann eine Zeit fürchterlichen Elends für die Heimarbeiter. Von 1815 bis in die fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts stieg das Elend der Heimarbeiter in den deutschen Mittelgebirgen, besonders in der Leinwandindustrie in Schlesien. Die Verhältnisse waren so schlimm, daß das heutige Elend in der Konfektion das reine Kinderspiel dagegen ist. In den vierziger Jahren gab es in Schlesien Tausende von Spinnern, die täglich nur 1 bis 1½ Silbergrößer verdienen. An eine regelmäßige Ernährung war unter solchen Umständen nicht zu denken. Der Hungertypus raffte die Heimarbeiter in großer Zahl hinweg. Nachdem diese Verhältnisse ein halbes Jahrhundert gedauert hatten und die alten Hausindustrien in die Fabrikindustrie übergegangen waren, konnte man glauben, die Heimarbeiter habe ihre Tage gehabt. Dem ist aber nicht so. Einige Heimindustrien, die heut noch lebensfähig sind, haben sich erhalten, so der Webenbau in manchen Gebirgsgegenden. Auch bestehen noch Reste alterer Heimindustrien. In der Neuzeit sind dagegen andere Arten der Heimarbeiter entstanden. Handwerker, die ihre Selbstständigkeit nicht mehr behaupten konnten, sind herabgesunken zu Heimarbeitern der Magazine. Noch ein anderes Moment bedingt die neue Heimarbeiter, nämlich der hohe Ueberfluß besonders an weiblichen Arbeitskräften in den Großstädten. Soweit es sich bei der heutigen Hausindustrie um Männerarbeit handelt, sind die Verhältnisse nicht so schlimm, ein Uebergang zur Fabrikarbeit ist hier verhältnismäßig leicht. Das schlimmste ist das Uebermaß an weiblichen Arbeitskräften und deren leichte Bezahlung. Wollte man die Heimarbeiter gänzlich verbieten, so wäre das eine Härte, die niemand beantworten kann.

Das wesentlichste ist ja, daß die Heimarbeitenden Frauen ihre Hauslichkeit nicht verlassen können. Sie können nicht in die Fabrik gehen. Wir müssen natürlich Reformen und Schutzvorschriften für die Heimarbeit zu erlangen suchen so viel wir können. Wie die Heimarbeit zurückgegangen ist in den Ländern mit der höchsten Kultur und der dichtesten Bevölkerung, so wird sie auch in Deutschland zurückgehen. Die Gewerbezahl zeigt bereits einen Rückgang der Heimarbeit in Deutschland. Wir haben die Hoffnung, daß mit dem Rückgang der Heimarbeit die Löhne noch und noch besser werden. Aber sie sind doch noch so schlimm, daß sie die ernsteste Beachtung verdienen. In ihrer Verbesserung müssen wir arbeiten.

## Gewerkschaftliches.

### Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands.

An sämtliche Delegierten, welche ihre Anmeldung zu dem am 29. Januar, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 zu Berlin, stattfindenden Kongress, nach hier gefandt haben, sind die Mandatsformulare unsererseits versendet worden; bis heute, Donnerstag abend, sind alle eingegangenen Meldungen erledigt. Diejenigen Delegierten, welche noch mit ihrer Anmeldung im Rückstande sind, ersuchen wir, diese sofort nachzuholen. Auch diejenigen, welche mit der Anzeige, daß sie Logis wünschen, noch im Rückstande sind, bitten wir in ihrem eigenen Interesse, diesbezügliche Wünsche an uns zu senden.

Das Bureau des Kongresses ist von Sonntag, den 28. Januar, vormittags 8 Uhr, an geöffnet und befindet sich im Gewerkschaftshaus, Saal 5.

Zum Empfang der Delegierten sind Kollegen an den einzelnen Bahnhöfen durch rote Schleifen kenntlich, beordert. Die Verhandlungen des Kongresses sind öffentlich und hat jedermann freien Zutritt.

Kollegen Deutschlands! Sollten noch einzelne Orte mit der Wahl der Delegierten im Rückstande sein, so eruchen wir dringend, diese Wahlen zu beschleunigen. Die noch zu wählenden Delegierten mögen sich dann von dem Bureau der öffentlichen Versammlung eine Bescheinigung ausstellen lassen, daß ihre Wahl ordnungsgemäß vollzogen worden ist und diese Bescheinigung dann mit nach Berlin bringen.

Kein Säumen mehr!

### Die Zentralkommission.

J. A.: C. Putry, Straßanderstraße 41.

### Berlin und Umgegend.

#### An die organisierte Arbeiterschaft!

Die Forderungen der Barbiergehälfen sind noch bewilligt bei Herzberg, Friedenstr. 60; Ober-Schönevide: J. A. I., Siemensstraße 16; R u h w a l d, Edisonstr. 57; V r e m m e l, Frischenstr. 1, und Arßger, Wilhelmshofstr. 52.

Wartet auf die wichtigste Kontrollkarte als Ausweis dessen, daß die Forderungen bewilligt sind und unterstehenden Titel mit der Unterschrift des Vorsitzenden tragen.

Verband der Freiseurgehälfen, Zweigverein Berlin und Vororte. Der Vorstand, J. A.: Paul Viere.

**Tarifbewegung der Berliner Schlosser.** Nachdem die im Metallarbeiterverbande organisierten Schlosser längst die Kündigung ihres zum 1. April ablaufenden Tarifs beschlossen hatten, besaß sie am Dienstag in Kellers Saal eine stark besuchte Versammlung der Branche mit den an die Arbeitgeber zu stellenden Forderungen. Auf Grund einer kürzlich aufgenommenen Lohnstatistik hat sich nun ergeben, daß Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Schlosser zwar etwas besser geworden sind, als wie sie vor Ablauf des alten Tarifs waren, jedoch entsprechen dieselben noch keineswegs den jetzigen Verhältnissen. Etwa 90 Proz. der Schlosser arbeiten zu Löhnen, die sich zwischen 40 und 60 Pf. pro Stunde bewegen. Die übrigen haben teils einen höheren, teils einen niedrigeren Lohn. Infolgedessen ist auch in der von den Vertrauensleuten ausgearbeiteten neuen Tarifvorlage die Festsetzung des Mindestlohnes auf 50 Pf. pro Stunde vorgeschlagen worden, der vom zweiten Jahre nach beendeter Bezeit ab auf 55 Pf. erhöht werden soll. (In dem alten Tarif betrug dieser Mindestlohn 35 und 40 Pf.) Für selbständig Arbeitende und für Kolonnenführer werden 65 resp. 70 Pf. gefordert. Bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt soll ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde gezahlt werden, dazu das entsprechende Fahrgehd. Ferner werden gefordert: außer der neunständigen Arbeitszeit die prozentuale Verteilung der Akkordüberschüsse, Sicherung des Lohnes bei Akkordarbeiten, Verkürzung der Arbeitszeit bevor Entlassungen wegen Arbeitsmangel erfolgen, Ausdehnung des Tarifs in der Werkstatt, Nichtgestattung von Sonderverträgen und ein Ueberstundenzuschlag von 30 Proz. bis 8 Uhr abends und von 50 Proz. von 8 bis 10 Uhr abends sowie ein Zuschlag von 75 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit. — Diesen Vorschlägen stimmte die Versammlung nach längerer Debatte fast einmütig zu mit der Maßgabe, daß der neue Tarif von Organisation zu Organisation auf die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen werde. Der Tarifentwurf soll demnächst den Arbeitgebern unterbreitet werden.

Die Stodarbeiter hielten am Dienstag abend in den Andreadäken eine stark besuchte Versammlung ab, um den mit Spannung erwarteten Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern vor der Schlichtungskommission entgegenzunehmen. Leopold, der zweite Bevollmächtigte vom Holzarbeiter-Verband, erstattete Bericht: Es war keine leichte Aufgabe, welche die Kommission zu erledigen hatte. Die Unternehmer, oder wenigstens ein Teil derselben, haben den Verband der Stodarbeiter gebildet, der zu der Freien Vereinigung der Holzindustriellen gehört. Fast einer jeden Forderung der Arbeiter gegenüber sträubten sich die Unternehmer nach Kräften. Sie wollten nur 3 R. als Minimallohn bewilligen und durchaus 52 Stunden Arbeitszeit pro Woche aufrecht erhalten. Dagegen machten sie weniger oder gar keine Opposition, soweit es sich um den Arbeitsnachweis des Verbandes und um die Einsetzung einer Schlichtungskommission handelte. Von der letzteren verspricht man sich auf beiden Seiten Vorteile, indem dadurch mancher Streik vermieden werden kann. Und was den Arbeitsnachweis anbetrifft, so ist die Anerkennung desselben nur dann wichtig, wenn die Stodarbeiter selbst keinen Wert nicht herabsetzen und ihn ausschließlich benutzen. Von dem verlangten zehnprozentigen Lohnzuschlag wollten die Unternehmer durchaus nichts wissen, aber die Kommission der Arbeiter stand darin wie in allen anderen Punkten fest und ließ sich nicht einschüchtern und nicht wandeln machen. Nach langen Unterhandlungen kam man endlich zu einer Verständigung. Man einigte sich, vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlungen beider Verbände, wie folgt: Die Arbeitszeit soll 51 Stunden pro Woche oder 8 1/2 Stunden pro Tag betragen. Wo eine längere Arbeitszeit eingeführt ist, wird sie auch ferner beibehalten. Der Minimallohn soll für vollwertige Arbeitskräfte 25,50 R. pro Woche betragen. Für minder leistungsfähige und jugendliche Arbeiter sowie die Arbeitswunden und Leute, die weniger als ein Jahr in der Holzbranche tätig sind, gelten besondere Bestimmungen. — Für Lohn- und Akkordarbeit wird ein Lohnzuschlag von 10 Proz. eingeführt, mit der Maßgabe, daß für Polierer die Lieferung von Schleif- und Poliermaterial als Lohnzuschlag gilt. — Die Arbeitgeber haben für ihren Betrieb gemeinsam mit einer Kommission der Arbeiter einen Tarif ausgearbeitet, der in der Werkstatt auszuhängen ist oder den Arbeitern sonstwie zur Kenntnis gebracht werden muß. Der Tarif

hat rückwirkende Kraft bis zum 20. Januar 1908. Den Lohnarbeitern ist der erhöhte Lohn nach Fertigstellung des Tarifs gleichfalls mit rückwirkender Kraft zu zahlen. Der Anschlag der Stellenvermittlung an den Arbeitsnachweis der Berliner Holzindustrie hat sofort nach Genehmigung der Generalversammlungen der Verbände zu erfolgen. Die Bestimmungen im Betrage der Berliner Holzindustriellen mit dem Holzarbeiter-Verband bezüglich der Schlichtungskommission finden entsprechende Anwendung. — Die Dauer des Vertrages wird auf zwei Jahre festgesetzt. Der Vertrag gilt auf ein Jahr verlängert, wenn er nicht drei Monate vorher gekündigt wird. Als Vertragsstichheben gelten für die Arbeitgeber die Freie Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin und für die Arbeitnehmer (der Stodarbeiter) der Deutsche Holzarbeiter-Verband, Jahnstraße Berlin. — Dieser Vertrag fand die allgemeine Zustimmung der Versammlung, und es gilt als sicher, daß die Unternehmer ihn ebenfalls annehmen werden, denn sie würden durch einen Kampf bei der gegenwärtigen günstigen Geschäftslage den größten Schaden erleiden. Nur bei der Firma Müller, wo unheimliche Zustände herrschen, wird es notwendig sein, scharfe Maßnahmen zu ergreifen, und ein Streik kann schon in den nächsten Tagen erfolgen. Es wurde in der Diskussion noch darauf Bezug genommen, daß es notwendig sei, für die Heimarbeit einzutreten, schon aus Selbstinteresse, denn die Hausarbeit bildet einen großen Schaden in der Holzbranche.

### Deutsches Reich.

**Der Streik der Bergarbeiter in Zipsendorf bei Zeitz ist beendet.** Am Montag wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Verwaltung mit dem Arbeiterausschuß verhandelt hat. Von zwei gemäßigten Arbeitern wurde der eine wieder an seine alte Arbeit gestellt, dem zweiten wurde ein Wochenlohn gezahlt, womit derselbe sich einverstanden erklärte. Die Einstellung dieses Mannes sollte deshalb nicht wieder geschehen, weil derselbe in einem Streik mit dem Inspektor diesem Streik die Wahrheit gesagt hat. Der kurze Streik hat dem Verbands der Bergarbeiter 40 neue Mitglieder gebracht, im ganzen Revisor Zeitz-Werkschafts und Menschewitz nimmt die Organisation starken Aufschwung.

**Wer hat Sie angeheert? Wie kamen Sie dazu?** Mit diesen Worten redete der Vorsitzende vor der Strafkammer Halle den 19jährigen Arbeiter R. A. M. i n h a r d t an, der eines Tages den Arbeitswichtigen Haase, der zum Streifbrecher geworden war, mißhandelt hatte. Die „Aufhebung“ war einfach darin begründet, daß Haase an einem Bau arbeitete, der von anderen durch Streik gemieden wurde. Die Richter scheinen nicht begreifen zu können, daß bei solchem Tun eine persönliche „Aufhebung“ gar nicht erfolgt zu sein braucht. Der Staatsanwalt beantragte gegen den bisher unbestraften Angeklagten wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung in Verbindung mit Körperverletzung und Verletzung zwei Wochen Gefängnis. Das Gericht war der Meinung, daß der Angeklagte einen „ordentlichen Dutzettel“ verdiene und erkannte auf vier Wochen Gefängnis.

**In der Tapetenfabrik von Hammerheim u. Steinmann in Aßl sind die jugendlichen Arbeiter wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.** Sämtliche Beteiligte sind noch nicht sechzehn Jahre alt und daher unorganisiert.

### Der liebevolle Papa!

Wie unartige Kinder schlagen die „christlichen Gewerkschaften“ und die „katholischen Hochabteilungen“ sich gegenwärtig herum. „Die Dummen gehören uns!“ ruft man habgierig auf beiden Seiten und beruft sich dabei nach Art der Kleinen, denen eigene Gründe zu fehlen pflegen, auf das Urteil Größerer. In der letzten Zeit hatten die Hochabteilungen das Glück, der katholischen Welt ihre Notwendigkeit in der denkbar eindringlichsten Weise dadurch nahelegen zu können, daß sie sich auf das Urteil des Papstes beriefen.

Der „Offshore Romano“ veröffentlicht nun folgende offizielle Note:

„In der deutschen katholischen Presse ist den letzten Tagen eine heftige Polemik über die Frage entstanden, welcher von den beiden Institutionen, „christliche Gewerkschaften“ oder „katholische Arbeiter-Hochabteilungen“, der Vorzug vor anderen zu geben sei. Da nun einige sich auf die Autorität des Papstes berufen haben, also ob dieser die Hochabteilungen im Gegensatz zu den Gewerkschaften gelobt und ermutigt hätte, sind wir ermächtigt, zu erklären, daß der Papst mit gleichem Wohlwollen die einen wie die anderen lobt und ermutigt, da er sehr wohl weiß, daß die besonderen Bedürfnisse der verschiedenen Diözesen und Provinzen Deutschlands dahin bestimmend wirken können, den Gewerkschaften vor den Hochabteilungen den Vorzug zu geben.“

Mit anderen Worten: „Ihr seid mir alle gleich liebe Kinder!“

Je nach den besonderen Bedürfnissen der verschiedenen Diözesen und Provinzen Deutschlands können nun die Gewerkschaften und die Hochabteilungen sich auf den Segen des Papstes berufen. Un werden es beide und der Kampf wird heftiger als bisher entbrennen.

Die glücklich stehen die freien Gewerkschaften da, die der Fürsorge eines liebenden Papas entbunden sind und dabei rote Baden und pralle Lenden bekommen!

### Hustland.

#### Das Wiedererwachen der „passiven Resistenz“?

Wegen der Entlassung von 13 Wagenrangierern, die die Entfernung eines mitschuldigen Rangiermeisters gefordert hatten, sind in Triest sämtliche Rangierer und Verloader, zusammen 600 Mann, wieder zur „passiven Resistenz“ übergegangen.

**Bergarbeiterstreik.** Die etwa 1000 Mann zählende Belegschaft des Theresienbacher der Wittkowitz Werke in Polnisch-Ostrau ist in den Ausstand getreten, weil ein Arbeiter gemahregelt wurde.

## Versammlungen.

**Erster Wahlkreis.** Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag in den Arminalhallen seine Generalversammlung ab. Dem Vorstandsbericht des Genossen Strebl gab, ist zu entnehmen, daß die Tätigkeit des Vereins im letzten Halbjahr hauptsächlich der Agitation für die Stadtverordnetenwahlen gewidmet war, die zwar nicht zum Siege führten, aber doch von dem mächtigen Fortschritt der Partei im Kreise zeugten. Der Redner erwähnte, daß die Genossen mit einzelnen Ausnahmen vollan ihre Pflicht bei der Agitation getan haben, und sprach außerdem den Genossen aus dem letzten Kreise für ihre tatkräftige Hilfe Dank aus. Sodann wies der Redner auf die Neugestaltung der Berliner Parteiorganisation hin, die ein besseres Zusammenwirken möglich mache. Der Vorstand des Wahlvereins hat fünf Sitzungen abgehalten. Beschwerden sind nicht eingelaufen. — Den Kassendbericht verlas Genosse Wittner. Die Einnahmen betragen samt dem alten Bestande von 492,88 R. 1579,99 R.; die Ausgaben, darunter 450 R. für Agitation, 793,15 R.; der übrigbleibende Bestand beläuft sich also auf 786,84 R. Der Kassierer verlas außerdem die Abrechnung vom Herbstfeste 1904, das 24,55 R. und vom Herbstfeste 1905, das 57,60 R. Ueberblick ergeben hat. Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge. Hierauf fanden die Vorstandswahlen statt und zwar mit folgendem Ergebnis: 1. Vorsitzender: O p p e l, 2. W o l d e r s t e i l, 1. Kassierer: Wittner, 2. W e i h n a c h t, 1. Schriftführer: Strebl, 2. W i n k e l, B e i s t e r, G a h n. Als Revisoren wurden Fischer, Hansen und Streblow gewählt. Dann hielt Genosse Ed. Bernstein einen Vortrag über:

## Die englischen Wahlen.

Er schloßte zunächst die Grundfragen und die geschichtliche Entwicklung des Wahlrechts und des Parlamentarismus in England und wies dabei besonders auf die Wahlrechtsreformen von 1867 und 1884 hin, die eine Folge der großen Volksbewegungen waren. Das Wahlrecht, bemerkte der Redner unter anderem, werde in England immer noch als ein Privileg aufgefaßt, das aber von den wirklichen Grundbesitzern zunächst auf die Hausmieter, dann auch auf die Mieter, soweit sie mindestens 200 R. Jahresmiete zahlen, ausgedehnt wurde. Obwohl England bei 42 Millionen Einwohnern nur 7 Millionen Wähler habe und, wenn man das deutsche Reichstagswahlrecht auf England übertragen würde, ungefähr 1 1/2 Millionen Wähler mehr haben müßte, könnte die englische Arbeiterschaft doch bei diesem Wahlrecht die ausschlaggebende Partei bilden. Auch habe die englische Wahlstimme ein ganz anderes Gewicht als die deutsche. Während man in Deutschland Abgeordnete wählt, die das Volk der Regierung gegenüber vertreten sollten, stimme der englische Wähler für die Partei, die nach seinem Willen regieren solle. Der Redner gab ferner eine Uebersicht über die Entwicklung der englischen Parteien und bemerkte unter anderem, daß die Ansichten über Volkswirtschaft und Sozialpolitik in der liberalen und konservativen Partei Englands sich so stark von denen in den bürgerlichen Parteien Deutschlands unterscheiden, daß sogar manche englische Konservative sich scheuen würden, einer Partei wie der freisinnigen Deutschlands beizutreten, weil ihnen diese viel zu reaktionär wäre. Nachdem der Redner die Politik der 1895 zur Herrschaft gekommenen konservativen Partei geschildert hatte, ging er auf die Bedeutung der gegenwärtigen Parlamentswahlen ein und bemerkte unter anderem, daß die englischen Liberalen, im Gegensatz zu unseren deutschen, sich genug waren, sich zu sagen, daß, wenn sie das Vertrauen der Arbeiterwähler einbüßen, ihre Partei überhaupt verloren sei. Ein Meisterstück der Liberalen sei es, daß sie den in Arbeiterkreisen allgemein beliebten John Burns ins Ministerium für Gemeindeangelegenheiten beriefen. Das habe zwar die Agitation anderer Genossen erleichtert, gleichwohl aber träte zum erstenmal eine sozialistische Fraktion aus Arbeitern der verschiedensten Verufe bestehend, in das englische Parlament, und dies sei die wichtigste Erscheinung bei diesen Wahlen. Außerdem bedeute aber auch der Sieg der nun mehr als früher demokratisch gefärbten Liberalen einen Zug nach links. Diese Partei werde sich genötigt sehen, ihre Versprechungen zu halten oder bei den nächsten Wahlen ihre Macht wieder einbüßen. Eine Gefahr für die demokratische Politik Englands könne aber erwachen, wenn das Land von anhen bedroht werde, und darum hätten auch wir in Deutschland unser Ziel dazu beizutragen, daß das nicht geschehe. Der Redner wies auf die politischen Fortschritte hin, die sich, wie in England, in verschiedenen anderen Ländern vollziehen, und auf den Stillstand in Preußen und im Deutschen Reich. Er schloß mit den Worten, daß die am Sonntag begonnene Agitation nicht ruhen dürfe, bis endlich das Dreiklassenwahlrecht beseitigt sei. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Zur Diskussion meldete sich niemand.

Unter Verschiedenem wurde ein Antrag des Genossen Schulz verlesen, der sich dagegen wendet, daß einzelne Gewerkschaften trotz der bekannten Vereinbarungen immer noch Versammlungen an den für die Partei reservierten Tagen abhalten. Auf Wunsch des Antragstellers wurde der Antrag dem Vorstand überwiegen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Beratung der Hamburger Wahlrechtsvorlage.

Hamburg, 21. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der heutigen Sitzung der Bürgererschaft wurde die Verhandlung der Wahlrechtsvorlage fortgesetzt. Saal und Tribünen sehr stark besetzt. Mehrere Senatskommissare sind erschienen. Im Rathause befindet sich ein starkes Polizeigebot. Die Strophen bieten das gewöhnliche Bild. Senator Oswald weist auf die Vorgänge am vorigen Mittwoch hin. Die Urheber der Demonstration haben die volle Verantwortung auf sich geladen für das, was nachfolgte. (Lebhafte Unterbrechungen. Zuruf: Wahlrechtsräuber.) Der Senat will eine starke Vertretung der Arbeiter, deshalb möge man die Vorlage annehmen. (Heiterkeit.) Er appelliert an Schwankende, der Vorlage zuzustimmen, gerade jetzt nach den Erzfessen. Warburg (Rechte), Grobhanfiker: Es sei schwer, objektiv zu bleiben gegenüber einer Partei, die ihre Mitglieder zu Kontraktbruch und Strafankündigungen verleitet, trotzdem sei er gegen die Vorlage. Redner verlangt andere Bestimmungen. Berufsständische Wahlen seien das beste, Klassen- und Proportionalwahlen eignen sich nicht für Hamburg, sie seien zu kompliziert.

Stolten (Soz.) weist die Vorwürfe Oswalds energisch zurück. Schuld am Kadav sei die Polizei, sie sei taktisch ungeschickt, weil sie die überberühmte Gegend entblöhte und Beamte dort postierte, wo sie überflüssig waren. Redner wendet sich scharf gegen die Ausfühphantasien, zerzaust die Staatsrechtstheorie und Statistik, die nur berechnen zu dem Zweck, die Bourgeoisie gruselig zu machen. Die in Hamburg der Wind wehe, zeige das Verbot der Versammlungen der Gegner der Vorlage, auch die Liberalen dürfen nicht tagen, während gestern die Wahlrechtsräuber, so der Reichstagswahlverein von 1884, tagen durften. Die Arbeiterschaft werde sich auf die Dauer nicht ruffisch behandeln lassen und sich den ihr gebührenden politischen Einfluß zu erkämpfen wissen. Der Redner spricht weiter. Der nächste Redner ist der Hauptmacher der Vorlage, Dr. Moenkberg, Bruder des zweiten Bürgermeisters.

### Regalarbeiterstreik.

Bramsche bei Donau, 24. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Weber und Spulerinnen einer fleißigen Fabrik haben wegen Differenzen den Streik beschlossen. Die anderen Fabriken folgen am Sonnabend.

### Senkersknechte.

Petersburg, 24. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nachrichten aus Livland zufolge hat ein Teil der dortigen Bevölkerung, eingeschüchelt durch das energische Vorgehen der Truppen, die Waffen niedergelegt und die Führer ausgeliefert. Letztere werden erschossen. Ein anderer Teil der Bevölkerung flüchtete in die Wälder. Am 22. Januar wurden in Jellin 45 im kriegsgerichtlichen Verfahren zum Tode verurteilte Personen erschossen.

### Neue Angriffe.

Riga, 24. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Gestern abend wurde im Zentrum der Stadt eine Patrouille mit Revolvergeschossen angegriffen. Zwei Soldaten wurden verwundet. In der Moskauer Vorstadt wurde eine Polizeipatrouille, welche einen politischen Gefangenen mit sich führte, angegriffen. Der Angriff wurde jedoch zurückgeschlagen. Die Angreifer suchten das Weite.

### Der Ausstand in Livland.

Mitau, 24. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Aufständische aus Livland überschritten die Düna und gelangten nach Tomdors, wo sie die Kasse der Verwaltung beraubten und die amtlichen Schriftstücke verbrannten. Sie zerrißen ferner Silber des Kaisers, die sie voranden und nahmen die Verwaltungsstempel mit sich.

Reichstag.

27. Sitzung vom Mittwoch, den 24. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrat: Ein Kommissar. Zunächst wird der Antrag Graf Hompesch (B.) und Genossen betreffend Abänderung des Artikels 32 der Reichsverfassung (Diäten) in dritter Lesung beraten.

Abg. Hoffmann (Soz.): Bei der zweiten Lesung dieses Antrages ist von den Abgg. Vassermann, Liebermann und Berner behauptet worden, daß die derzeitige Fassung des Artikels 32 der Reichsverfassung (Diäten) in dritter Lesung beraten werden soll mit der Aufnahme bürgerlicher Elemente in die Partei. Es könne sonst passieren, daß wenn erst einmal die Diäten eingeführt sein werden, diese Elemente im Reichstage Sololänge aufzuführen. Der Zweck meiner Rede war also lediglich der, zu verhindern, daß Leute, die im bürgerlichen Leben Schiffbruch gelitten haben, zu uns kommen, um sich bei uns ihr Ehrentitel neu zu erwerben.

Hiermit schließt die Debatte. Der Antrag wird in dritter Lesung mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs Graf Hompesch (B.) und Genossen betreffend die Freiheit der Religionsübung.

Abg. Bachem (B.):

Der erste Teil unseres Antrages wurde schon einmal vom Hause angenommen, und zwar mit großer Mehrheit. Er ist einmal im Juni 1902 in dritter Lesung mit 168 gegen 60 Stimmen angenommen. Der hohe Bundesrat hat beliebt, überhaupt keine Stellung dazu zu nehmen. (Hört! hört!) Augenblicklich sehe ich einen einsamen Herrn am Bundesratstische. (Weiterkeit.) Ich weiß nicht, ob er Auftrag hat, uns über die Stellung aufzuklären, die der Bundesrat nunmehr einnimmt. (Weiterkeit.) Zeit genug, sich zu dem vom Hause mit so großer Mehrheit angenommenen Antrage zu stellen, hat ja der Bundesrat gehabt. In Preußen sind, wie wir dankbar anerkennen, in den letzten Jahren Verbesserungen in der gesetzlichen Stellung der Katholiken eingetreten; einige ganz kleine Fortschritte sind auch in Braunschweig zu verzeichnen; doch kann man sich hier nicht entschließen, mit dem intoleranten Geist der engberzigen Gesetzgebung über die katholische Kirche gründlich zu brechen. Die anderen Bundesstaaten, über die wir Klagen zu führen hatten, haben sich überhaupt nicht gerührt. (Hört! hört!) Damit werden die wiederholt, die uns auf unsere Klagen und Beschwerden mit dem Hinweis auf die landesgesetzliche Regelung antworteten. Außerdem würde eine solche landesgesetzliche Regelung die Möglichkeiten nicht beseitigen, zu deren Beseitigung wir eben die reichsgesetzliche Ordnung dieser Materie verlangen. (Sehr richtig! im Zentrum.) — Auch in der Praxis sind wenige oder gar keine Fortschritte zu verzeichnen. Namentlich in Braunschweig werden die Katholiken auf das rigorosste behandelt. — Medner zählt eine Anzahl Fälle auf, die Wollensbüttel, Borgsdorf, Besche usw. sich ereignet haben. Bei der Erzählung eines Falles — es handelt sich um die Verweigerung der Errichtung einer katholischen Schule — erschallen Schreie im Zentrum. — Die Einführung über die Intoleranz der braunschweigischen Regierung reicht bis tief in lutherische Kreise.

In allen Handels- und Schiffahrtsverträgen mit überseeischen Staaten hat das Deutsche Reich gegenseitige vollständige Religionsfreiheit ausgemacht; es sind die Verträge mit San Salvador von 1871, Costa Rica von 1875, mit Tonga von 1876, mit Hawaii von 1879, mit San Domingo von 1876, mit Sanfobar von 1885, mit Guatemala von 1887, mit Honduras von 1887, mit Kolumbien von 1893, mit Nicaragua von 1896 und mit Japan von 1896. (Weiterkeit.) Wenn also katholische Salvadorer, Costaricaner, Tonganer, Hawaiesen usw. nach Braunschweig kommen, so haben sie dort vollständige Religionsfreiheit. (Weiterkeit.) Denn Reichsrecht bricht Landesrecht. Wenn aber katholische Bayern, Preußen usw. nach Braunschweig gehen, wird ihre Religionsübung beschränkt. Aber weiter! Auch die Mohammedaner von Sanfobar, die Buddhisten aus Japan, die sich etwa auf der technischen Hochschule zu Braunschweig in größerer Zahl aufhalten könnten, würden dort eine größere Religionsfreiheit genießen, als die Einheimischen!

Der vorliegende Entwurf ist wiederholt als ein Wechselbalg bezeichnet worden insofern als der Katholizismus keine religiöse, dogmatische Toleranz ferne. Das ist richtig, für uns hat der Begriff der religiösen Toleranz nur einen Sinn auf staatsbürgerlichem Gebiete. — Man hat die Verletzung geäußert, daß bei Inkrafttreten unseres Antrages die Regerverbrennungen wieder aufleben würden. (Weiterkeit im Zentrum.) Nun, die Regerverbrennungen waren keine Einrichtungen der katholischen Kirche, sondern sie waren ermöglicht durch die damalige staatliche Gesetzgebung. Uebrigens will ich nicht unerwähnt lassen, daß auch Protestanten vielfach Regerverbrennungen unter ausdrücklicher Billigung der Reformatoren. In der Halsgerichtsordnung des protestantischen Kurfürsten Wilhelm von Brandenburg vom Jahre 1582 wurde ausdrücklich bestimmt, daß wer von der Geistesfreiheit als Ketzer bezeichnet wurde, verbrannt werde. (Hört! hört! im Zentrum.) — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ist sie schon aufgehoben? (Große Heiterkeit.) Wenn man übrigens immer über die Regerverbrennungen der spanischen Inquisition herfällt, so verweise ich nur auf die doch sicher ebenso verwerflichen Regerverbrennungen in den protestantischen Ländern. Von solchen Angelfühlungen also soll man sich bei der Beurteilung unseres Antrages nicht leiten lassen. (Graf Pofadowsky betritt den Saal.) Eine Kommissionsberatung unseres Antrages halten wir nicht für nötig, da unser Antrag bereits von einer Kommission dieses Reichstages eingehend durchberaten worden ist. Wir hoffen zuversichtlich, daß der Antrag wie in der Kommission, so auch in diesem hohen Hause in der zweiten Lesung mit großer Mehrheit angenommen werden wird. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Wir stimmen wie auch früher der Vorlage im allgemeinen zu. Auch erkennen wir nicht, daß die Kommissionsberatung des vorigen Jahres wesentliche Verbesserungen zutage gefördert hat, die die Antragsteller nunmehr in ihrem Antrag aufgenommen haben. Diese Verbesserungen rühren wohl daher, daß die Herren von der Rechten sich an den Kommissionsarbeiten nicht beteiligt haben. Trotzdem haben wir auch jetzt noch schwere Bedenken in einzelnen Punkten. Für uns wird es kaum möglich sein, auf eine Kommissionsberatung zu verzichten, wenn nicht unsere Bedenken in dieser Debatte noch vollkommen zerstreut würden.

Eines der wesentlichsten Bedenken haben wir gegen den § 4, der von der Teilnahme am Religionsunterricht handelt. Die frühere Fassung dieses Paragraphen schloß es nicht aus, daß die Dissidenten weiterhin gezwungen werden konnten, ihre Kinder dem Religionsunterricht der Schule zu überantworten. Die Kommission hatte diese Bedenken vollkommen zerstreut, indem sie dem § 4 folgende Fassung gab: „Eben den Willen der Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden.“ Dieser Fassung konnten wir ohne weiteres zustimmen. Es war damit das Recht der Dissidenten gewahrt, aber auch aller derjenigen, die formell zwar noch einer Kirche angehören, aber dessen ungeachtet nicht gewillt sind, ihr Kind

dem Religionsunterricht der Schule zu überweisen. Nun hat das Zentrum in dem jetzigen Antrag die Fassung der Kommission nicht anfrezulegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es hat eine neue Fassung gewählt, die uns die größten Bedenken einflößt, weil man ihren Wortlaut mißbrauchen kann. Es heißt jetzt: „Zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst, welcher der religiösen Überzeugung der Erziehungsberechtigten nicht entspricht, kann ein Kind gegen den ausdrücklichen Willen der Erziehungsberechtigten nicht angehalten werden.“ Das würde die Dissidenten wohl schätzen, aber nicht die zweite Kategorie, die ich anführe. Man könnte aus dieser Fassung folgern: Wenn jemand noch nicht formell aus dem Band mit seiner Kirche gelöst hat, dann ist diese formelle Zugehörigkeit zugleich eine formelle Erklärung, daß er mit dem Religionsunterricht seiner Kirche einverstanden ist. Einer solchen Auffassung könnten wir unter keinen Umständen zustimmen. Man kann noch in wesentlichen Punkten auf dem Boden der Kirche stehen und doch der Meinung sein, daß der Religionsunterricht, wie er jetzt in der Schule gelehrt wird eine pädagogische Quälerei für die Kinder ist. Ihnen hat die Wirkung dieses Religionsunterrichts sehr gut charakterisiert in dem Verse: *Recht schlagen auf Gehirn betäubt, lernt es das Kind, bis das es glaubt.* Herer kommt in Betracht, daß das Kind im Religionsunterricht ganz andere Wahrheiten lernt, als zum Beispiel in der Naturkunde. Es gewöhnt sich so daran, diese Widersprüche neben einander lagern zu lassen, sein Wahrheitsbewußtsein ist im späteren Leben daher durchaus korrupt und der Mensch gewöhnt sich mit den schreiendsten Widersprüchen einherzulassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt aber doch eine ganze Menge Eltern, die es in ihrer öffentlichen Stellung als Beamte nicht wagen dürfen, das Band mit der Kirche zu durchschneiden, ohne sich die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen zuzuziehen. Warum haben nun die Antragsteller den Kommissionsbeschluss nicht einfach akzeptiert? Das muß doch einen Grund haben, und Sie müssen es uns nicht abel nehmen, wenn wir gerade bei dieser Gelegenheit Ihnen gegenüber außerordentlich vorsichtig sind. — Im Zusammenhang damit stehen mehrere Bedenken gegen den § 12, wonach religiöse Genossenschaften, Gesellschaften und Vereine aller Art zu ihrer Gründung, Niederlassung und Tätigkeit innerhalb des Reichsgebietes keiner Genehmigung des Staates oder der politischen Gemeinden bedürfen. Gemäß dem Urteil auch wir jede Einschränkung der Vereins- und Bewegungsfreiheit der Religions- und sonstigen Gemeinschaften, soweit sie nicht gegen das Strafgesetzbuch verstößt. Aber wir müssen fragen: Verabsichtigen die Antragsteller mit diesem Paragraphen etwa gewissen religiösen Genossenschaften und Gemeinschaften das Recht der Errichtung von Privatschulen zuzusprechen, deren Besuch den öffentlichen Schulen aufhebt, beabsichtigen Sie auf diese Weise Klosterschulen und dergleichen auch in Deutschland in größerem Maßstabe zu errichten? Die Möglichkeit liegt nach der Fassung vor, und wir haben allen Grund zu dem Verdacht, daß Sie (zum Zentrum) daran denken. Deshalb werden Sie es uns nicht abel nehmen können, wenn wir auf diesen Punkt nicht eingehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir auch für die Trennung von Kirche und Staat eintreten, so sind wir doch nicht für die Überlieferung der Schule an die Kirche, sondern wünschen, daß die Schulen unter der Aufsicht des bürgerlichen Staates stehen. Wie berechtigt unsere Bedenken sind, ergibt sich ja auch aus den Vorgängen im preussischen Abgeordnetenhaus. Dort suchen Sie (zum Zentrum) in Gemeinschaft mit den Konfessions- und Nationalliberalen die Konfessionsschule als die allein berechtigte Unterrichtsanstalt zu etablieren und die Simultanschule auf den Aussterberaal zu bringen. Da Ihnen dies vorausschicklich gelingen wird, müssen wir uns so sehr daran festhalten, daß niemand gezwungen werden darf, seine Kinder dem Religionsunterricht der Schule zu überantworten. Eine solche Bestimmung würde immerhin ein bedeutendes Gegengewicht gegen Ihre reaktionäre Schulpolitik im preussischen Landtag bedeuten. Ihr Eintreten für die Konfessionsschule steht mit diesem ganzen Toleranzantrag im schroffen Widerspruch. Die Konfessionsschule ist die Pflanzschule der Intoleranz. (Lebhafte Widerspruch im Zentrum.) Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es liegt auf der Hand, daß wenn man das kleine Kind schon von seinen Altersgenossen trennt, es in allen Wissensgebieten gelendet erzieht und sie alle eintaucht in eine konfessionell-religiöse Beleuchtung, daß da ein Geistesleben entstehen muß, welches ein anderes Geistesleben nicht verstehen kann, ihm von vornherein mißtrauisch und feindselig gegenübersteht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie sagen sich jedenfalls: wenn wir schon in die Kinder diese Gegensätze einpflanzen, dann wird es uns um so leichter, die erwachsenen Menschen nach ihrem konfessionellen Bekenntnis auseinanderzuhalten, dann wird es uns leichter, christliche Gewerkschaften zu errichten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Solche Bestrebungen laufen aber auf eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse hinaus, indem sie ihre Kräfte zersplittern. Im Abgeordnetenhaus hat man gesagt: die große Mehrheit des Volkes wolle eine konfessionelle Erziehung. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wie wollen Sie diese Behauptung beweisen? Im preussischen Landtag kommt doch die große Mehrheit des Volkes gar nicht zu Worte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dort wurde auch behauptet, der konfessionelle Unterricht sei notwendig, damit dem Volke die Moral erhalten werde. Die Kriminalstatistik aber weist gerade in Ostpreußen, Schlesien, Posen, wo der Religionsunterricht ganz in Ihrem Sinne erteilt wird, die höchsten Prozentsätze der Straftätigen auf. Sie brauchen freilich den konfessionellen Unterricht, um dem Volke die Moral einzuprägen, die es nach Ihrem Herzen haben soll, die Untertanenmoral, die es als Gottesordnung anerkennt, daß es in der Welt Herren und Knechte, Arme und Reiche in Ewigkeit gibt. Eine dergleichen Moral zu begründen auf dem Boden einer Religion, die sich nicht in den Dienst einer jeweilig herrschenden Gesellschaft stellt, würde Ihnen sehr schwer werden. Daher stammt ja der Widerspruch der Konfessionen gegen das Gesetz, die gerade wünschen, daß die Kirche durchaus abhängig von den staatlichen Gewalten bleibt und unter ihrem Einfluß diese Unabhängigkeitslehre den breiten Massen des armen Volkes beibringt. Von der weltlichen Autorität wird natürlich dieser Standpunkt auch geteilt, und daher wird das Verhalten des Bundesrates Ihrem Antrag gegenüber das gleiche bleiben.

Ih muß zugestehen, daß die schweren Bedenken, die wir früher gegen den zweiten Teil dieses Antrages hatten, durch die Umgestaltung des betreffenden Paragraphen im wesentlichen gehoben worden. Früher war nur den anerkannten Religionsgemeinschaften die Freiheit der Religionsübung gestattet, nach der neuen Fassung wird diese Freiheit allen Religionsgemeinschaften, deren Lehren und Satzungen den Reichsstrafgesetzen nicht zuwiderlaufen, gewährt. Diese Verbesserung wird dem Antrage wohl die letzten Sympathien auf der rechten Seite des Hauses gewonnen haben. Zweifellos wird die Kirche durch ihre Abhängigkeit vom Staate durch und durch korruptiert. Jeder Versuch einzelner Geistlicher, sich der Unterdrückung anzunehmen, ist stets erstickt worden. Ich begreife es daher, auch vom Standpunkt der Geistesfreiheit selbst, daß die Kirche aus dieser Umstridung durch den Staat hinauskommen muß. Aber es fehlt jede Kraft, jede Energie. Darin, daß man noch nicht verzichten zu können glaubt auf die Hilfe des Staates, zeigt sich die ungeheure innere Schwäche der Kirche. Sie glaubt nicht an die überzeugende Kraft ihrer Ideen. Es ist das größte Armutszeugnis für den Protestantismus, daß er sich so dagegen sträubt, der katholischen Kirche Bewegungsfreiheit zu geben. Dieselben Leute, die sagen:

haben die größte Furcht vor den Jesuiten. Aber auch die katholische Kirche verläßt sich nicht allein auf die Kraft ihres Glaubens, und wagt es nicht, sich vom Staate unabhängig zu machen. So lange sie das nicht tut, werden auch immer noch die Briefe an die Bischöfe ergehen, wie an den Erzbischof Florian von Stablenowski, daß sie den praktischen Interessen der herrschenden Gesellschaft zu dienen hätte. Wenn Sie wirklich Unabhängigkeit dem Staate gegenüber wollten, müßten Sie das Licht zwischen ihm und der Kirche ganz durchschneiden.

Das Wort von der privaten und staatsrechtlichen Toleranz ist wieder hin und her geworfen worden, aber trotz Herrn Bachem bin ich mir nicht klar darüber geworden, wo die dogmatische Toleranz aufhört und die staatliche anfängt. Wir haben keinerlei Garantie, daß nicht auch die Katholiken die Staatsautorität in Anspruch nehmen, um auf feindliche religiöse oder andere Weltanschauungen einen Druck auszuüben. Tatsache ist ja, daß das Zentrum den § 106 des Strafgesetzbuches — Gotteslästerung — anfrecht erhält. Herr Bachem schwor nun, Sie hätten nicht mehr an Regerverbrennung. Dagegen würden wir uns auch zu wehren wissen. Aber aus sich selbst heraus ist die Kirche nicht zum Verzicht auf die Regerverbrennung gekommen, sondern durch die weltliche, von Ihnen so sehr geschätzte Forderung und Wissenschaft. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dann aber hat das Zentrum anlässlich der Anknüpfung einen Antrag zu § 130 gestellt, wonach zu Verhängnis bis zu zwei Jahren verurteilt werden sollte, wer öffentlich oder vor mehreren das Dasein Gottes oder die Unsterblichkeit der Seele leugnet. (Hört! hört! links, Unruhe im Zentrum.) Das heißt, wenn auch nicht die Regerverbrennen, so sie doch tatsächlich quälen, gesundheitslich schädigen und ihre Existenz gerättern wollen. Wenn die staatliche Toleranz auch derartige Maßregeln zuläßt, so ist es die schlimmste Intoleranz. (Sehr gut! links.) Schließlich wird im Arbeiterkatechismus der Jesuiten Hammerstein und Katschin gefordert, daß der Staat die Verbreitung der atheistischen Grundsätze bestrafe, nicht nur wenn sie von Sozialdemokraten, sondern auch wenn sie von liberalen Redakteuren oder ungläubigen Professoren auf dem Katheder ausgeht. (Hört! hört! links, Jauch im Zentrum: Privatarbeit!) Aber der Antrag Ihrer Fraktion zur Anknüpfung war doch wohl nicht Privatarbeit. Und wenn eine Broschüre, die Ihre Parteipresse verbreitet, Ihren Grundsätzen der staatlichen Toleranz widerspricht, so müßten Sie doch sie öffentlich dementieren und verurteilen. Ich erwarte ja auch, daß das geschieht. (Weiterkeit.)

Wir wollen der freien Bewegung der Geister keinerlei Schranken setzen und fürchten uns auch vor den Jesuiten nicht, weil wir auch gegen sie unsere guten Waffen im Geisteskampf und im wirtschaftlichen Kampf haben. Ich hätte bei der vorjährigen Beratung des Gesetzentwurfs die Hoffnung ausgesprochen, daß das Zentrum diese unsere gerechte und neutrale Stellung nur auch anerkennen werde. Aber schlimmere Verdächtigungen als je sind den damaligen Verhandlungen auf dem Fuße gefolgt. So schrieb das „Münchener Journal“, daß die Sozialdemokratie die Religion vertilgen wolle und auf religiösem Gebiet den Atheismus erstrebe. Sie berief sich auf eine Erklärung Bebel's aus dem Jahre 1881. Ich könnte dem entgegenhalten, daß der offizielle Standpunkt der Partei unter Zustimmung Bebel's im Erfurter Programm: Religion ist Privatsache, festgelegt sei und die religiöse Anschauung des einzelnen die Partei nicht tangiere. Aber ich kann mich auf Bebel selbst berufen, der doch in der jüngsten Religionsdebatte in der Partei auf dem Münchener Parteitage 1902 ausführte: „Jeder Parteigenosse mag glauben was er will. Er mag privatim katholischer Christ, Materialist oder Atheist sein, in der Partei geht das keine Rechnung an. Wir wollen den Staat als rein weltlich-gesellschaftlich und die Religionsgesellschaften als reine Privatgesellschaften. Aber in den religiösen Glaubensfragen haben wir Neutralität und nichts als Neutralität zu beobachten.“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Im Interesse eines ehrlichen Geisteskampfes wäre es wünschenswert, wenn das Zentrum diesen unseren Standpunkt endlich richtig wiedergäbe und nach dem Gebot handelte: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten. Wenn es sich daran gewöhnte, den rein geistigen Kampf, den wir im Vertrauen auf die Klarheit der wissenschaftlichen Forschung und die hohe Berechtigung unserer wirtschaftlichen Forderungen zu führen bereit sind, uns nicht ständig mit Vertemnndungen und Unwahrheiten an den Hals zu springen, so wäre das ein kleiner Erfolg des Toleranzantrages, denn einen anderen Erfolg wird er wohl nicht haben. Das liegt zum Teil an der ablehnenden Haltung des Bundesrats und der Konserverativen, hauptsächlich aber am Zentrum selbst. Sie denken gar nicht daran, um bei einem so wichtigen Punkte den Volkswillen durchzusetzen, von ihrer parlamentarischen Macht Gebrauch zu machen. (Jauch und Widerspruch im Zentrum.) Verweigern Sie doch einmal der Regierung das Budget oder den haupfschuldigen Ministern das Gehalt. (Jauch im Zentrum.) Ja, es ist Ihnen eben nicht voller Ernst mit der Durchföhrung Ihrer Grundsätze. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen mit der Regierung nicht brechen, weil das gute Verhältnis zu ihr gar manche schönen und guten Dinge einbringt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Widerspruch im Zentrum. Das ist das innere Verhältnis dieses Antrages. Die einzigen, die nicht schuld daran sind, daß er nicht durchgeführt wird, sind wir Sozialdemokraten. Gehen Sie nur auf unsere Vorschläge ein, und Sie haben den Erfolg in der Hand. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Pofadowsky: Es ist verschiedentlich bedauert worden, daß der Bundesrat bisher noch keine Erklärung über seine Stellung zu dem Reichstagsbeschluss vom 21. Juni 1903, dem sogenannten Toleranzantrag, abgegeben hat. Auf die Erwartungen, die sich daran geknüpft haben, daß im letzten Ratworts der Bundesratsentscheidungen ein Beschluss über diesen Antrag nicht enthalten ist, muß ich erklären: Von dem Antrag des Abgeordneten Lieber-Montabaur betreffend die Religionsfreiheit der Reichsangehörigen und die Freiheit der Religionsgemeinschaften wurde nach der Kommissionsberatung der zweite Teil, §§ 5 bis 10, zurückgezogen, der andere in acht Paragraphen mit 103 gegen 60 Stimmen auch im Plenum angenommen. In dem Ratworts der Bundesratsbeschlüsse vom Januar 1904 war die Erklärung abgegeben, daß der Bundesrat sich bis dahin über diesen Antrag noch nicht schlüssig geworden war. — Inzwischen wurde im Jahre 1903 der neue Reichstag gewählt und der Antrag Lieber in seinen beiden Teilen wieder eingebracht. Der erste Teil, §§ 1-8, wurde in der Kommission wiederum angenommen, §§ 9-14 wesentlich verändert, aber gleichfalls votiert. Im Plenum gelangten die Kommissionsbeschlüsse infolge des Sessionsabbruchs nicht mehr zur Verabschiedung. — Jetzt in der laufenden Session sind die Kommissionsbeschlüsse — nur unter Abänderung des § 4 — als Antrag Graf Hompesch dem Hause wieder vorgelegt worden.

Aus dieser Geschichte des Toleranzantrages geht unzweifelhaft hervor, daß sich seit der Beratung des ersten Antrages Lieber die Auffassung der Antragsteller, der Kommission und des Hauses geändert hat. Nun war sich bis zum Januar 1904 der Bundesrat über den ersten Antrag Lieber noch nicht schlüssig geworden. Formell lag nach der bisherigen Praxis des Bundesrats keinerlei Verantwortung vor, eine neue Erklärung abzugeben, solange sich nicht etwas an der im letzten Ratworts bekundeten Stellungnahme geändert hat. Aber auch materiell sind wir doch in einer schwierigen Lage. Sollen wir noch jetzt über einen Antrag des vorigen Reichstages Beschlüsse fassen, nachdem der Reichstag seinen damaligen Antrag wesentlich verändert hat? Der Bundesrat hat also weder sachlich noch formell Anlaß gehabt, sich in dem letzten Ratworts über seine Stellung zu dem Toleranzantrag zu äußern. Nur bitte ich Sie, daraus lehrnswegs zu folgern, daß der Bundesrat die Sache aus dem Augen gelassen hat und nicht etwa doch noch nachträglich zu einem Ent-

Köln gelangt. Ich habe diese Ausführungen nur gemacht, um Ihnen die Überzeugung beizubringen, daß hier kein Verleihen des Bundesrats und keine Verachtlichmachung der Reichstagsbeschlüsse vorliegt, sondern der Bundesrat nur nach seiner bisherigen Geschäftsordnung verfahren ist. (Beifall rechts.)

Abg. Hehl v. Herrnsheim (natl.): Der Abg. Dr. David hat sich in seiner Rede nicht nur gegen den staatlichen Religionsunterricht, sondern gegen den christlichen Religionsunterricht schlechthin gewandt, indem er ihn als im Widerspruch mit den Ergebnissen der modernen Naturwissenschaften stehend schilderte. Die logische Folgerung solcher Ausführungen ist, daß die kirchlichen Gemeinschaften, einerlei ob katholisch oder protestantisch, keine Stelle in einem sozialdemokratischen Staatswesen finden könnten. (Rufen und Widerspruch b. d. Soz.) Die Unterfertigung, die die Sozialdemokraten dem Zentrumsantrag zu teil werden lassen, muß also vom Zentrum selbst als wertlos angesehen werden. Meine Forderung ist für Befestigung aller bestehenden Gärten; diesen Antrag aber lehnen wir ab und wir werden auch gegen eine Kommissionsberatung stimmen. (Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Henning (l.) polemisiert zunächst gegen den Abg. David. Unsere Volksschule steht unvergleichlich hoch da. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir alle kennen das Wort von dem Schulmeister, der die Scholastik bei Sadowa gewonnen hat. Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben zum großen Teil auf der Tribüne unverständlich. Die Antragsteller sollten doch bedenken und aus den Ausführungen des Dr. David aufs neue lernen, daß der Staat und die christlichen Kirchen ein gemeinsames Interesse haben, gegen die negativen, zerstörenden Kräfte zusammenzubringen und die heiligsten Güter zu verteidigen. Der Antrag des Zentrums macht den Austritt aus den Landeskirchen außerordentlich leicht. Diesen Stoß könnte unsere Kirche nicht ertragen. (Hört! hört! links.)

Abg. Dr. Müller-Münch (fr. Vp.): Ich habe zunächst eine kurze Erklärung meiner Reaktion abgegeben. Meine politischen Freunde stehen dem ersten Teile des Antrages im allgemeinen sympathisch gegenüber; sie behalten sich aber vor, im Laufe der zweiten Lesung einige Änderungen zu beantragen. Wir lehnen dagegen einmütig den zweiten Teil der Vorlage ab. Abg. Wachen hat gewiß mit Recht die Politik kleinlicher Nadelstiche gegen die Katholiken geübt. Aber das Zentrum steht auf dem Boden einer höchst intoléranten Weltanschauung, wie von den verschiedensten Seiten durch unwiderlegliche Tatsachen nachgewiesen worden ist. Ja achte durchaus jede religiöse Meinung; ich bin auch weit davon entfernt, zu bekämpfen, daß auch auf protestantischer Seite die ärgsten Fälle von Unduldsamkeit vorkommen. Aber ist es nicht eine merkwürdige Art von Toleranz, wenn Zentrumsblätter Erdbeben mit unheimlichen Wahlergebnissen, Todesfälle von politischen Gegnern mit deren politischer Stellung in Zusammenhang bringen? (Sehr richtig! links. Unruhe im Zentrum. Zuruf des Abg. Die: So etwas kommt auch auf protestantischer Seite vor!) Das habe ich nie bestritten. Herr Kollege; vielmehr eben erst ausdrücklich hervorgehoben, daß Intoleranz auch auf protestantischer Seite vorkommt und dort natürlich ebenso zu verurteilen ist. Aber dadurch werden jene Proben von Zentrumsintoleranz um kein Haar besser. Ist etwa die gewerbmäßige Hetze gegen liberale, ja, überhaupt alle Nicht-Zentrumsblätter ein Zeichen von Toleranz? Der Pfarrer Oskar Bly im Heddingenchen hat sogar das Austragen des unparteiischen Amtsblattes für eine Sünde erklärt. (Hört! hört! links. Lärm im Zirkel.) In Esch-Bohlingen erklärte ein Pfarrer: wer einen katholischen Geistlichen vor ein weltliches Gericht zieht, begeht eine Todesünde und verfällt dem Kirchenbann. (Hört! hört! links.) — In Baden hat ein Pfarrer wegen Austragens eines liberalen Blattes die Kommunion verweigert. Wegen diesen Pfarrer ist man allerdings auch von kirchlicher Seite vorgegangen: er hatte die Sache auch gar zu dumm angefangen. (Große Heiterkeit.) Ebenfalls wurde dem Austräger der „Wormser Volks-Zeitung“ die Kommunion verweigert. (Hört! hört! links.) Sorgen Sie (zum Zentrum) dafür, daß in Zukunft ein solcher erbärmlicher Besinnungsdruck unterbleibe. Sie sind sich selbst schuldig, wenn Sie hier einen Toleranzantrag einbringen. Redner verliest einige Kraftstellen aus dem Erbauungsbuch eines Paters Bitzmann. Gemischte Chöre werden als „kirchlich-politische Gesellschaften“ (Große Heiterkeit) bezeichnet. Die Zivilliste wird das Weet des Satans, des Mörders von Anbeginn, genannt. Eine schlimmere Verächtlichmachung von Staatsinstitutionen ist kaum denkbar; ich möchte keiner Partei der Linken raten, eine derartige Sprache gegen eine Staatsinstitution zu führen, da würde der Staatsanwalt flugs zur Stelle sein. Die Herren vom Zentrum sollten doch erst einmal ihre bürgerliche Toleranz beweisen, ehe man sich auf ihre Anträge einlassen kann. So, wie Sie es machen, macht man Würstchen, aber keine Götterentwürfe. Wenn die Kirche den Staat so liebt, wie Herr Wachen sagte, dann wäre es doppelt Zeit, daß diese Ehe zwischen Kirche und Staat sofort geschieden wird, denn sonst wird die Kirche den Staat völlig besitzeln. (Heiterkeit links.) Gerade in einer Zeit, in der das Schmelzen des größten deutschen Staates dem krassen Konfessionalismus ausgeliefert wird, kann ich Sie nur bitten, doppelt vorsichtig zu sein. Lehnen Sie den zweiten Teil des Entwurfs möglichst schnell ab. Wir können nicht für die Zentrumsintoleranz stimmen, wir sind für allgemeine Toleranz und allgemeine Freiheit. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Rp.): Die bisherige Diskussion hat gezeigt, wie recht diejenigen Evangelischen gehabt haben, welche infolge dieses Antrages eine allgemeine Aufregung aller Landeskirchen fürchten. Wir werden den Antrag einfach ablehnen. (Beifall bei der Reichspartei.)

Abg. Schrader (fr. Vp.): Die vielen kleinen Duldereien gegen Katholiken, wie sie namentlich auch in meinem engeren Vaterlande Braunschweig vorkommen, sind natürlich von jedem liberalen Kanne aufs Schärfste zu verurteilen. Ihr Antrag geht aber nicht auf allgemeine Religionsfreiheit, sondern ist ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der Stellung der katholischen Kirche in Deutschland. (Sehr richtig! links und rechts.) Wenn Sie Ihre Sätze allgemeiner ausdrücken, so liegt das nur daran, daß Sie gern auch andere Leute auf Ihrer Seite haben. Aber wenn der Entwurf Gesetz werden sollte, werden Sie dies ausschließlich zur Stärkung der katholischen Kirche anwenden. Schneidet man diese Materie einmal an, so soll man gründliche Arbeit machen und Staat und Kirche vollständig, auch finanziell trennen. (Hört! hört! rechts. Beifall links.) Aber wir wollen nicht so radikal vorgehen und den bestehenden Zustand abschaffen, ehe man eine neue bessere Grundlage geschaffen hat. Das läßt sich so einfach aber nicht machen. Niemand in diesem hohen Hause besitzt die Kenntnisse, um alle Wirkungen solcher Bestimmungen, wie sie der zweite Teil des Antrages enthält, vorauszusagen. Deshalb müssen wir diesen zweiten Teil ablehnen. Ich rate den Herren vom Zentrum, ihn vorläufig überhaupt zurückzugeben und zu anderer Zeit und in anderer Form wiederzubringen. (Beifall links.)

Abg. Blumenthal (südd. Vp.): Der vorliegende Entwurf enthält neben ausgezeichneten Bestimmungen auch solche Anregungen, die erst für später in Betracht kommen können. Ich begrüße die allerdings noch verhältnismäßig, aber zweifellos darin ausgedrückte Idee, daß die vollständige Trennung von Kirche und Staat das letzte Ziel der staatskirchlichen Entwicklung ist. Ich danke dem Zentrum, welches zweifellos nicht auf diesem Standpunkte steht, daß es hier eine sehr beherzigenswerte Anleitung gegeben hat, wie wir es später einmal machen können. (Heiterkeit links, Unruhe im Zentrum.) Ich sehe in dem Zentrumsantrag nichts Staatsgefährliches. Wir können unsere Stellung zu ihm nicht von der Verantwortung der Frage abhängig machen, ob die katholische Kirche, sollte sie einmal wieder mächtig werden, wieder Ketzer verbrennen wird oder nicht. (Heiterkeit links.) Es kann das übrigens auch eine wirtschaftliche Frage werden, denn bei der Massenheftigkeit der Keyer und den teuren Preisen für Brennmaterialien mag die Keyerverbrennung auf technische Schwierigkeiten stoßen. (Stürmische Heiterkeit.) Man hat dem Zentrum schon den Gottesdienstparagrafen vorbehalten. Es mag einem Atheisten allerdings sehr problematisch vor-

kommen, wie er jemand, von dessen Existenz er überhaupt nicht überzeugt ist, lästern könne. (Sehr wahr!) und Heiterkeit links.) Aber der Staat hat sich immerhin schon einen Vorteil vor der Kirche gesichert, denn die Majestätsbeleidigung wird schärfer bestraft als die Gotteslästern. (Schallende Heiterkeit! links.) Abg. Wachen hat von dem sogenannten Intoleranzantrag gesprochen. Das ist das beste Wort in seiner Rede. (Große Heiterkeit!) Ich würde den Entwurf nennen: Gesetz betreffend die Neuregelung des staatskirchlichen Konfessionswesens. (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) Sehen Sie die älteste Forderung der katholischen Kirche an! Da hat man erkannt, daß am Schluß der Entwicklung Trennung von Kirche und Staat erfolgen muß und hat schließlich den Weg gefunden. Die Franzosen haben uns das voraus, daß sie nicht Jahrhunderte zu grübeln pflegen, sondern auch in die Tat alles umsetzen. Damit sind sie uns um ein bedeutendes Stück vorausgegangen. Wir werden auch dahin kommen, wenn das Zentrum jetzt schon darin vorangeht. (Heiterkeit.) Ich stimme dem Antrag zu, soweit er freie Religionsübung fordert. Für die elastischen Bestimmungen der §§ 9 und 11 kann ich aber nicht stimmen. Was heißt denn freie Religionsübung? Da könnte ja ein Vapilistenverein öffentlich taufen wollen. (Heiterkeit.) Wie soll denn da entschieden werden? Denken Sie doch an Leo Tagil und Mik W. ughan. (Heiterkeit), die sich viel schämmer als die armen Leute haben hineinlegen lassen. (Beifall links.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. David (Soz.): Abg. Frhr. v. Hehl hat aus meinen Ausführungen herausgehört, daß wir, wenn wir die Macht hätten, den Religionsunterricht verbieten würden. Zu dieser Unterstellung habe ich ihm nicht den geringsten Grund gegeben. Ich habe mich nur dagegen gewandt, daß man Eltern zwingt, ihre Kinder dem Religionsunterricht der öffentlichen Schulen zu überweisen.

Abg. Freiherr Hehl zu Herrnsheim (natl.): Ich habe lediglich behauptet, daß aus seiner Kritik des christlichen Religionsunterrichtes der Herr Abg. David mit Rücksicht auf das Zentrum, im Zusammenhange den christlichen Religionsunterricht aus erzieherischen Gründen zu verbieten.

Abg. Dr. David (Soz.): Ich habe nicht von christlichem Religionsunterricht im allgemeinen, sondern von dem christlichen Unterricht, der heute in gewissen Schulen erteilt wird, gesprochen und für die Eltern das Recht verlangt, von diesem Religionsunterricht, wenn sie ihn nicht billigen, ihre Kinder fernzuhalten. Alles andere ist eine Unterstellung.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: 1. Schlußantrag Abgeordneter (Soz.) auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Legien. 2. Dritte Lesung des Entwurfs über die Statistik des Warenverkehrs. 3. Fortsetzung der Beratung der Maß- und Gewichtsordnung. 4. Erste Lesung des Urheberrechts an Werken der Photographie und der bildenden Künste. 5. Novelle zur Gewerbeordnung (Verfähigungsmaßweis für das Dangeverbe) u. a. m.

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages führte gestern die Beratung über den Gesetzentwurf betreffend den Reichs-Invalidenfonds zu Ende, und erledigte im Anschluß daran den Etat dieses Fonds sowie den Etat des Allgemeinen Pensionsfonds und des Reichsschwarzarbeiterfonds. Der Abg. Erberger wiederholte seine vorgestrige Anregung, den Kriegsschaden im Juliusturm auszugeben, was unsfo leichter sein werde, weil ja jetzt eine Änderung im Wesen der Reichsschwarzarbeiterfonds vorgenommen werde, für die der Staat im Juliusturm eine Art Sicherheit biete, wenn das auch gelegentlich nicht ausgesprochen sei. Schatzsekretär v. Stengel sagte eine Erwägung der Anregung zu, glaubt aber nicht, daß das Ergebnis im Sinne des Abg. Erberger ausfallen werde. Weiter teilte der Reichsschatzsekretär mit, daß beabsichtigt sei, dem Reichstage eine Vorlage zu unterbreiten, die die Einziehung der 20- und 50 Mark-Scheine und die Ausgabe von 5- und 10 Mark-Scheinen in genügender Zahl bezwecke. — Abg. Dr. Arendt hofft, daß eine Wechselsteuer zur Einführung gelange, deren Erträgnis dem Reichs-Invalidenfonds zugewandt werden kann. — Es sei hier bemerkt, daß nach Angabe der Regierung der Reichs-Invalidenfonds infolge der Inanspruchnahme durch Pensionen und Beihilfen, die im Grunde genommen gar nicht aus diesem Fonds zu decken sind, arg unzureichend sei. Der Fonds war ursprünglich mit 501 Millionen Mark dotiert, ist gegenwärtig auf 187 Millionen Mark zusammengeschrumpft, so daß er ohne gesetzliches Eingreifen im Jahre 1910 erschöpft sein würde. Der Regierungsentwurf verlangt deshalb, daß die Bezüher von Unterstufen bezw. Beihilfen und Pensionen aus diesem Fonds befreit werden auf: a) Invaliden, die durch ihre Teilnahme am Kriege 1870 in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt worden sind; b) Beihilfen an Hinterbliebenen im Kriege Gefallener, oder infolge Kriegsbeschädigung Verwundener. Alle anderen Ansprüche und Beihilfen sollen aus dem Etat befriedigt bezw. gewährt werden. Unterstaatssekretär Zelle gab bekannt, daß im Jahre 1905 etwas über 14 Millionen Mark für Beihilfen zur Verfügung standen, die 116 000 Veteranen zugute kamen. Am 1. Januar 1906 werden jedoch 3664 Veteranen vorhanden sein, deren Berechtigung zum Bezug der Beihilfen anerkannt sei, die aber nicht erhalten können, weil keine Mittel zur Verfügung stehen.

Bis zum 31. März d. J. werden laut Schätzung der Bundesregierung etwa 10 000 Veteranen vorhanden sein, die wegen Mangel an Mitteln keine Beihilfe erhalten. In den Etat für 1908 sind deshalb 16,6 Millionen Mark für Veteranen eingestellt, eine Summe, die für 138 000 Veteranen ausreichen werde. Abg. Erberger regte an, die Regierung möge durch einen Nachtragsetat den Veteranen zu Hilfe kommen, die jetzt nichts erhalten. In vielen Petitionen werde eine Art Ehrensold für alle Veteranen ohne Rücksicht auf Stellung und Vermögen gefordert. Demgegenüber müsse erklärt werden, daß der Reichstag niemals einem Ehrensold seine Zustimmung geben werde. Schatzsekretär v. Stengel ist persönlich für einen Nachtragsetat, der aber erst der Zustimmung des Bundesrats bedürfe. Abg. Singer konstatiert mit Genehmigung, daß seit Jahresfrist die Klagen von Veteranen, die mit dem Anspruch auf Gewährung von Beihilfen abgewiesen worden sind, sich stark vermehrt haben. Hier habe sich der Reichsschatzsekretär ein Verdienst erworben durch die Verordnung, den Veteranen in weitgehender Weise entgegenzukommen. Er (Redner) freue sich, daß Herr v. Stengel sich darin sehr vorteilhaft von seinem Amtsvorgänger unterscheide. Von der Gewährung eines Ehrensoldes könne natürlich keine Rede sein. Schatzsekretär v. Stengel gibt kurz den Inhalt der vom Abg. Singer lobend erwähnten Verordnung bekannt, in der ausdrücklich bestimmt wird, daß das politische Verhalten eines Bewährenters auf keinen Fall ein Hindernis für die Gewährung der Rente bilden dürfe. Redner betonte auch, daß die vorjährige Debatte im Reichstag über das Verfahren bei der Gewährung von Beihilfen weitestgehend zur Änderung beigetragen habe. Die Kommission stimmte dem Gesetzentwurf zu, genehmigte die erwähnten Etats und nahm einstimmig eine Resolution des Grafen Orlova an, die die Regierung auffordert, durch einen Nachtragsetat die Summen zu fordern, die notwendig sind, um allen anspruchsberechtigten Veteranen die Beihilfe von 120 Mark pro Jahr geben zu können. — Heute: Beratung der Afrikaabahn nach den Manengubabergen.

In der Finanzreformkommission wurde gestern die Debatte über den § 3a der Vorlage zu Ende geführt. Die dreistündige Diskussion drehte sich fast ausschließlich um die in der vorhergehenden Sitzung von Büsing benutzten statistischen Tabellen über den harrnden Verdienst der norddeutschen Gastwirte gegenüber den sächsischen. Sowohl die Redner der Freisinnigen, Lenzmann und Dr. Müller-Sagan, wie auch unsere Genossen Zubeil, Ritzke, Stolle und Südekum bestritten die Wichtigkeit der mitgeteilten Zahlen namentlich mit Bezug auf die Spannung zwischen den Gante- und den Ausschankpreisen, die sich nach jenen Tabellen in

Norddeutschland zwischen 40—50 Mark, in Bayern aber nur zwischen 6—7 Mark betragen soll, woran Büsing dann die Bemerkung knüpfte: Wenn die bayerischen Schankwirte mit einem so geringen Verdienst auskommen, müßten es auch die norddeutschen. Sehr energisch wurde verlangt, daß diese statistischen Nachweise, die Büsing vom Reichsschatzsekretär zur Verfügung gestellt waren, sämtlichen Kommissionsmitgliedern zugänglich gemacht werden, mit genauer Angabe, wie sie zustande gekommen, insbesondere auf Grund welcher Erhebungen das Material gesammelt worden ist. Aus dem Umstande, daß dies noch nicht geschehen, trotzdem das Verlangen danach schon in der vorigen Sitzung allgemein geäußert worden ist, zogen sämtliche Redner die Schlußfolgerung, daß die Veröffentlichung der Regierung unheimlich zu sein scheint. Verhängt wurde diese Annahme durch die gewünschte Erklärung des Direktors im Reichsschatzamt Büsing, daß jenes Material bei Ausarbeitung der Vorlage noch nicht vorgelegen und die Berechnungen unabhängig von diesen Zahlen stattgefunden haben. Sehr ausführlich schilderte namentlich Zubeil die ungünstigen Verhältnisse im Gastwirtsberuf in Berlin und der Provinz Brandenburg sowie die Abhängigkeit der überwiegenden Mehrzahl der Wirte von den Brauereien. Sämtliche genannten Redner zogen auch das Konjunktionsweien in den Bereich ihrer Erörterungen. Sie wiesen nach, daß die Konjunktionsverteilung vielfach abhängig gemacht werde von der politischen Stimmung oder Parteigebörigkeit des darum nachsuchenden und daß die Behörden weniger Berechtigtheit und Billigkeit als Willfür walten lassen. Nicht allein von den sozialdemokratischen und freisinnigen Rednern, sondern auch von dem Antisemiten Raab wurde die Vorlage als eine Ertragsgemeinschaft für Brauereien und Wirte oder eine Konsumsteuer bezeichnet, die unter keinen Umständen angenommen werden könnte.

Zu einem scharfen Zusammenstoß kam es zwischen den Freisinnigen und dem Reichsschatzsekretär v. Stengel, weil dieser in einer Erwiderung auf Stengels Hinweis, daß die Vorlage mit dem § 6 des Stottengesetzes in striktem Widerspruch stehe und deshalb abgelehnt werden müsse, die Meinung kund gab eine Partei, die das ganze Stottengesetz von 1900 abgelehnt habe, nicht berechtigt sei, sich auf den § 6 dieses Gesetzes zu berufen. Dr. Müller-Sagan, der es sich verbat, daß sich der Schatzsekretär so etwas „herausnimmt“, wurde vom Vorsitzenden dahin belehrt, daß ein solcher Ausdruck dem Schatzsekretär gegenüber nicht zulässig sei. Darauf lenkte der freisinnige Redner ein und versicherte, daß er und seine Partei so wie bisher stets bereit sein würde, die Konsequenzen zu ziehen“ und sich „auf den Boden der vollendeten Tatsachen“ zu stellen.

Der Vorsitzende suchte mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Beendigung der Debatte herbeizuführen, um in dieser Sitzung noch die Abstimmung vornehmen zu können. Auf den Einwand, daß die Abstimmung unmöglich vor dem Eingange des vom Direktor Böhm verpropagierten statistischen Materials, das die Grundlage der heutigen Diskussion gebildet hätte, stattfinden könne, erfolgte das Versprechen, daß es so schnell wie irgend möglich, jedenfalls vor Beginn der zweiten Lesung verteilt werden würde. Rummelt kam es zur Abstimmung.

Der Antrag Dr. Müller-Lenzmann: Ablehnung der ganzen Vorlage, wurde gegen 9 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, die Freisinnigen und der Völk. Raab, der für Ablehnung plädiert hatte, stimmte dagegen. Dasselbe Resultat ergab die Abstimmung über den Antrag derselben Antragsteller auf Ablehnung des § 3a der Vorlage mitamt den dazu gestellten Änderungsanträgen Rettig (konj.) und Speil (Z.). Der § 3a der Regierungsvorlage wurde einstimmig abgelehnt.

Nach Zurückziehung des Antrages der Konservativen wurde der Antrag des Zentrums zu § 3a mit 15 gegen 11 Stimmen angenommen. Dafür stimmten das Zentrum, die Konservativen und die Nationalliberalen.

Heute beginnt die Beratung über den § 1 der Vorlage.

Wahlprüfungskommission. Die Kommission befaßte sich in ihrer ersten Arbeitssitzung mit der Neuprüfung der durch den schnellen Schluß der vorigen Session im Plenum nicht zur Verhandlung gelangten, aber in der Kommission bis zur Berichterstattung erledigten Wahlen. Die Neuprüfung ergab die Anerkennung der Beschlüsse der Kommission aus der vorigen Session. Danach wurden die Berichte festgestellt für die folgenden Wahlen:

Präsident v. Lindenhofen (Konservativ, Wahlkreis Torgau-Riebnwerda, Reg.-Bez. Merseburg). Bei der Hauptwahl erhielt derselbe 7208 Stimmen, der Sozialdemokrat Raude 6027, Dr. Bernstein (frei.) 4968. Eine Reihe von Verstößen: Verteilung konservativer Stimmzettel in den Wahllokale, Kontrollierung der Wähler, Stimmzettelverbreitung durch Amtspersonen sowie das Fehlen von Isolierräumen veranlaßten die Kommission, die Wahl zu beanstanden und zu beantragen, daß Beweiserhebungen über die behaupteten Verstöße angezettelt werden, weil eventuell Dr. Bernstein hätte in die Stichwahl gelangen können.

Scherrer (freikonservativ, Wahlkreis Sangerhausen-Edertalberg, Reg.-Bez. Merseburg). Die Wahl wird beanstandet und Beweiserhebungen befohlen über ähnliche Verstöße wie bei der oben bezeichneten. Auch ist für Scherrer ein Flugblatt, unterzeichnet von Beamten, verbreitet worden, das jedoch wieder eingesammelt worden sein soll.

Wesiel (nationalliberal, Wahlkreis Bernburg-Röthen, Anhalt Z.). Die Kommission beantragt Gältigkeitsklärung der Wahl.

Rettig (Konservativ, Wahlkreis Hagenow, Mecklenburg-Schwerin). In der Stichwahl erhielt Rettig 8075 Stimmen; Bartels (Soz.) 7837. Die Kommission beantragt Gältigkeitsklärung der Wahl.

Dr. Wallau (nationalliberal, Wahlkreis Asfeld-Lauterbach, Hessen Z.). In der Stichwahl erhielt Wallau 8121 Stimmen gegen 7039 für den Antisemiten Windewald abgegebene. Bürgermeister, Gemeindevorsteher zc. haben ein Flugblatt für Wallau unterzeichnet. Die Agitation durch den Beamtenapparat ließ überhaupt die Kandidatur Wallaus als eine offizielle erscheinen. Es wird bestritten, daß die Bürgermeister zc. polizeiliche Gewalt besitzen, daß darum ihr Eingreifen in die Wahl nicht den gesetzlichen Bestimmungen widerspreche. Die Kommission hat beschloffen, Erhebungen darüber anzustellen, welche polizeiliche Befugnisse die Bürgermeister und Gemeindevorsteher in Hessen besitzen. Die Wahl wird beanstandet.

Raab (Antisemit, Wahlkreis Schwesig). Der Gegenkandidat Raabs in der Stichwahl war Hugo, Sozialdemokrat, der angeblich Armenunterstützung empfangen gewesen, weil Frau und Kind Hugo im Landkrankenhaus versorgt worden sind und Hugo darum nicht wahlberechtigt und bei der Stichwahl anzukündigen gewesen sei. Die Kommission beschloß, Beweiserhebungen darüber anzustellen, ob Hugo Armenunterstützung empfangen und ob und wann er sie zurückgezahlt habe. Die Wahl wird beanstandet.

Die Vertagung des Votums, wie sie bei am 1. März d. J. in Kraft tretende neue Posttarif mit Sicherheit bringen wird, geht unferen Postwärtlichen noch lange nicht weit genug. Auch die Steuern, welche eine Vertagung des Votums zur Folge haben, sollen erhöht, neue Steuern eingeführt werden.

Gegenwärtig liegt dem Reichstage wieder eine Petition vor — angebend von den Herren Michel und Noffen in Pöben (Mecklenburg) — welche — angeblich vom Saure der kleinen Mühlenbesitzer — die Einführung einer Umsatzsteuer für Großmühlen fordert. Es sollen also die Protokollnummern weiter geschöpft werden im Interesse einer volksförmlichen Mittelstandsrettung.

Die Petition gelangte am Mittwoch in der Petitionskommission zur Verhandlung. Der Referent Abg. v. Salbern (l.) beantragte dieselbe dem Reichstagskanzler als Material zu überweisen. Dieser Antrag wurde von den Abgg. Ziele (Soz.) und v. Gerlach (fr. Vp.) energisch bekämpft. Letzterer stellte den Antrag, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Abg. Krämer (natl.) beantragte, die weitere Beratung und Befassung mit zu verlagern und zu der Beratung einen Regierungskommissar zuzuziehen. Die Kommission beschloß in diesem Sinne.

**Die Geschäftsordnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses** trat am Mittwochvormittag vor Beginn der Plenarsitzung zu einer kurzen Beratung zusammen. Das Ersuchen des Justizministers um Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung Max v. Poyarkows, Redakteurs der „Tribüne“, des sozialdemokratischen Parteivorstandes zu Erfurt, wurde ablehnend beantwortet, weil in früheren Fällen das Abgeordnetenhause, wenn es beleidigt worden war, die Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Beleidigers stets in gleicher Weise verweigert hatte. Ferner lag der Geschäftsordnungs-Kommission eine Anfrage des Abg. Voss (kons.) über die Erledigung seines Mandats vor. Die Kommission entschied, daß das Mandat des Herrn Voss, der bisher Landrat in Minden war und jetzt ins Kultusministerium berufen worden ist, noch nicht erloschen sei, da er im Kultusministerium vorläufig nur kommissarisch beschäftigt werde.

## Aus Industrie und Handel.

**Revolution in Händlerkreisen.** Aus Bayern kommt eine Nachricht, die in Händlerkreisen arg verschmäht wird, ähnlich wie zurzeit die Befreiung der Eisenbahnverwaltung steht mit dem Stahlwerkverbande in Unterhandlung wegen Verfallens des Vertrages unter Ausschluß des Zwischenhandels. Die Nachricht aus Bayern lautet nämlich, daß unter staatlicher Aufsicht die Industriellen den Zwischenhandel abschaffen wollen. Die bayerischen Industriellen verfolgen folgende Pläne:

Durch die neuen Handelsverträge ist die deutsche Warenausfuhr nach dem Auslande in mancher Hinsicht erschwert worden. Für die verlorenen Absatzgebiete muß daher Ersatz gesucht werden, zumal in überseeischen Ländern. Der Bayerische Industriellen-Verband hat deshalb eine Exportstelle eingerichtet, deren Zweck es ist, der bayerischen Industrie neue Absatzmöglichkeiten im Auslande zu verschaffen und ihr bei der Anbahnung neuer Geschäftsbeziehungen dorthin in jeder Weise behilflich zu sein. Das Staatsministerium des künftigen Hauses und des Seineren subventioniert die Exportstelle und fördert ihre Arbeit mit wohlwollendem Interesse.

Das „W. T.“ bemerkt dazu resigniert: „Der Verband hat bereits in Hamburg ein Bureau, mit dem ein Exportmusterlager verbunden ist, eingerichtet. Das sind ja für den Handel wirklich erfreuliche Aussichten!“

Der **Handelsvertragsverein** hielt am 20. und 21. Januar in Frankfurt a. M. seine erste Mitgliederversammlung ab. Nach einem Referate des Abg. Dr. Rothhoff gelangte eine Resolution zur Annahme, in der es u. a. heißt:

„Politik und Handelsverträge werden vom 1. März ab dem deutschen Gewerbe eine schwere Opfer zugunsten der landwirtschaftlichen Großbetriebe auferlegen. Derwegen ist auf anderen Gebieten eine Schonung und Förderung von Handel und Industrie notwendig, damit diese Last getragen werden kann. Je mehr der deutsche Außenhandel durch die neuen Zollverträge gehemmt wird, desto notwendiger ist eine Erleichterung des innerdeutschen Verkehrs. Dieses umsomehr, als durch das Vorkriegsgesetz, durch die übertriebenen fiskalischen Mittel der Staatseisenbahnen sowie durch mancherlei Steuern und Besetze der freien Entwicklung von Handel und Verkehr schon erhebliche Schranken gesetzt sind.“

Eine übermäßige Belastung von Handel und Industrie, wie sie in dem Zusammenstöße der neuen Steuern mit den neuen Handelsverträgen liegt, muß von unheilvollen Folgen auch für die Reichsfinanzen werden. Denn diese beruhen im wesentlichen auf dem Verbrauche der breiten Massen, der von dem Gedränge des gewerblichen Lebens abhängt. Die neuen Verkehrs- und Konsumsteuern widersprechen auch dem in der Thronrede und in Regierungserklärungen gegebenen Versprechen, daß „die schwachen Schultern gelindert werden sollen“.

**Die amerikanischen Eisenbahnen** hatten noch niemals so hohe Einnahmen zu verzeichnen, wie im vergangenen Jahre. Selten trafen auch so viele günstige Umstände zusammen wie im vergangenen Jahre. Nicht nur, daß Handel und Industrie blühten und die Ernte des Jahres 1905 die reichste war, die bisher in den Vereinigten Staaten erzielt wurde; es waren keine größeren Kämpfe mit den organisierten Arbeitern zu bestehen, die Höhe der Frachtraten konnte behauptet werden, das Wetter war günstig, es gab wenig Störungen, keine Schäden durch Sauerfülle und Fluten. Nur der Verkehr mit dem Süden wurde durch den Ausbruch des gelben Fiebers in New Orleans. Die Gesamteinnahmen der amerikanischen Bahngesellschaften werden für das vergangene Jahr auf 1 754 296 828 Dollar berechnet. Im Jahre 1904 betrugen die Einnahmen 1 625 349 903 Dollar. Große Neubestellungen für Wagen und Lokomotiven wurden von allen Gesellschaften gemacht, denn es zeigte sich wieder, wie schon seit Jahren, daß bei starkem Geschäftsgange wie zur Zeit der Ernte, empfindlicher Wagenmangel herrscht.

**Steigender Gewinn.** Die „N.-G. Königshorn“ für Bergbau und Salinenbetrieb erzielte im 4. Quartal 1905 einen Ueberschuß von 609 684 M. Das ist gegen die beiden vorhergehenden Quartale ein Mehr von 159 248 resp. 68 818 M.

**Transportverbilligung.** Nach einem Bericht der „N.-Ztg.“ hat das bedeutendste Kohlen-Einfuhrhaus A. Brothens in New York mit Erfolg den Versuch unternommen, aus Brasilien Kohle anstatt in der üblichen Verpackung in Jutesäcken lose zu verfrachten und ähnlich wie Getreide zu verladen. Die erste derartige Sendung, etwa 50 000 Sack entsprechend, kam gestern hier an und wurde an dem Dock der Firma in Brooklyn mit elektrischem Hebewerk aus dem Schiffsräume gehoben und dann mittelst eiserner Röhren oder Schichten nach den Lagerräumen übergeführt. Die Kohlebrücke in Santos hatte sich der Kontrolle wegen gegen die Einfuhrung der neuen Verpackungsart gestäubt, der Widerstand wurde jedoch überwunden, und da für den Massenverkehr das Fortfallen der Säcke einen wesentlichen Punkt bildet, wird für das überseeische Geschäft die neue Verpackung wahrscheinlich allgemein werden.

**Neue Anlagen.** Die Harpener Bergbau-Gesellschaft, welche demnächst einen fünften Schacht abteufen läßt, errichtet in Quer eine Akkumulatorbatterie von 80 Zellen, sowie eine Anlage zur Gewinnung von Nebenprodukten. — Angeblich im Auftrage der Bergwerks-Gesellschaft Frier wurden im Kreise Hann 300 Morgen für rund 400 000 M. angekauft.

## Aus der Frauenbewegung.

### Schule und Sozialismus.

Seit einiger Zeit hat der Gedanke der Erziehung der Jugend zum Sozialismus in der Partei stärker Eingang gefunden. Überall läßt man es sich angelegen sein, Aufklärung unter die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu tragen. Wie notwendig es ist, so früh wie möglich mit dieser Aufklärungsarbeit zu beginnen, zeigen die sich von Jahr zu Jahr wiederholenden und mehrenden Soldatenmishandlungen. Unwissenheit läßt die jungen Leute das erdulden, was nur durch Zufall, oft durch Selbstmord oder Selbstmordversuche an die Öffentlichkeit gelangt. Unsere Volksschulen tragen ein gutes Teil der Schuld daran, daß die jungen Leute ohne jede Kenntnis des öffentlichen Lebens in die Welt hinausgehen. Das jugendliche Verbrechen ist fast ausschließlich auf das Konto der schlechten oder ungenügenden Erziehung in Schule und Haus zu setzen. Man glaubt, wenn man recht viel Religionsunterricht erteilt, genug für die weitere Entwicklung der jungen Menschen getan zu haben. Daß dadurch häufig das Gegenteil von dem erzielt wird, was der Jugend frommt und was durch gründlichen Moralunterricht erreicht werden kann, wollen viele Leute nicht einsehen. Ist man doch dabei, der Kirche immer mehr Einfluß auf die Volksschule einzuräumen. — Auch die Eltern haben es gar oft noch nicht begriffen, wie notwendig es ist, frühzeitig den Gedanken des Sozialismus bei der Jugend zu wecken, den Wid der Kinder für die rauhe Welt zu stärken. Deshalb ist erforderlich, vor allen

Dingen bei den Frauen das Verständnis für unsere Ziele und Bestrebungen zu wecken, denn in erster Linie ist die Erziehung der Kinder Aufgabe der Frau. Zu diesem Zweck wird von den Berliner Genossinnen am Freitag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, bei Raabe, Kolbergstr. 23, eine öffentliche Versammlung einberufen, wo der Genosse H. Schulz-Bremen den Vortrag über „Erziehung und Sozialismus“ halten wird. Zahlreichen Besuch von Frauen und Männern erwarten.

### Die Vertrauenspersonen.

#### Ser mit dem Frauenwahlrecht!

Ob auch Bonatier wüten, ob auch Philister höhnen, mit derselben Begeisterung, derselben Energie und Entschlossenheit, mit der unsere Genossen den Kampf führen um das Männerwahlrecht in den einzelnen Bundesstaaten, führen sie ihn auch gleichzeitig um das Frauenwahlrecht.

Wahrsch nicht aus Galanterie und Ritterlichkeit, sondern entsprechend dem inneren Wesen unserer Bewegung und mit Rücksicht auf die praktischen Interessen der Arbeiterklasse.

Dem Wesen unserer Bewegung entspricht es, daß wir nicht nur unsere Kampfesfreudigkeit und Siegesgesichertheit schöpfen aus der Erkenntnis und dem Studium der ökonomischen Entwicklung, der ihr innewohnenden Geistes- und treibenden Kräfte, die die objektive Vorbedingung unseres endgültigen Sieges schaffen, daß vielmehr diese Erkenntnis gleichzeitig unsere Tatkraft bestimmt, und die Richtlinien weist für unseren Kampf, wie sie uns auch die Waffen liefert für denselben.

Schon ein flüchtiger Blick auf die ökonomische Entwicklung — und wie viel mehr ein eingehendes Studium derselben — belehrt uns, wie von Grund aus die wirtschaftliche Stellung der Frau durch sie revolutioniert wird, jedoch die Verleiherin politischer Rechte an dieselbe nur eine rechtliche Anerkennung dieser veränderten Stellung bedeutet.

Es bedarf deshalb heute wahrlich nicht mehr des Seherblickes eines genialen Denkers, um vorauszusagen, daß die Zeit „einmal kommen“ wird, die die Gewährung des Wahlrechtes an die Frauen bringt, diese Gewährung ist vielmehr zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden. Das Frauenwahlrecht hängt als überreif Frucht am Baume der ökonomischen Entwicklung und harret nur des Geplünderens.

Denn ist nicht mehr die Zahl der Frauen, deren Arbeitskraft ein wichtiger Faktor im Erwerbseben bildet, die durch Warenerzeugung zur Erhaltung der Gesellschaft genau so für deren Bestand und Weiterentwicklung tätig sind wie die Männer. Mögen sie als Fabrikarbeiterinnen, als Land- oder Bauarbeiterinnen für längere Lohn fronen, mögen sie in den sogenannten liberalen Berufen als Lehrerin oder Beamtin schaffen, als selbständig Erwerbende ein eigenes Geschäft betreiben, oder mögen sie auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft das Erbe der Kultur erhalten und mehrern heißen.

Dazu kommt noch, daß durch Zahlung indirekter Steuern und bei selbständig Erwerbenden auch direkter Steuern, die Schultern des weiblichen Teiles der Bevölkerung genau so an den Staatskassen zu tragen haben, wie die des männlichen Teiles.

Was aber der Mann an Diensten dem Gemeinwesen leistet durch Erfüllung der Militärpflicht, wird mehr denn weit gemacht durch den viel höher zu bemessenden Dienst, den das Weib der Gesellschaft leistet durch Erhaltung und Fortpflanzung der Art, durch die Opfer und die Sorge um die kommende Generation.

Hat also die Frau durch treuliche Erfüllung ihrer Pflichten, einerlei ob ihr dieselben von der Natur oder infolge der veränderten Produktionsweise und der modernen Steuerpolitik aufgebürdet wurden, sich ein vollständiges Anrecht erworben auf politische Gleichberechtigung, so ist auch gleichzeitig ihr politisches Verständnis durch diese Pflichterfüllung wachgerufen.

Sind es doch tausend Töchter, die das Interesse des Weibes auf das enge Verknüpfen mit der Politik, mit dem ganzen öffentlichen Leben. Jeder Beschluß der gesetzgebenden, jede Ausführung der verwaltenden Körperschaften, er greift mit rauher Hand hinein in das Leben des Weibes, damit ihr Interesse geradezu aufreißend, ihre Verständnis wachend und stärend.

Wenn Herr v. Stengel z. B. ein großes, wunderbar schön gebundenes Steuerbüchlein überreicht, so weiß sie, daß bei dessen Annahme ihr Portemanteau genau so gerupft wird, wie dasjenige des Mannes. Wird die so dringend notwendige Weiterführung der Sozialgesetzgebung abgelehnt mit dem Hinweis: die Komplexität der Arbeiterfrage sei voll zum Ueberlaufen, so hat die Erfahrung sie gelehrt, daß auch sie diese Stellungnahme büßen muß mit um so größerer Not und Entbehrung, falls sie von Krankheit, Unfall oder Invaldität heimgesucht wird.

Beweise dafür, wie fadenscheinig der Einwand jener Philister ist, die nicht laut genug warnen können vor der politischen Gleichstellung der Frau, mit dem Hinweis auf ihre politische Unreife. Zudem dürfen wir nicht vergessen, daß das Wahlrecht nicht eine Anerkennung und Belohnung sein soll für politische Einsicht und Wohlverhalten, sondern ein Mittel zur politischen Erziehung und zur politischen Machtentfaltung.

Denn erst das Frauenwahlrecht ermöglicht die unbeschränkte Teilnahme der Frau am politischen Kampfe und fördert somit unheimlich ihre politische Aufklärung, macht diese zur zwingenden Notwendigkeit.

Die Gewährung des Frauenwahlrechtes bedeutet aber auch die Auslieferung eines politischen Mittels an die Frauen. Und daß die Sozialdemokratie dasselbe energisch fordert und darum kämpft.

Als schneidige Waffe im proletarischen Klassenkampf darf es der einen Hälfte der Klassenkämpfer nicht vorenthalten werden.

Die Sozialdemokratie hat um so mehr alle Ursache auch in Bezug auf diese Frage die äußersten Konsequenzen des demokratischen Prinzips zu ziehen, angesichts des heissen Bemühens der politischen Feinde, das politische Kampffeld immer mehr einzuzengen. Das Vorgehen der Hamburger und Lübecker Wahlrechtler, das hartnäckige Festhalten der sächsischen und preussischen Reaktionen am Dreiklassenwahlrecht, die Vielesbreveteien und Mantuffeleien gegen das Reichstagswahlrecht sind hierfür Beweis genug.

Wir aber wollen nicht Einengung, sondern möglichst Erweiterung des politischen Kampffeldes, und darum heißt es für uns: Heranziehung aller bisher unbenutzten Reserven in den Kampf.

Tritt Herr v. Kardorf, der Gründer der Konradhütte, für das Frauenwahlrecht ein, um ein verfallenes Recht, ein Damenwahlrecht den Frauen seiner Klasse zu verschaffen, tritt das Zentrum ein fürs Frauenwahlrecht mit dem Hintergedanken, die politisch indifferente Frau gegen den intelligenteren Mann ihrer Klasse auszuspielen, so tritt die Sozialdemokratie ein fürs Frauenwahlrecht, um die Proletarierin einzureihen in das Heer der Klassenkämpfer, damit sie gleichberechtigt, gleichgerichtet den Kampf zu führen vermöge gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, zur Befreiung ihrer Klasse und damit ihrer selbst. Deshalb muß auf zum Kampfe für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Mann und Frau! — Luise Zieg.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hält am Montag, den 29. d. M., in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20, eine Versammlung ab. Vortrag von Genossen Eduard Versteim über: „Materialistische Geschichtsauffassung und das moderne Geschlechtsleben“. Gäste willkommen. In der Versammlung sind Willetts zum Erntingfest, das am 18. Februar in den „Arminhallen“ stattfindet, zu haben.

**Schnitzberg.** Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein veranstaltet am Sonntag, den 28. Januar, in Weimanns Klubhaus, Hauptstr. 5/6, ein gemütsliches Beisammensein der Mitglieder, wozu auch Gäste und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen werden. Das Eintrittsgeld beträgt für Damen 10 Pf., für Herren 20 Pf., einschließlich Tanz. Anfang 5 Uhr. Für gute und humorvolle Unterhaltung wird ebenfalls gesorgt werden. Der Vorstand.

## Verfammlungen.

### Mehr Bauarbeiterschuh!

Seit Jahren betreiben die Zentralverbände der Baugewerkschaften Arbeiter eine energische Propaganda für einen vermehrten Bauarbeiterschuh. Dieser Propaganda diente auch eine Versammlung, die am Montag in der „Neuen Welt“ abgehalten wurde. Es mochten etwa 2500 Arbeiter sämtlicher im Baugewerbe tätigen Berufsgruppen erschienen sein, wie Maurer, Zimmerer, Baubühnenarbeiter, Tischler, Glaser, Klempner, Maler, Puffer, Rohrleger, Steinbildhauer, Steinmetzen, Tischler und Zementierer. Das Referat hielt der Arbeitersekretär G. Lint. An der Hand eines reichhaltigen Tatsachenmaterials wies er nach, wie die Zahl der schweren und tödlichen Unfälle sich von Jahr zu Jahr im Bauwerke steigert. Besonders in dem Baumtreibe, der Nordöstlichen Baugewerkschaft-Vereinsgenossenschaft haben sich die Unfälle erheblich vermehrt. Nun sind zwar zu wiederholten Malen Petitionen an den preussischen Landtag gerichtet worden mit der Forderung um landesgesetzliche Maßnahmen zur Durchführung eines besseren Bauarbeiterschuhes, jedoch ohne Erfolg. Was aber von Gemeindegewegen auf diesem Gebiete geschieht, ist keineswegs ausreichend, weil das Unternehmertum lieber eine geringe Geldstrafe wegen Uebertretung der Schuhbestimmungen bezahlt, als sich durch Innehaltung der hauspolizeilichen Vorschriften seinen Profit schmälern zu lassen. Da nun von preussischen Landtage, dieser Domäne des Junkertums und der industriellen Sachmacher, eine Besserung der Zustände nicht zu erwarten ist, so hat die Zentralkommission für Bauarbeiterschuh von neuem eine Petition an den Reichstag eingereicht, um eine reichsgesetzliche Förderung des Bauarbeiterschuhes herbeizuführen. In der Petition wurden gleichzeitig Vorschläge gemacht für verbesserte Einrichtungen der Baubetriebe, der Unterfunktionsräume, der Bedürfnisanstalten sowie für zweckentsprechende Unfallverhütungsvorschriften und eine stärkere Bauteilkontrolle, an deren Ausübung außer technisch gebildeten Beamten auch die Mithilfe von Arbeiterkontrolloren gefordert wird. Redner widmete alsdann einer von dem Arbeitgeberbund an den Reichstag gerichteten in echt sachmacherischem Geiste gehaltenen Gegenpetition einige kritische Betrachtungen und wies auch hier nach, wie das Unternehmertum knaplos mit Entstellungen und unwahren Behauptungen operiert, um sich seiner selbstverständlichen Pflicht, die Bauarbeiter nach Möglichkeit vor der Unfallgefahr zu schützen, zu entziehen sucht. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Ohne Debatte wurde sodann folgende Resolution einstimmig angenommen:

In Erwägung, daß der derzeitige Stand der Unfallstatistik der Baugewerkschaften und die Kranken- und Sterbestatistiken der Krankenkassen den Beweis erbracht haben, daß die von der Reichsregierung und von den Regierungen der Bundesstaaten innerhalb der letzten Jahre durchgeführten Maßnahmen zur Erweiterung der Unfallversicherung und des titikalantären Schutzes der Arbeiter bei Bauausführungen in keiner Weise genügen und den Forderungen eines wirklichen Arbeiterschutzes nicht entsprechen; in weiterer Erwägung, daß auch die geringfügigen behördlichen und berufsständischen Schutzvorschriften bei der Unzulänglichkeit der üblichen amtlichen Ueberwachung der Bauausführungen nicht zur Geltung kommen können, und in erblicher Erwägung, daß die behördlichen Maßnahmen von dem willkürlichen Ermessen der Regierungen und der Gemeinden abhängig sind, fordert die heutige Versammlung von der Reichsregierung, ein Bauarbeiterschuhgesetz entsprechend den in der Petition der Zentralkommission für Bauarbeiterschuh von 1905 gemachten Vorschlägen erlassen zu lassen.

## Vermischtes.

**Zu dem rätselhaften Vorfall auf der Ostbahn,** wofolbst zwei Kinder in der Nähe von Frankfurt a. O. aus dem besenen Schnellzuge stürzten, wird mitgeteilt, daß trotz der kriminalpolizeilichen Nachforschungen der traurige Vorgang noch keine volle Aufklärung gefunden hat. Die Jungen haben im Wagenabteil herumgespielt und es ist nicht unmöglich, daß sie hierbei den Träger der Wagentür geöffnet haben. Nachdem der eine Knabe aus dem Coupé herausgefallen war, wurde der Train belammt zum Stehen gebracht. Es ist nun leicht möglich, daß in der herrschenden allgemeinen Aufregung die Wagentür nicht ordentlich geschlossen wurde und infolgedessen auch der andere Knabe, als er sich eine halbe Stunde später, von den Eltern unbeachtet, an die Coupétür lehnte, hinausstürzte. Die Untersuchung muß mit dieser Annahme abgeschlossen werden.

**Der Fall Gramm-Burgsdorf.** Ueber die Einstellung des Verfahrens gegen die Baronin v. Königswarter in der Wechselangelegenheit des früheren braunschweigischen Gefandten v. Gramm-Burgsdorf wird aus Hannover berichtet, daß die Untersuchung keinen Anhalt dafür ergeben habe, daß Frau v. Königswarter die ihr von v. Gramm übergebenen Vantokapitale mit höheren Summen ausgestellt habe, als zwischen ihr und Baron v. Gramm-Burgsdorf vereinbart worden war.

**Eine neue Dampferkatastrophe.** Ein großer Dampfer ist bei Kap Beale (Westküste der Insel Vancouver, Britisch-Kolumbien) gescheitert. Gegen 100 Personen sind dabei ums Leben gekommen. Sechs Ueberlebende von dem Dampfer retteten sich zu dem Leuchtturme bei Kap Beale. Der Name des Dampfers ist noch nicht genau bekannt er soll „Veneta“ lauten.

**Der Herr Abbe auf der Flucht.** Ein pikantes Gistörchen macht gegenwärtig in Rey viel von sich reden. Gegen den Abbe Paulus, der dort bis vor kurzem Oberbibliothekar war, wurde plötzlich ein Untersuchungsverfahren eröffnet. Er sollte gegen die ominösen Paragrafen 174 und 176 des Strafgesetzbuches verstoßen haben. Der Herr Abbe hat indessen den Verlauf der Untersuchung nicht erst abgewartet, sondern ist nach Frankreich geflüchtet, allwo er hofft, vor den Nachforschungen der Behörden sicher zu sein.

Wie uns aus Rey geschrieben wird, soll der geistliche Herr mit seinen Paphrauen in den Räumen der Stadtbibliothek unbillige Handlungen begangen haben. Ein Schweinepriester!

**Die ungewöhnlichen Wetterverhältnisse in den Vereinigten Staaten** dauern fort. In Pittsburg wurde die Temperatur auf der Straße auf 80 Grad Fahrenheit festgestellt. Es kamen zahlreiche Duschschläge vor und eine Anzahl Stahlwerke und Glasfabriken mußten den Betrieb einstellen. In Saratoga im Adirondack-Gebirge, wo die Temperatur im Januar gewöhnlich unter Null beträgt, wurden Sonntag 56 Grad Fahrenheit gemessen. Die Duschschläge reichten bis nach St. Louis. Am Sonntag war es so warm, daß viele Leute im offenen Ocean badeten. Demgegenüber wird das südlich gelegene Texas von schweren Schneestürmen, die von Gewittern begleitet sind, heimgesucht.

### Witterungsübersicht vom 24. Januar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm			Windrichtung	Wetter	Temp. in Grad C.	Temp. in Grad F.	Stationen	Barometerstand mm			Windrichtung	Wetter	Temp. in Grad C.	Temp. in Grad F.
	hiesig	max	min						hiesig	max	min				
Wilmanns	776	777	776	SW	bedeckt	-4	24	Bina	777	778	777	SW	bedeckt	-10	10
Hamburg	777	778	777	SW	2 wolken	-4	24	Petersburg	774	775	774	SW	1 bedeckt	-18	10
Berlin	777	778	777	SW	2 Schnee	-3	23	St. Petersburg	777	778	777	SW	1 bedeckt	-8	16
Königsberg	779	780	779	NO	2 wolken	-7	19	Abbeville	764	765	764	SW	1 bedeckt	-7	19
München	778	779	778	NO	3 heiter	-12	9	Paris	777	778	777	NO	2 wolken	-7	19
Wien	777	778	777	NO	3 bedeckt	-5	23								

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 25. Januar 1906.**  
Ein wenig wärmer, vorhersehend wolky mit geringen Niederschlägen und schwachen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.





Nachlese von der Wahlrechtsdemonstration.

Aus den noch fortgesetzt einlaufenden Berichten über die Demonstrationen und Begleitererscheinungen greifen wir noch die folgenden Mitteilungen heraus.

Militär- und Polizeiaufgebot.

In Köln sind, wie sich jetzt herausstellt, am Sonntag nicht nur die Truppen in Köln — Kavallerie, Artillerie und Infanterie — konzentriert gewesen, sondern auf zwei Bahnhöfen standen auch mehrerezüge abfahrtsbereit, um auf Erfordern sofort das Kölner Militär ins Ruhrgebiet und in den Kreis Solingen zu schaffen. Die Artillerie war mit Geschossen versehen worden und jeder Infanteriesoldat hatte 50 scharfe Patronen empfangen. Ein Leutnant des Infanterieregiment Nr. 65 hat den Soldaten in der Instruktionssunde gesagt, wenn es ihnen befohlen würde, sollten sie nicht über die Köpfe schießen, sonst würden sie selber erschossen. (1) Die Kölner Polizei hatte in der Nähe des Volkshauses in einer stillen Straße zwanzig Droschken, die von ihr gemietet waren, stehen, um die Verwundeten wegzufahren; und nicht, wie gemeldet, ein großer Gefangenewagen des lgl. Gefängnisses stand in der Nähe des Volkshauses bereit, sondern deren zwei. Den ersten hatte man nämlich schon mit einem ganzen Gefangenen, einem anarcho-syndikalistischen Flugblattverbreiter, abziehen lassen, nachdem man erkannt hatte, daß heute nicht zu erwarten sei. Ebenfalls stand ein solcher Gefangenewagen im Vororte Ehrenfeld bereit, wo auch das Schutzmannaufgebot besonders zahlreich war.

Auch in Akenburg und Eisenach waren die Soldaten in der Kaserne konzentriert. Auf dem Bahnhof in Eisenach stand ein Extrazug bereit, um nach Bedarf eine Kompanie nach außerhalb zu senden. Die Posten und Wachen waren verstärkt und mit scharfen Patronen und strengsten Instruktionen versehen. Gendarmepatrouillen mit Gewehr durchzogen die Stadt. Auch das Militär in den benachbarten Garnisonen war in Bereitschaft und erhielt daher keinen Urlaub. Die Wachen in Weimar waren verstärkt.

Der Landrat von Perleberg leistete sich folgende Bekanntmachung:

Perleberg, den 20. Januar 1906.

Es liegt die Möglichkeit vor, daß am Sonntag in Wittenberge der Staatsgewalt Widerstand geleistet wird.

Dann haben die Gendarmen nötigenfalls vom Karabiner Gebrauch zu machen.

Daher warne ich Kengierige vor jeder Annäherung.

Das Klingt ja gerade wie eine Warnung vor — tollen Hundern. Die Staatsgewalt ist vor jeder Annäherung verschont geblieben und geknallt hat nix.

Die Jagd nach staatsgefährlichen Flugblättern.

Eine rührende eifrige Aktion haben die Behörden in Rheinland-Westfalen entwickelt. Unser Korrespondent aus dem Ruhrgebiet schreibt uns darüber:

Das Ende einer Staatsaktion! Was haben die Wahlrechtsflugblätter den berufsmäßigen „Staatsvertretern“ doch für Kopfschmerzen und Arbeit gemacht. Am meisten Bewunderung abzuheben war wohl die Staatsvertreterei im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Sonabend wurden sämtliche Staatsanwälte des Ruhrreviers telegraphisch zu einer Konferenz nach Hamm berufen. Dort wurde die Konfiskation beschlossen. Dann spielten wieder Telegraph und Telefon. Die sämtlichen Polizeibehörden wurden per Draht verständigt. Jagd auf die Flugblattverbreiter zu machen und die Flugblätter zu beschlagnahmen. Damit die Konfiskation allen Rechts erfolge, traten Sonntag früh die Amtsgerichte zusammen und nahen entsprechende Beschlüsse. Und dann ging die Jagd los — von Hamm durchs Industriegebiet über Köln bis Trier. Der Staat war „gerettet“. Hurra! hurra! Und in der folgenden Woche regnet es förmlich amtserichtliche Beschlüsse, die Konfiskation der in der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ hergestellten Flugblätter betreffend. Da trafen Beschlüsse ein von den Amtsgerichten in Hamm, Dortmund, Warstein, Gummersbach, Trier usw. In dem Trierischen Beschlusse steht zu lesen, man habe es auf den gewalttätigen Ilmskurz der bestehenden Ordnung abgesehen. Hul — — — Die Flugblätter predigten Mord und Brand und Plünderung! — Fährlicher!

Was jetzt sind neun Beschlüsse eingetroffen. Und das Ende? Ein Beschlusse des Amtsgerichts Trier lautet also: Die Beschlagnahme wird aufgehoben, die Flugblätter werden freigegeben! Ein Beschlusse vom Amtsgericht Gummersbach lautet ebenfalls: Die Beschlagnahme wird aufgehoben, die Flugblätter werden freigegeben! Nun werden die andern Beschlüsse auch wohl nicht anders mehr lauten, womit die ganze schöne Staatsaktion für die Kay war. Aber uns hat sie genügt. Die Behörden haben durch ihr Vorgehen unserer Sache zehnmal mehr Nutzen gestiftet, als es durch das Flugblatt allein gesehen konnte — und nun werden sie auch noch verbreitet. Da soll noch ein Mensch Staatsanwalt sein und das Vaterland retten!

Recht lustig gestaltete sich die Jagd nach den Flugblättern in Trier. Darüber wird uns berichtet: Am Montag, den 15. Januar erschienen im Gewerkschaftshause, beauftragt von der lgl. Staatsanwaltschaft Trier, ein Kriminalkommissar, ein Kriminalwachmeister, ein weiterer Kriminalbeamter, etliche uniformierte Schulente mit noch zwei Schloßern, zwecks Konfiskation der Flugblätter. Die Schloßer sollten eventuell dazu ge — braucht werden, mittels Anwendung von Gewalt durch Einbruch in verschlossene Behälter fremde, bewegliche Sachen fortzunehmen. Zunächst bekamen unsere Genossen eine Probe von der Allwissenheit der Polizei — und der Zuverlässigkeit der Post. Die Beamten forderten die Herausgabe der 87 Kilogramm schweren Sendung Flugblätter. Das ganze Haus wurde mit Schutzmannaufgebot von unten bis oben besetzt. Dann begann ein Suchen in allen Ecken und Winkeln. Sogar ein Söngling in der Wiege wurde unumherweise von der Polizei befragt, denn er hatte nichts verbotes „Gedrucktes“ unter sich. In der Wohnung des Kreisvertrauensmannes, des Genossen Bern, der im Gewerkschaftshause wohnt, fand man endlich etwa 1500 Stück der Blätter. Mittlerweile gelang es unseren Genossen circa 2000 Exemplare trotz der vielen Polizeigänger zu verstecken. Auf eine Beschwerde des Genossen Bern hin wurden die Flugblätter nicht etwa freigegeben, sondern man sondte dem obgenannten Genossen einen gerichtlichen Beschlusse, wonach die Beschlagnahme erfolgt sei — wegen der gewaltigen Menge, in der die Männer und Frauen zu den Versammlungen erschienen und demonstrieren sollen“. Wunderbare Logik! — Ferner wurde einem Genossen bei der protokolllarischen Vernehmung Verstrafung in Aussicht gestellt. Auch eine „freiwillige Polizei“ trat in Aktion. Am Dienstag, den 16. Januar wurde ein Genosse bei der Flugblattverbreitung in einer Wirtschaft von dem betreffenden Wirt, dessen Sohn und einem Nachbarn im Wirtschaftslolal eingesperrt, bis ein herbeigerufener Schutzmann die vorderhandigen Flugblätter in Besitz genommen und die Verurteilten freigesetzt hatte. Selbstverständlich wurde sofort Strafantrag wegen Freiheitsberaubung eingereicht. Die Verfolgungen hörten mit der großen Aktion noch nicht auf. Fortwährend wurden die Flugblattverbreiter noch belästigt. Und alle Mühe bringt schließlich nur Blamage und Spott ein.

Bei der Flugblattverbreitung in Waldenburg am 14. Januar sind größere Störungen nicht vorgekommen. Es sind von den 20 000 Flugblättern insgesamt etwa 1000 an drei Orten des Kreises von der Polizei den Verbreitern abgenommen, auf eine Beschwerde beim Landrat jedoch bald wieder zurückgegeben worden.

Versammlungen.

Die Parteiversammlung in Trier, in welcher Genosse Erdmann referierte, war außerordentlich stark besucht. Zehn Bewaffnete verwehrten das Gedränge. In Perleberg hatten sich circa 900 Demonstrierende eingefunden, hier sprach Genossin Hedwig Kiesel. Die übervorsichtige Polizei verwehrte Säure und Stöße. In Stolp nahmen 600 Personen an der Demonstration teil, viele Hunderte mußten wegen Ueberfüllung des Lokals umkehren. Vor circa 80 „Amstürzern“ sprach in Reinfeld G. Schwarz-Lübeck. In Rehersdorf vor über 80 „Staatsgefährlichen“ Genosse Löwig. In Grünhof wohnten 200 Personen der Versammlung bei, in Ganewarke 70. In Palsniz fanden zwei Versammlungen statt, in Friedland eine. Sämtliche stark besucht. Als Vergewaltiger Versammlungen, in denen Gen. Sacke sprach, waren die Demonstrationen in Dittersbach und Neu-Salzbrunn einberufen. Auch hier lagten die Säte die Instruieren nicht alle. Stark besuchte Versammlungen fanden ferner statt in Eisenberg, Schmölln, Gohnditz und Meuselwitz. In Eisenberg, wofür die Versammlung auf 12 Uhr mittig festgesetzt war, gab die Unternehmung der Arbeiter bis 8 Uhr fort, um der Versammlung beizuwohnen können.

In Eisenach fanden am Sonntag drei Versammlungen statt. Weitere Versammlungen wurden in Vengsfeld, Mosbach und Eiterwinden abgehalten.

Im Bezirk des westfälischen Westfalen finden nächsten Sonntag wiederum eine größere Zahl Demonstrationsversammlungen statt, da am letzten Sonntag viele Tausende wieder nach Hause gehen mußten, weil sie in den überfüllten Lokalen keinen Einlaß mehr finden konnten. In manchen Orten konnten letzten Sonntag keine Versammlungen abgehalten werden, weil sämtliche rednerischen Kräfte vergriffen waren.

In Krefeld war es nicht möglich gewesen, gemeinsam mit den Genossen in Brechen am 21. Januar zu demonstrieren, weil ihnen an dem Tage kein Lokal zur Verfügung stand. Sie hatten aber zu der Protestversammlung, die am 23. Januar stattfand, den größten Saal der Stadt genommen und doch konnte das Lokal nicht alle Personen fassen, die Einlaß begehrten. Die „Stadthalle“ war von circa 2000 Personen besucht, aber es standen noch mindestens 500 Personen auf der Straße.

Genossin Diez sprach in einer gutbesuchten Versammlung in Bürgerl. Genossin Kähler in Versammlungen in Auma und Glanzenhain. Ueberall gelangten die Resolutionen ohne Widerspruch zur Annahme. Aufstellungen kamen nicht vor.

In Württemberg waren die Demonstrationsversammlungen zugunsten der Revolution, wie uns geschrieben wird, sämtlich sehr stark besucht. In den Landorten fanden sie meist am Sonntag, in Stuttgart, Cannstatt, Pflingen am Montag statt. Die angenommenen Resolutionen enthielten eine Sympathieerklärung für die russischen Freiheitskämpfer und nahmen Stellung zu den Wahlrechtsbewegungen in Preußen, Sachsen und Hamburg. In Stuttgart wurden noch Zusätze betreffend der württembergischen Verfassungsrevision gemacht, da das Zentrum im Begriffe ist, das in der Revisionsvorlage vorgesehene allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht durch Einschmelzung sogenannter berufständischer Vertreter zu verfälschen. Neu war in Württemberg noch, daß sämtliche Versammlungen, was seit vielen Jahren nicht mehr der Fall war, polizeilich überwacht wurden. Nach allem, was man hört, ist die Initiative hierzu nicht von einer württembergischen Verwaltungsgesellschaft, sondern von Berlin ausgegangen. Die württembergische Regierung wird aber im Landtage darüber befragt werden, wie sie dazu kam, sich von Berlin aus in eine Angelegenheit landespolitischer Natur hineinreden und beizuführen zu lassen.

Aus Straßburg schreibt man uns: Am Montag fanden in Straßburg und Säcklingheim, Dienstag in Willhausen zahlreiche Besuche Versammlungen zum Andenken an den Beginn der russischen Revolution statt. In Straßburg hatte sich eine mehr als tausendköpfige Menge eingefunden. Ueberall wurde die Resolution unter großer Begeisterung der Anwesenden angenommen.

Für den 28. Januar, also den nächsten Sonntag, hat der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens 28 Wahlrechtsversammlungen mit dem Thema „das allgemeine Wahlrecht und der Landesausschuß“ vorgesehen. In Straßburg selbst finden drei, in Willhausen zwei Versammlungen statt. Daß die Partei im Reichsland so viel Versammlungen mit insgesamt 34 Rednern organisieren kann, ist ein glänzender Beweis für die erfreuliche Entwicklung und für die völlige Festigung unserer Bewegung in der Südwestecke des Reiches.

Versammlungsaufhebungen und Verbote.

Aus Grünaden, die man kennt, aber nicht nennt, wurden angeordnete Versammlungen verboten: in Luchta, in Kittelshaf, Kreuzburg, Hengsfeld, Reustadt a. O.

Nicht, wie es wohl infolge eines dem Draht zu dankenden Irrtums in der telegraphischen Meldung heißt, in Köln und Kippes, sondern nur in Köln-Kippes wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst, weil der Redner angeblich aufgereizt haben soll.

Heimarbeiter-Ausstellung.

Spielwaren-Industrie.

Unüberbietbares Glend ruft uns die Spielwarenabteilung der Heimarbeiter-Ausstellung entgegen. In allen Bezirken des lieben deutschen Vaterlandes, wo Spielwaren erzeugt werden, ist das Glend das gleiche. Ob in Thüringen, im sächsischen Erzgebirge oder in Nürnberg, wo Innsoldaten gemacht werden — Hungerlöhne werden überall gezahlt. Würde es nicht durch Tafelchen vorgeführt, so könnte es ungläublich scheinen, daß die Arbeiter sich mit Stundenlöhnen von 2 1/2 bis 3 Pf. durchschlagen müssen. Durchschnittlich bewegen sich die Stundenlöhne zwischen 12 bis 18 Pf. Der Stundenlohn von 35 Pf. ist als ganz ausnahmungsweise hoher Lohn bezeichnet.

Trotz dieser minimalen Bezahlung ist die Leistungsfähigkeit sowie die Vielfältigkeit eine erstaunliche. Die Ausstellung bietet hier viel, aber kann dennoch bei weitem kein erschöpfendes Bild von der nie verlassenen Fortentwicklung der Hausindustriellen und Heimarbeiter geben, die fortwährend neue Muster schaffen.

In Thüringen ist das Reiminger Oberland (Sonneberger Kreis) der Hauptproduktionsbezirk. Im Gotha'schen Lande sind es die an Sonneberg angrenzenden Ortsteile und Waltershausen. In letzterem Orte sind die Löhne durchschnittlich höher als im Reiminger Oberland.

Die Ausstellung zeigt uns, bis auf wenige Stücke, nur geringe Artikel. Die besseren teuren Artikel werden meistens in der Stadt Sonneberg auch durch Hausindustrie und Heimarbeiter hergestellt. Aber auch die teureren Artikel sind für die Arbeiter, oder wie sie sich nennen, „Fabrikanten“ — dies sind Hausindustrielle, welche allein oder mit fremder Arbeitskraft für den Exporteur arbeiten — nicht lohnend. In elenden Wohnräumen, welche nur zu häufig zugleich Arbeitsstätte sind, tritten diese sogenannten Fabrikanten ein kümmerliches Dasein. Lohnend sind die Spielwaren für die Verleger und Exporteure. Die Sonneberger Projektoren, genannt „Willen“, welche der Stadt ein wohlhabendes äußerliches Gepräge geben, legen berechnetes Zeugnis für die Rentabilität des Großhand-

mannsbetriebes in Spielwaren ab. Einzelne dieser Herren haben sich auch reibliche Mühe gegeben, die Herabgabe von Ausstellungsobjekten zu verhindern. Die Ausstellung selbst mochte noch sein. Aber doch aller Welt geeignet werden sollte, welcher gewaltige Unterschied zwischen der Entlohnung für den Erzeuger und den Verleger der Arbeitsprodukte herrscht, war ihnen nicht recht. Auf der Seite der Heimarbeiter und Hausindustriellen hohe Intelligenz, großer Fleiß, täglich durchschnittlich 14- bis 15stündige Arbeitszeit, schlechte Wohn- und Schlafräume, Weib und Kinder mit im täglichen Kochronend, und trotz aller Mühsal und Qual ein Verdienst, der zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig ist! Wahrscheinlich ein Bild des Jammers! Auf der Seite der Großkaufleute, Exporteure usw. dagegen angenehme, luxuriöse Existenzbedingungen, wie sie nur der Reichtum bieten kann.

Einzelne Beispiele aus dem Leben mögen dazu beitragen, das Bild zu vervollständigen.

Die Drücker — Arbeiter, welche Tierkörper, Puppenkörper, Glieder, Köpfe und Scherzartikel aus Papiermasse anfertigen — gehören neben den Maschinenarbeitern und Holzschneidern zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern. Aus ihrer Arbeitsstätte führt uns die Ausstellung z. B. Katzen und Elefanten vor. Das Duzend dieser Tiere wird mit 15 Pf. bezahlt. Zwei Arbeiter fertigen 50 Duzend wöchentlich an gleich 22,50 M. pro Woche. Von diesem Betrage ist für Rohmaterial und andere Unkosten folgendes abzuziehen:

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes Mehl, Rasse, Papier, Jement, Heizung und Del, Liefern, and Einnahme 22,50 M. Total result 12,- M.

oder pro Person und Woche 6 M. Verdienst bei einer täglichen Arbeitszeit von 16 Stunden, oder 6 1/2 Pf. pro Stunde.

Ein anderer Drücker, welcher Ridelhähne drückt, gibt die wöchentliche Produktion auf 100 Duzend a 18 Pf. = 18 M. für 2 erwachsene Personen und 3 Kinder an. Die Unkosten betragen 8,50 M., bleibt ein Verdienst für 2 1/2 Personen von 9,50 M. bei einer täglichen 16stündigen Arbeitszeit, also pro Person und Woche 3,80 M. oder kaum 4 Pf. pro Stunde.

Ein Gelenkausfüllung (unbeleidete Gliederpuppe) Drücker, eine Familie von drei erwachsenen Personen und zwei Kindern, welche sämtlich im Geschäft tätig sind, gibt seinen Verdienst pro Woche mit 27,20 M. an, d. h. 3 1/2 Personen verdienen a Person und Woche 7,80 M.

Die Arbeit der Drücker ist eine sehr anstrengende und ungesunde. Petroleumgeruch vereinigt sich mit dem keineswegs angenehmen anderen Materialgerüchen. Ist der Arbeitsartikel gedrückt (fertig geformt), so muß er schnell trocknen. Da aber meistens ein Trockenraum fehlt, so muß das Trodnen in der Wohnung resp. Arbeitshube vorgenommen werden. Der Schlafraum ist häufig nur durch eine Gardine vom Arbeitsraum getrennt. Unverträgliche Hitze, Sommer wie Winter, schlechte Lüftung, weil die Wärme erhalten bleiben muß, viele Personen im kleinen Arbeitsraum verschlechtern die Luft derartig, daß es kein Wunder nimmt, wenn die Tuberkulose leichten Einzug hat und reiche Ernte hält.

Das Glend der Maschinenarbeiter ist nahezu sprachlos. Es ist nichts außergewöhnliches, daß der Verdienst für eine Person wöchentlich 3 M. bei 14-15stündiger täglicher Arbeitszeit beträgt. J. B.: Eine erwachsene Person fertigt wöchentlich 10 Gros Kinder- oder Frauenmasken an. Um ein solches Quantum fertig zu bringen, muß der Arbeiter von morgens 6 bis abends 10, ja 11 Uhr arbeiten. Bezahlt wird für das Gros 70 Pf. inlustive Material = 7 M. Für Material geht pro 10 Gros 3,85 M. ab, es verbleibt ihm also ein Nettoverdienst von 3,65 M. pro Woche oder ein Stundenlohn von 4 Pf. Nicht viel besser werden die Löhne für größere Masken angegeben, als seltener Höchstverdienst wird ein Stundenlohn von 10 1/2 Pf. angegeben.

Die Kaser der Masken werden nicht besser bezahlt. Auch hier sind für Kinder- und Mädchenmasken Wochenlöhne von 3,10, 3,01, 4 und 5 M. Die größeren Masken bringen etwas mehr ein, aber leider betragen die besser bezahlten Masken nur circa 12-15 Proz. der Produktion. Mit Stolp verzeichnet der Handelskammerbericht für Sonneberg 1904: daß für 78 000 M. Masken exportiert sind. Welche Umsätze von Glend ist in dieser Ziffer enthalten!

Der selbe Handelskammerbericht gibt den Wochenverdienst der Maschinenarbeiter in Fabriken auf 15-22 M., für weibliche 7-12 M., für jugendliche 6-9 M. an. Sind diese Löhne wirklich regelmäßige Durchschnittslöhne, so sind sie ein schlagender Beweis für die schreckliche Ausbeutung der Heimarbeiter.

Die Holzschneider — Verfertiger von Tieren, Puppenarme und Heinz und sonstigen Holzspielwaren — können ebenfalls ein Glendbesiedler sein. Auch hier sind Stundenlöhne von 5-18 Pf. die Regel, höhere Stundenlöhne die Ausnahme. Diesen Kernsten wird der Verdienst durch die Art geschmälert, wie ihnen das notwendige Rohmaterial, das Holz, welches sie zugeben müssen, durch die Polizei verteuert wird. Meistens sind sie steuerfrei, weil sie ein Einkommen unter 600 M. haben, aber trotzdem liefern sie eine ganz erhebliche Summe für die Staatskasse infolge der enormen Holzpreise. Wiederholt haben sich der Reiminger Landtag und der Reichstag mit dieser fürchterlichen Ausbeutung des Glends beschäftigt.

Die Puppen-Arbeiter und Hausindustriellen stehen sich ein wenig besser. Für diesen Artikel werden Löhne von 10-25 Pf. pro Stunde angegeben. Durchschnittlich mögen etwa 18 Pf. herauskommen.

Das gleiche kann man von den Lauschaer Glaswaren, Christbaumschmuck, Puppen- und Tieraugenmachern sagen. Guido Müller aus Lauscha hat eine hübsche Kollektion ausgestellt. Auch in diesen Artikeln geben die Ausstellungsobjekte bekannt: Schlechte Wohnungen, geringer, kaum zu allernotwendigsten Bedürfnissen genügender Verdienst bei ungemessen langer Arbeitszeit.

Wahrlich, die Ausstellung erreicht sinnfällig die Wichtigkeit der so oft bestrittenen Behauptungen der Schriftsteller Say, Stiöck, Schoenland und Nauß. Ein Gang durch die Ausstellung erklärt uns, weshalb im Sonneberger Bezirk 50 Proz. der Erwachsenen wegen einer Gesamtjahreseinnahme unter 600 M. nicht zur Steuer herangezogen werden können. 67 Proz. der Einwohner haben ein Einkommen bis zu 600 M. pro Jahr.

Die wenigsten Menschen haben eine Ahnung von dem grenzenlosen Glend und Jammer, der in den Gärten der Spielwaren-Heimarbeiter zu finden ist. Ausbeutung der Kinder von frühester Jugend, Unterernährung und Heberarbeitung im allgemeinen erzeugen eine Degeneration, die sich in hohen Sterblichkeitsziffern bemerkbar macht. Es gibt kaum einen zweiten Bezirk Deutschlands, wo die Tuberkulose so reiche Ernte hält wie in dem herrlichen Thüringen-Reiminger Oberlande. Während die Sterblichkeit durchschnittlich in Deutschland 10-12 pro Tausend beträgt, ist sie im Sonneberger Kreise über 19 pro Tausend. Angesichts solcher Zustände darf mit Recht gesagt werden: Heimarbeiter — Verdorbene.

## Ein preussischer Richter als Verbrecher.

Vor dem obersten preussischen Landgericht in Weidenau spielt sich gegenwärtig das Lebensdrama eines preussischen Richters ab, ein Drama, das zugleich ein scharfes Bild sozialer Verhältnisse unseres trefflichen Vaterlandes gibt. Die mehrtägigen Verhandlungen drehen sich um schwere Verbrechen eines hohen richterlichen Beamten, der in schwer bedrängter Finanzlage sich nicht nur erniedrigte, zu den gewöhnlichsten betrügerischen Manipulationen Zuflucht zu nehmen, sondern auch sein wichtiges und hohes Amt in verbrecherischer Weise dazu benutzte, für sich materielle Vorteile zu erzielen. Die Verhandlung ergab bisher folgendes:

Der Landgerichtsrat Alfred Blumenberg in Weidenau hat sich vor dem dortigen Landgericht zu verantworten auf die Anklage des Amtsverbrechens in fünf Fällen, des Betruges und der Unterschlagung in 21 Fällen sowie des wiederholten Urteilsbruchs. Der 1851 in Breslau als Sohn eines dortigen evangelischen Geistlichen geborene Angeklagte mußte, als sein Vater starb, das Gymnasium verlassen, da ihm die Mittel zum weiteren Besuche desselben fehlten. Er war dann fünf Jahre lang als Kaufmann tätig, machte es darauf unter großen Entbehrungen aber doch möglich, Rechtsstudium zu studieren. Mit 30 Jahren wurde er Referendar, seine Anstellung als Amtsrichter erzielte er aber erst 11 Jahre später, im Jahre 1892. Er begann seine richterliche Laufbahn mit mehreren tausend Mark Schulden, die sich um 8000 Mark erhöhten, weil Blumenberg für einen Jugendfreund, den Amtsrichter Blaumann, Bürgerschaften in dieser Höhe übernahm. Dieser Freund machte Blumenberg dann auch mit „Geldgebern“, berühmten Wucherern, bekannt, von welchen Bl. reichlich Geld auf Wechsel etc. nahm, um bald völlig in den Klauen dieser Blutsauger zu sein. Er lebte nun in einer für einen Mann in seiner verantwortlichen Lebensstellung und seinem vorgeschrittenen Alter unbegreiflich leichtsinnigen Weise, kaufte sich kostbare Wohnungseinrichtungen, trieb großen Luxus in Kleidung, Schmuckstücken etc., machte kostspielige Vabereisen und lebte in den Tag hinein. Wenn Schulden fällig waren, suchte Bl. Verlängerung der Zahlungstermine zu erzielen, gab neue Wechsel über höhere Summen, zahlte immense Provisionen und Wucherzinsen und machte den Frauen seiner „Geschäftsfreunde“ etc. kostbare Geschenke. So schenkte er einer dieser „Damen“ einen Pelz im Werte von 500 Mark. Es stieg seine Schuldenlast im Laufe der Jahre nach seiner eigenen Angabe auf 60 000 Mark, nach Annahme der Anklage auf mindestens 80 000 Mark, bis endlich im März 1905 die Katastrophe hereinbrach, indem zunächst eine Disziplinaruntersuchung gegen den überschuldeten Richter eingeleitet wurde, die mit seiner Suspension vom Dienste vorläufig endete. Daran schloß sich dann die Verhaftung des Richters, da sich herausstellte, daß Blumenberg, um sich noch über Wasser zu halten, zu den verwerflichsten, im Strafgesetzbuch mit schwerer Zuchthausstrafe bedrohten Mitteln gegriffen hatte. Dem endlichen Zusammenbruch dieser richterlichen Größe, die auch in politischen Prozessen gegen Parteigenossen in Oberbischheim sowohl als Vorsitzender wie als Zeiger in der Weidenauer Strafkammer eine Rolle spielte, waren im Laufe der Jahre zahlreiche gerichtliche Klagen und Zwangsvollstreckungen vorausgegangen, das Treiben des Herrn Landgerichtsrats, sein fortwährend intimer Verkehr mit im Industriebezirk allgemein bekannten sehr fragwürdigen Geschäftsleuten waren in der nicht großen Stadt Weidenau seit langem öffentliches Geheimnis. Um so auffälliger erschien es, daß dieser Mann unangesehen viele Jahre lang in dem angesehenen und verantwortungsvollen Amte eines Richters verbleiben konnte.

Als Blumenberg von allen Seiten hart bedrängt wurde und die Agenten und Geldgeber nicht mehr herausdrücken wollten, weil sie den nahen Sturz witterten, griff der Richter, der selbst täglich zu Gericht zu sitzen und schwere Strafen über die armen Sünder gegen das heilige Eigentum auszusprechen hatte, zu betrügerischen Manipulationen, wie sie dem ersten besten Spießhaken und Weinstockweber eigen zu sein pflegen. Er kaufte kostbare Gold- und Silberfachen, Juwelen, Kunstgegenstände, ganze Wohnungseinrichtungen usw., ohne sie zu bezahlen, lediglich auf den auf seinen Namen ohne hohe amtliche Stellung basierenden Kredit, und verkaufte, verpfandete und verpfändete dann nach kürzerer oder längerer Zeit diese Gegenstände meist zu wahren Spottpreisen. Ein erheblicher Teil der auf diese Weise erzielten Geldsummen ging als Vergütung in die Taschen der den Verkauf oder die Verpfändung besorgenden Mittelspersonen über und oft kümmernte sich Bl. nicht einmal um den Verbleib der Pfandstücke. Wie er in dieser Richtung wirtschaftete, zeigt u. a. die Tatsache, daß er vom Hoflieferanten Feilich in Berlin eine astronomische Taschenuhr zum Preise von 2000 Mark ohne Bezahlung kaufte, diese bei einem oberbischheimischen Pfandleiher für 150 Mark, später bei einem anderen für 300 Mark verpfandete.

Eine besondere Spezialität dieses preussischen Gefeheswärters war es, seine noch nicht bezahlten Wohnungseinrichtungen an alle möglichen zahlungsfähigen Leute zu verkaufen in der Weise, daß er mit den Käufern einen Vertrag abschloß, nach welchem er die Einrichtung in seiner Wohnung behalten durfte. So verkaufte er die Einrichtungen oft an mehrere Leute nacheinander. Durch solche Betrügereien kam eine alte, schwer kranke Frau um ihre ganzen Ersparnisse im Betrage von 600 Mark.

Als dann besonders ungeschickte Gläubiger die Gerichtsvollzieher Herrn Blumenberg auf den Hals schickten und diese ihre Siegel an die kostbaren Einrichtungstücke legten, genierte sich der Herr Landgerichtsrat durchaus nicht, trotz der amtlichen Zeichen an den Gegenständen diese schnell zu Spottpreisen zu „verklappen“. Er hat sich daher auch wegen Urteilsbruchs zu verantworten.

Dieser verurteilte Richter des Privatgeheimnisses verletzte auch den § 332 des Reichs-Strafgesetzbuchs, der den Beamten, der seine Amtspflichten materieller Vorteile halber verabsäumt, mit Achtung bis zu fünf Jahren bedroht. In dieser Beziehung ergab die sehr gründlich geführte Beweisaufnahme vor dem Weidenauer Landgericht folgendes: Eine Geldgeberin des Blumenberg, Frau Alex, war an dem Ausgang eines Grundstücksprozesses zugunsten des Klägers Wagner stark interessiert. Dieser Prozeß wurde vor der Zivilkammer geführt, in der Landgerichtsrat Blumenberg den Vorsitz führte. Aus einem bei der Alex beschlagnahmten Briefe des Blumenberg an diese geht nun hervor, daß Blumenberg dieser zwecks Informierung des Klägers Wagner Mitteilungen aus der Beratung des Gerichts und aus den Akten machte und den Wagner unterrichtete, in welcher Weise die vom Gericht unter Blumenbergs Vorsitz erfolgte Ablehnung einiger von Wagner vorgeschlagener Zeugen doch noch geladen werden könnten. Am Schlusse des Briefes hieß es dann: „Ich bitte aber um Discretion — Morgen hoffe ich notwendig auf Geld. Ich habe keine mehr. Bin nachmittags zu Hause.“ Der also vom Vorsitzenden des Gerichts heimlich instruierte Kläger ist eine in sehr äblem Rufe stehende, wiederholt bestrafte Person. Das Wertobjekt in diesem Prozesse betrug rund 33 000 Mark.

Schwer belastet wird Blumenberg noch durch andere bei der Alex beschlagnahmte Briefe von seiner Hand. In einem anderen von der Alex selbst geführten Prozesse vor der von Blumenberg geleiteten Zivilkammer soll Blumenberg wiederholt und monatelang die Entscheidung hinausgeschleppt haben, wie er der Frau Alex selbst in seinem Briefe verzeichnet. Ebenso gab er Ratsschläge, wie der Anwalt der Frau Alex weiter vorgehen solle. In allen diesen Briefen aber erbittet Bl. die Vermittlung der Alex in seinen Geldnöten und bittet, dafür sorgen zu wollen, daß eine Anzahl Gläubiger, darunter die polnische Volkbank, sich mit der Erfüllung ihrer Forderungen gebunden sollten.

Ein besonders schweres Amtsverbrechen des Blumenberg ergab die Verhandlung in folgendem: Der Biegeleibstiger Goldstein in Königsbütte führte einen Prozeß gegen den Bergwerksbesitzer Goldstein wegen abgekaufter Grundstücke in Königsbütte. Es handelte sich dabei um ein Wertobjekt von 400 000 Mark. Der Kläger Goldstein und sein Schwäger Sohn Fedor Jernik in Kattowitz wandten sich nun durch Vermittlung einer Frau Provinzialsteueramt Grangow an Blumenberg um Einflußnahme auf jenen wichtigen Prozeß. Blumenberg war in den Händen der

Frau Steueramt, der er über 20 000 Mark schuldete, ebenso hatte er auch schon von Jernik ein Darlehen von 500 Mark erhalten. Blumenberg wurde nun in Aussicht gestellt, daß wenn der Prozeß gewonnen oder zum günstigen Vergleich geführt werden würde, er 10 000 bis 20 000 „Darlehen“ zur Sanierung seiner Lage erhalten solle. Eine Anzahl sehr gravierender Briefe des Blumenberg an die Frau Steueramt Grangow, die bei dieser beschlagnahmt wurden, gaben Auskunft über Blumenbergs Tätigkeit in dieser Sache. Da er als Richter in dem Prozeß nicht tätig war, verschaffte er sich unter Mißbrauch seiner Amtsgewalt die Prozeßakten, studierte dieselben, machte Auszüge, Abschriften usw. und informierte Jernik schriftlich, gab Winke und Gutachtertermine an und anderes mehr. In dieser Zeit empfing Blumenberg von Jernik mehrfach kleinere Beträge als Darlehen, zusammen etwa 200 Mark. In seinen Hoffnungen auf Erzielung der in Aussicht gestellten großen Summen sah Blumenberg sich jedoch getäuscht, er konnte den Prozeß — der übrigens heute noch nicht entschieden ist — nicht den Erwartungen entsprechend fördern und stellte einige Zeit vor seiner Verhaftung die darauf gerichtete Tätigkeit ein.

Der Angeklagte gesteht in allgemeinen seine Schuld zu, will in einzelnen Fällen jedoch nicht schuldig sein. Bei der Feststellung der von ihm begangenen Amtsverbrechen bricht er in Tränen aus. Er erklärt, immer noch die Hoffnung gehegt zu haben, er könne durch eine reiche Heirat seine Verhältnisse ändern. Die Beweisaufnahme ergibt denn auch, daß von ihm selbst, von Heiratvermittlern wie von um ihr Geld besorgten Wuchereern eifrige Tätigkeit nach dieser Richtung entfaltet wurde. Wiederholt sah man auch Erfolg zu winken, aber es war doch zu schwer, dem mehr als fünfzigjährigen, keineswegs mit anderen Vorzügen, dagegen mit einer gewaltigen Schuldenlast ausgestatteten Landgerichtsrat eine lebende Gattin mit den nötigen Moneten und gewissen gesellschaftlich unerlässlichen Vorbereitungen zu verschaffen.

Von der skandalösen Betwagerung des Angeklagten, neben dem noch zwei jüdische „Kaufleute“ als Werkzeuge und Mitshelfer sich zu verantworten haben, ist in dieser Verhandlung nicht die Rede. Diese Seite wird vielmehr in besonderen Wucherprozessen, in der die Frauen mehrerer Staatsbeamten eine wenig rühmliche Rolle spielen, demnächtig näher erörtert. Die Verhandlung, in der etwa 50 Zeugen figurieren, und für die ursprünglich drei Tage angelegt waren, dauert noch fort und das Urteil dürfte kaum vor Freitag dieser Woche ergehen.

## Aus der Partei.

### Erklärung.

Ich lese in einem Teil der bürgerlichen Presse einen Bericht über ein Interview, das ich angeblich einem Vertreter unseres Brüsseler Parteiorgans, des „Peuple“, gewährt haben soll. Ich erkläre, daß ich dem betreffenden Parteigenossen ein Interview ausdrücklich verweigerte und meine Verwunderung darüber ausdrückte, daß ein Parteiblatt einen Interviewer zu einem Mitglied des internationalen sozialistischen Bureaus sende, um ihn über seine Stellung zu einer Frage, die erst in der nächsten Sitzung des internationalen Bureaus verhandelt werden soll, auszufragen. Ich sprach weiter die Erwartung aus, daß er das, was ich ihm gegenüber privatim äußere, unter keinen Umständen veröffentlichen werde.

Wie berechtigt diese meine Haltung war, ersehe ich aus dem Bericht, den nach den bürgerlichen Zeitungen der betreffende Parteigenosse an den „Peuple“ eingefandt hat.

Derselbe berichtet zum Teil Neuigkeiten von mir, die er sich geradezu aus den Fingern gezogen hat, und was er aus der Unterhaltung richtig wiedergibt, ist aus dem Zusammenhang gerissen und erscheint dadurch in einem durchaus falschen Lichte. Ich betrachte das Verhalten des betreffenden Parteigenossen als eine illoyale Handlung und bedauere, daß der „Peuple“ einer solchen Berichterstattung zum Opfer gefallen ist.

Berlin, den 24. Januar 1906. A. Debel.

### Der weiße Schrecken in Preußen!

Wegen eines an der Spitze der Sonntagsnummer stehenden Aufrufs an die preussische Arbeiterkraft wurde der verantwortliche Redakteur der „Märkischen Volksstimme“ in Forst, der Genosse Perner, gestern vormittag verhaftet.

Der Aufruf fordert auf zum Hochverrat gegen Rußland, nachdem er ausgeführt hat, daß im Königsberger Prozeß das höchste deutsche Gericht festgestellt habe, daß es in Deutschland erlaubt ist, hochverräterische Handlungen gegen Rußland zu begehen. — Dann fährt der Aufruf fort:

„Ist das Parat erst ausgerottet, so wird man nicht wagen, an Euren Rechten zu rütteln! Mit Hilfe Eurer gesetzlichen Rechte könnt Ihr aber erzwingen, daß Ihr künftig nicht mehr so schamlos und gemein, so frivol und infam mißhandelt werdet, wie es jetzt durch das beschimpfenswerte preussische Dreiklassenwahlgesetz

geschieht, das sogar der Junker Wisnarsch das elendeste und erbärmlichste aller Wahlgesetze nannte.“

Man sieht, der Gedankengang dieses Aufrufes ist ganz und gar kein verbrecherischer. Er weist im Eingange nach, daß ein Vorgehen gegen die jetzige Regierungsform in Rußland nicht verboten sei, und fordert für Preußen auf, die gesetzlichen Rechte wahrzunehmen! — Waswegen also die Verhaftung?

Die blutigen Vorbereitungen für den Wahlrechts Sonntag haben das Proletariat nicht veranlaßt, von der Forderung seiner Rechte abzusehen. Will man den weißen Schrecken durch Staatsanwalt und Gerichte arbeiten lassen?

Die Namen Löbe, Crispian und Perner lassen's vermuten!

### Herr Rezhäuser und der Wahlrechtskampf.

Während überall in Deutschland — und nicht hier allein — das Proletariat den Kampf für die Beseitigung des Wahlrechts und eine Erweiterung des Wahlrechts aufgenommen hat, steht Herr Rezhäuser im Korrespondenz für Deutschlands Wuchrer in der folgenden eigenartigen Weise ins Nachwächterhorn:

„Unsere des öfters ausgesprochene Meinung, daß derartige Demonstrationen — worunter auch der politische Massenstreik inbegriffen ist — durch solche unsauberen Elemente, die durch die Spielerei noch eine Ermunterung finden, auf das argste gefährdet werden und Repressalien im Gefolge haben, die allgemein auf die Arbeiterkraft lähmend wirken, hat sich schon an dieser angeblich erstmaligen Probe des politischen Massenstreiks bewahrt. Die Polizeiverwaltung in Hamburg hat nämlich neben anderen scharfen Maßnahmen alle für den 21. und 22. Januar geplanten öffentlichen Versammlungen und Aufzüge verboten, desgleichen Versammlungen an den Tagen, an welchen über die Wahlrechtsvorlage in der Bürgerschaft verhandelt wird; überhaupt sollen öffentliche Versammlungen in der nächsten Zeit nur in besonderen Fällen gestattet werden, eine Verammlung des Metallarbeiterverbandes ist infolgedessen bereits verboten worden. In acht bestimmten Straßen müssen außerdem die Wirtschaften bis auf weiteres um 6 Uhr abends Schluß machen. Das „Hamburger Echo“ verurteilt diese Ausschreitungen ganz entschieden und im „Vorwärts“ werden als die Vererber dieser „Pöbelzerse“ die „Radfahrer“, der „Rab“, der „Janhagel“ bezeichnet — gleich nicht mit Unrecht. Deshalb hegen wir die feste Hoffnung, daß, wenn die Gerichte über diese Fehldataten zu befinden haben, diese rühmigen Elemente nicht als „Opfer der Straßendemonstration vom 17. Januar“ in denselben Blättern ihre Wiedererkennung feiern werden!“

Wir wollen diese Ausführungen durch sich selbst wirken lassen!

Nur das möchten wir noch bemerken: Als Referenten für die zahllosen impotenten Berliner Verammlungen am Sonntag wirkten in der Mehrzahl die an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung tätigen Genossen mit, und die begehrteste Waffe in den Sälen und auf der Straße hatten die Wuchrer nicht an letzter Stelle mit vermehren! — Herr Rezhäuser sollte an diesen Tatsachen erkennen, daß er unmerklich immer weiter mit seinen Kampf- und Klassenfeinden auseinanderrückt.

### Die Feuerspritzen vor dem Stadtverordneten-Kollegium.

Unsere Parteigenossen in Halle haben zu der zum nächsten Montag anberaumten Stadtverordnetenversammlung folgende Interpellation eingereicht:

„Ist dem Magistrat bekannt, welche Unterbindung des freien Straßenverkehrs durch die polizeilichen Maßnahmen am letzten Sonntag bewirkt worden ist und daß das Verhalten der Polizei geeignet war, einen gewalttätigen Zusammenstoß herbeizuführen? Gedankt der Magistrat, Vorkehrungen zu treffen, daß derartige Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch die Polizei in Zukunft unmöglich gemacht werden?“

Oberbürgermeister Stauder hat sich bereit erklärt, die Interpellation zu beantworten. Ueber seine Antwort darf man nicht zweifelhaft sein. Ist er doch derjenige Herr, der zurzeit größt Verberlichheit die unbergeliche Keuzherung tat: „Unter den hiesigen Arbeitern befinden sich 1600 Lutzger.“ (Wummler.)

## Gerichts-Zeitung.

### Charlottenburger Kommunalfreier vor Gericht.

Die heftigen kommunalpolitischen Kämpfe, die in Charlottenburg zur Zeit der Amtstätigkeit des früheren Stadtverordnetenvorstehers Carl Ströbler tobten, bilden die Unterlage eines umfangreichen Prozeßes, dessen Verhandlung heute vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II seinen Anfang nahm. Wegen Verleumdung des Herrn Ströbler sind angeklagt: der verantwortliche Redakteur der „Charlottenburger Neuen Zeit“ Walter Große, der verantwortliche Redakteur des „Berliner Tageblatt“ Arno Arndt, der Chefredakteur der „Wossischen Zeitung“ Hermann Bachmann und der Chefredakteur der „West am Montag“ Dr. Georg Korn. Den Vorsitz im Gerichtshof führt Landgerichtsdirektor Fusch, die Anklage vertritt Staatsanwalt Bröning, die Verteidigung führen Justizrat Michaelis, Rechtsanwalt Raffe und Rechtsanwalt Dr. Löwenstein. Vertreter des Nebenklägers ist Justizrat Dr. von Gordon. Das Verfahren richtet sich auch gegen den Rentier Ellenburg in Charlottenburg; die Verhandlung gegen diesen ist jedoch wegen Erkrankung desselben ausgesetzt worden. — Es sind ungefähr 50 Zeugen geladen. — Die der Anklage zugrunde liegenden Vorgänge sind im allgemeinen folgende: Der frühere Eisenbahn-Direktor Carl Ströbler wurde am 1. Januar 1895 zum stellvertretenden Vorsteher und nach dem im Frühjahr 1901 erfolgten Tode des Dr. Jaffe zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt. Im Jahre 1902 wurden gegen ihn sowohl von Mitgliedern des Kollegiums als auch von dritter Seite und insbesondere in der „Charlottenburger Neuen Zeit“ Vorwürfe erhoben, die in der Verleumdung gipfelten, daß Herr Ströbler die Wahl zu kommunalen Ämtern von der Verleumdung an einer von ihm ins Leben gerufenen Zeitung, der „Charlottenburger Tageszeitung“ abhängig mache.

Am 25. Juni 1902 brachte der Stadtverordnete Dr. Crüger in der Stadtverordnetenversammlung die Nichtwiederwahl des Stadtrats Cassirer mit dessen Nichtteilnahme an jenem Verleumdungsunternehmen in Zusammenhang. An Stelle der Stadtrats Cassirer, Berg und Stegemann wurden die Herren Peringer, Winkelmann und Börner neu gewählt. Cassirer hatte eine Beteiligung an der Zeitung abgelehnt, während Peringer und Winkelmann beide einen größeren Betrag gezeichnet hatten. — Die Angriffe, die von Herrn Ströbler und seinen Anhängern in der Stadtverordnetenversammlung als unbegründet bezeichnet wurden, wiederholten sich anlässlich der Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung im November 1903. Zu den damals zur Wiederwahl stehenden Herren gehörte der Stadtverordnete Ellenburg, ein Mitglied der freien Vereinigung und daher Parteigänger Ströblers. Gegen Ellenburg machte sich dann eine Strömung geltend, er wurde in der Sitzung des Wahlausschusses vom 11. Oktober 1903 von der Kandidatenliste abgesetzt. Er sah darin eine Kränkung des Wahlrechts und schrieb an diesen einen kühnen Brief, in welchem er seinen Austritt aus dem „Kommunalverein“ und der „Freien Vereinigung“ erklärte und u. a. folgendes schrieb: „Ich persönlich hatte keine Lust, mein Geld der tagelangen Heilsunspielderei nachzuwerfen, ganz besonders aber, weil ich es verabsäue, daß die Besetzung der Stellen in den „Städtischen Störerschaften“ vom dem Erwerbe von Anteilsscheinen der Charlottenburger Tageszeitung abhängig sein soll.“ — Die „Charlottenburger Neue Zeit“ reproduzierte dieses Ellenburgsche Schreiben in einem in Nr. 267 vom 13. November 1903 enthaltenen Artikel unter der Überschrift: „Differenzen in der Fraktion Ströbler“. In diesem Artikel wurde gleichzeitig auf eine Verleumdung des Stadtverordneten Dr. Crüger vom 25. Juni 1902 Bezug genommen, wonach die Wiederwahl des Stadtrats Cassirer deshalb nicht erfolgt sei, weil er sich an dem Ströblerschen Verleumdungsunternehmen nicht beteiligt habe. In Nr. 270 der „Charlottenburger Neue Zeit“ wurden diese Dinge wiederholt. Es kommen in diesem Artikel Wendungen vor wie: „Dieser Herr (Ströbler) drückte sich stets um den Kernpunkt einer Sache herum“, „er habe falsche Behauptungen aufgestellt“, und es wird von den „geradezu jämmerlichen Verhältnissen des Ströblerschen Organs“ gesprochen, die „den Finanzgenie des Stadtverordnetenvorstehers ein recht unrühmliches Zeugnis ausstellen.“ — In einem anderen Artikel wird ausgeführt, daß selbst der Druckfehlerweise sich anscheinend gegen Ströbler vernehmen habe, indem Verhandlungen über die Wahl eines Stadtrats verfehlt sind unter der Andeutung „Verwachtungen“ wiedergegeben seien. In einem Artikel „Herr Ströbler auf dem Rückzug“ wird Herr Ströbler wiederum in Verfolg einer Preßpolemik mit der „Charlottenburger Tageszeitung“ angegriffen. Bei der Wahl der Stadtrats Peringer und Winkelmann, welche sich mit 1000 und 3000 Mark an der Zeitung beteiligt hätten, habe ein durchsichtiges Randver gesprochen. — In einem weiteren Artikel wird wieder von „Klassenwesen“ und der „Ströblerschen Wucherschaft“, von kommunal-standeslässigen“ gesprochen. Dasselbe wiederholt sich in einem weiteren Artikel, in welchem eine gegen Ströbler gerichtete scharfe Erklärung der Stadtverordneten Professor Dr. von Licht und Dr. Crüger abgedruckt wurde. Es wird in dem Artikel noch hervorgehoben, daß bei Verleumdung von Zeugen vor Gericht es ohne Zweifel noch zu recht unerwarteten Enthüllungen kommen werde. Endlich wird in einem Artikel vom 6. Dezember 1903 unter dem Titel „Am Kommunalverein für die östlicher Stadtteile“ u. a. der Ausdruck „Ströblersche Spitze“ gebraucht und ausgeführt: Herr Ströbler werde sich hüten, zu fluchen, da er die Enthüllungen vor Gericht über die Gründung der Zeitungsgesellschaft und Wahl zu kommunalen Ämtern zu fürchten habe. — Angeklagter Große erklärte auf Vorhalt, daß die infrimierten Artikel den Zweck gehabt hätten, Mißstände in der Kommunalverwaltung Charlottenburgs klar zu legen und gegen die Diktatur des Herrn Ströbler, die dieser in ganz ungewöhnlichem Maße ausübte, anzukämpfen. Die in dem Artikel gegen Herrn Ströbler erhobenen Anschuldigungen seien schon 1902 erhoben worden, zu dem ausgesprochenen Zweck, ihn zu einer Klage zu zwingen. Da Herr Ströbler „Nähe darauf nicht reagiert habe, so habe man kaum daran zweifeln können, daß der damals allmächtige Herr Ströbler, der nur zu befehlen brauchte, nicht nur die Bestimmung der Wahlkandidaten, sondern auch ihre Beiträge zu seinem Verleumdungsunternehmen als Bräutigam für ihre Pächterei benutzte. Wenn der erste städtische Beamte in dieser Weise die städtischen Interessen mit den Interessen eines Verleumdungsunternehmens verquide, so sei dies eine Entwürdigung, die den lebhaftesten Widerspruch hervorgerufen müsse. Aus diesem Gesichtspunkte heraus seien die Artikel geschrieben. Was speziell

den Abdruck der Erklärung der Herren Professor Dr. Vögel und Dr. Krüger betrifft, so seien diese illustrierten Namen für ihr Garantie genug gewesen, daß aus dem Abdruck kein Strich für ihn gedruckt werden könne.

Gegen den Angeklagten Bachmann stehen drei Artikel der „Vossischen Zeitung“ zur Anklage, in denen aus Anlaß der Stadtverordnetenwahlherrschaften in der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung besprochen werden und an der Tätigkeit des Herrn Ströbler und sein Vergehen kommunaler Ehemänner kritisiert wird. — Der Angeklagte verweist darauf, daß diese sachlich gehaltenen Artikel auf Mitteilungen zuverlässiger Gewährsmänner beruhen und den Zweck gehabt hätten, eine Kritik offenkundiger Mißstände und der kommunalen Simonie zu liefern, die in Charlottenburg eingedrungen zu sein schien. Für alle in den Artikeln enthaltenen Tatsachen glaube er den Wahrheitsbeweis erbringen zu können.

Auch das „Berliner Tageblatt“ erörterte in vier Artikeln diese kommunalen Verhältnisse in Charlottenburg. Der Angeklagte Krndt legte die betreffenden Zeitungsnummern vor und erklärte, daß er allerdings mehrere gegen Herrn Ströbler gerichtete und die Charlottenburger Verhältnisse besprechende Artikel verantwortungsvoll geschrieben habe, daß dies aber — wie der Augenchein lehre — gerade bei den hier inkriminierten Artikeln nicht der Fall gewesen sei. Er sei also zu Unrecht auf die Anklagebank gedrückt worden.

Der Angeklagte Dr. Korn endlich hat einen unter Anklage gestellten Artikel der „West am Montag“ unter dem Titel „Der Charlottenburger Vermieterwahl“ zu vertreten. In dem Artikel wurde ausgeführt, daß sich aus dem eigenen Lager des Vorsitzenden Ströbler der Vorwurf der Korruption erhebe. „Der in Charlottenburg Stadtrat von Ströblers Gnade werden wolle, müsse eine größere Summe für die Tagesgespräch zeichnen oder zeichnen lassen, sonst solle er unbarbarisch durch.“ — Dr. Korn erklärt, daß der Inhalt des Artikels auf Mitteilungen aus zuverlässiger Quelle beruhe und der Artikel im öffentlichen Interesse veröffentlicht worden sei.

Justizrat Dr. v. Gordon tritt namens des Nebenklägers verschiedenen Ausführungen des Angeklagten Große gegenüber: Schon 1902 seien die Behauptungen des Dr. Krüger öffentlich als falsch bezeichnet worden und die jegliche Verurteilung werde ergehen, daß sämtliche Verdächtigungen der Person des Herrn Ströbler keinerlei tatsächliche Unterlage haben.

Es überreicht Rechtsanwalt Kasse die Nummern des „Tageblattes“, aus welchen hervorgeht, daß der Angeklagte Krndt für die inkriminierten Artikel nicht verantwortlich gezeichnet hat. Der Verteidiger macht sich zum Träger dieser „Beweislast“, indem er den schwereren und sehr vielen Zeugen zum Richteramt trägt. Der Staatsanwalt beantragt infolgedessen die Freisprechung des Angeklagten Krndt. Rechtsanwalt Kasse beantragt, auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen. Diefem Antrag widerspricht Justizrat Dr. v. Gordon, indem er darauf hinweist, daß der Angeklagte bei seiner ersten verantwortlichen Vernehmung die Verantwortlichkeit nicht bestritten habe. — Angeklagter Krndt: Ich bin nur im allgemeinen auf „Artikel in der Affäre Ströbler“ hingewiesen worden, ohne daß mir die einzelnen Artikel vorgelegt worden wären. Da ich nun auch einige Artikel in dieser Affäre gezeichnet hatte, so habe ich meine Verantwortlichkeit nicht abgelehnt. Ich hätte mir nicht denken können, daß eine preussische Behörde Anklage gegen jemand erhebt, dem gar keine Verantwortlichkeit innewohnt. — Der Gerichtshof erkennt auf Freisprechung des Angeklagten Krndt und legt die ihn betreffenden Kosten (aus schließlich der Kosten der Verteidigung) der Staatskasse auf. — Rechtsanwalt Dr. Löwenstein stellt den auch von den übrigen Verteidigern unterstützten Antrag, die Verhandlung zu vertagen und den Richter Alfred Ellenburg als Zeugen über die volle

Wahrheit der Behauptung zu laden, daß Wahlen zum Stadtrat usw. von der Beteiligung an der „Charlottenburger Tageszeitung“ abhängig gemacht worden seien. Die Vernehmung des Herrn Ellenburg als Zeuge in dieser Sache sei zulässig, da seine eigene Strafsache ja abgetrennt sei. Die Verteidigung würde auf keinen Fall auf das Zeugnis dieses Herrn verzichten, dessen Zeugenvernehmung zurzeit durch seine Krankheit verhindert werde. — Vertreter des Nebenklägers, Justizrat Dr. v. Gordon, beantragt die kommissarische Vernehmung des Herrn Ellenburg. Die Erladung dieser Strafsache sei doch dringlich und eilig. Sein Mandant sei infolge aller dieser schweren Angriffe körperlich zusammengebrochen und es wäre ihm zu wünschen, daß er die Rechtfertigung, die ihm die gerichtliche Verhandlung bringen müsse, noch erlebte. Der Staatsanwalt tritt dem Antrage auf kommissarische Vernehmung bei, empfiehlt aber auch die kommissarische Vernehmung des gleichfalls durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Zeugen Kommerzienrats Beringer. Der Gerichtshof beschließt, beide Vernehmungen im Laufe des Nachmittags vorzunehmen und verlegt die weitere Verhandlung auf Donnerstag 9 1/2 Uhr. Unter den vorgeladenen Zeugen befinden sich Eisenbahndirektor a. D. Ströbler, Oberbürgermeister Schultze, Bürgermeister Matting, Stadtrat Samter, Stadtrat Wolf, Geh. Justizrat Prof. Dr. v. Vögel, Genossenschafts-Anwalt Dr. Krüger, Justizrat Busa, Stadtrat Boerner, Fabrikbesitzer Cassirer, Kommerzienrat Henneberg, Gymnasialdirektor Dr. Hubatsch, Justizrat Rosenberg, Oberleutnant a. D. Stein u. a.

Der Pommernbankprozeß beschäftigte nun auch noch das Reichsgericht. Befanlich hat jener Prozeß jahrelang die Gerichte beschäftigt. Nachdem die lange Voruntersuchung eine Verhandlung im Jahre 1903 herbeigeführt, die aber abgebrochen wurde, fand eine wochenlange Verhandlung im Jahre 1904 mit dem vom Landgericht Berlin I am 1. Juli erfolgten Verurteilung der angeklagten Direktoren Schulz und Romeid ihren Abschluß. Diese beiden Angeklagten wurden wegen Untreue und Bilanzverschleierung verurteilt. Schulz zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 30 000 M. Geldstrafe, Romeid zu 3 Jahren Gefängnis und 6000 M. Geldstrafe. Die Details jenes Prozesses, welcher auch den sensationellen Zwischenfall Ribbach zettelte, und wozur bekannt wurde, daß die Pommernbank zur „Königin der Kaiserin“ ernannt war, sind wohl genügend bekannt. Den Angeklagten war zur Last gelegt, daß sie gemeinschaftlich seit 1890 zum Nachteil der Pommernbank gehandelt und die Bilanzen dieser Bank gefälscht haben. Gegen das Urteil hatten die Angeklagten Revision beim Reichsgericht eingelegt. Nachdem diese Verhandlung heute den 11. Straßentafel des höchsten Gerichtshofes beschäftigt, wobei Herr Justizrat Dr. Sello im Namen der Angeklagten auftrat, beantragte der Vertreter der Reichsanwaltschaft die Revision als unbegründet zu verwerfen. Die Publikation des Urteils hat das Reichsgericht auf den 25. Januar verschoben.

### Verfammlungen.

Der Bäderverband (Mitgliedschaft Groß-Berlin) hielt am Dienstag in den „Sophienhallen“ seine gutbesuchte Generalversammlung ab. Zunächst ehrte die Versammlung das Andenken sieben verstorbener Kollegen durch Erheben von den Sitzen. Alsdann gab Schneider den Vorstandsbericht. Es ist eine rührige Agitationsarbeit in und um Berlin entfaltet worden. Dadurch war es möglich, auch in Frankfurt a. O., Potsdam, Fürstenwalde und Ludowicke neue Zahlstellen zu gründen. In Berlin ist die Fluktuation allerdings noch wie vor eine sehr große. Während des verfloffenen Jahres liegen sich 1454 Gesellen in den Verband aufnehmen; wegen restierender Beiträge mußten jedoch 1907 aus der Mitgliederliste gestrichen werden. Am Schlusse des Jahres waren dennoch 1899 Mitglieder vorhanden.

ein Mehr von rund 200 gegenüber dem Vorjahre. Versammlungen und Sitzungen wurden insgesamt 190 abgehalten. Außerdem sind 311 Kontrollen von Bäderebetrieben vorgenommen worden. Zu Differenzen mit den Arbeitgebern kam es in 33 Fällen, die bis auf drei zugunsten der Gesellen geregelt wurden. Es waren dies alles größere Bädereien, die 8 bis 50 Gesellen beschäftigten. Bemerkenswert wurde, daß sich ein erheblicher Teil der Kollegen, darunter auch organisierte, nicht genügend gegen die Biedereinführung des Koffi- und Logiswesens in verschiedenen Betrieben zur Wehr gesetzt haben. Nicht nur den Praktiken der Bäderebetreiber, sondern auch der Loyalität der eigenen Kollegen ist es zuzuschreiben, daß die Erfolge des letzten Streiks teilweise wieder verloren gegangen sind. Mitgeteilt wurde noch, daß der Abschluß eines neuen Tarifvertrages mit der alten Genossenschaftsbäderei demnächst erfolgen dürfte. — Den Kassenbericht erläuterte Barth. Demnach beläuft sich die Jahreseinnahme auf 48 594,54 M. und die Ausgabe infol. der Leistungen an die Hauptkasse 42 551,56 M., so daß ein Kassenbestand von 1042,98 M. verbleibt. An Arbeitslosen, Kranken- und Reiseunterstützung wurden 9570 M. ausgezahlt. — Die hierauf vorgenommenen Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Schneider; 2. Vorsitzender Ehlers; 3. Kassierer Barth; 1. Schriftführer Boer; 2. Schriftführer Hanisch; als Obliete Janetz (Nord), H. Schütz (Osten), Richter (Süden), Krüger (Westen), für die Vorbäder Gutknecht, Stellvertreter Grams; Revisoren Gallingner, Weig, Koffi, Lievänder und Vännide. Als zum Vorstände gehörig wird auch wie bisher der Geleiter Heßgold betrachtet. Barth ermahnte die Mitglieder bringend zum Anschluß an die Partei und zum Abonnement auf den „Vorwärts“ mit dem Hinweis darauf, daß es von allen Arbeiterkategorien gerade die Bäder seien, die bei Lohnbewegungen z. in erster Linie auf die tatkräftige Unterstützung der Parteigenossen angewiesen seien. Diese Tatsache allein schon müsse jedem Bäder Veranlassung genug sein, sich der einzigen Partei anzuschließen, von der er Hilfe zu erwarten hat. — Zum Schluß wurden noch einige innere Angelegenheiten erledigt.

### Briefkasten der Redaktion.

#### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 M. Jeder Anfrage ist ein Eintrag und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

1. R. 100. Nachzulesen ist nicht möglich. Ihre Ansprüche sind erloschen und können erst wieder ausbleiben, wenn von neuem 200 Marken gestellt sind. — 44. In der Regel: nein. — R. 77. Die Höhe ist und nicht im Gebühre. Besondere Festlegung ist erfolgt. — W. 2. 1899. Soweit ersichtlich, sind Sie nicht Mitglied der Kaffe, weil Sie auswärts wohnen. Klagen Sie bei der Gewerbedeputation Stralauerstr. 1-3 auf Anerkennung, daß Sie Kassenmitglied sind, eventuell auf Rückzahlung der gezahlten Beiträge. — Orgeldingen. Ja, er muß Ihnen aber Gelegenheit zum Festhaltenlassen geben. Sie können darauf eventuell auf Schadenersatz klagen. — R. 200. Es ist nicht gut möglich, auf Grund der Angabe, die Sie machen, Ihnen einen anderen Rat zu erteilen, als sich nochmals an das Vormundschaftsgericht und an die verschiedenen Polizeibehörden zu wenden. Dabei ist eine Stadt in Pommern. Möglicherweise ist Grabius Vorwerk eines in der Nähe liegenden Gutes, Labis oder Labusch und was nicht bekannt. — R. 78. Eine Klage auf Unterhalt gegen Ihren früheren Ehemann hätte Aussicht auf Erfolg. Zu welchem Zwecke eine Pflegschaft eingeleitet ist, ergibt die Bestimmung und können Sie auf dem Gericht erfahren. — R. 100. 1. Nein. 2. Sie lehnen den Eintritt ohne Begleitung des Mannes ab. — R. 8. Auf Grund Ihres Vertrages wäre nur Selbsthilfe unter Zuziehung eines Kammerjägers möglich. — G. 4. Wer ein ihm gebührendes Geldstück durchlocht oder einschneidet und dergleichen, begeht eine Verbrechen, aber keine strafbare Handlung. — J. 9. 1. Soweit ersichtlich, sind Ihre Ansprüche minder berücksichtigt. 2. Ja.

Für den Inhalt der Interesse übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, den 24. Januar.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus. Così fan tutte.  
Schauspielhaus. Die Verführungen mit der kleinen Hand. Anfang 7 Uhr.  
Königsplatz-Theater. Gesellschaften.  
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.  
Berliner. Kean.  
Neues. Ein Sommernachtstraum.  
Westen. Schützenlied.  
Kleines. Kinder der Sonne.  
Anfang 8 Uhr:  
Leffing. Und Hippa tanzt.  
Schiller O. (Wagner-Theater) Königsplatz.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Düsseldorfer Theater). Die Logenbrüder.  
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.  
Reisen. Der Prinzgemahl.  
Trianon. Die Wetterfahne.  
Volltheater. Der Weg zur Höhe.  
Thalia. Bis früh um fünf.  
Carl Weiss. Die lebende Bräute auf Cuba.  
Central. Bruder Straubinger.  
Luisen. Der Verschwendter.  
Deutsch-Amerikanisches. Er und ich.  
Metropol. Auf ins Metropol.  
Raffa. Die goldene Bräute.  
Apollo. Prinzessin Rosine. Spezialitäten.  
Herrnsfeld. Familienfest im Hause Bräutigam.  
Sekte-Alliance. Der grüne Teufel. Spezialitäten.  
Wintergarten. Otto Reutter. — Spezialitäten.  
Walhalla. Nach Afrika, nach Kamerun.  
Folies Caprice. Nach dem Zapfenstreich. Der Schmeichele.  
Neuschwanstein. Streifender Sänger.  
Volltheater. Spezialitäten.  
Urania. Zaubertrick 48/49.  
Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.  
Schaal. Abends 8 Uhr: Die Darwinische Theorie.  
Stierwarte. Invalidenthr. 57/52. Täglich eröffnet von 7 bis 1 Uhr.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/49.  
**Große Extra-Vorstellung.**  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.  
**Der Roland von Berlin.**  
In 4 Akten nach dem Drame von Voltaire und dem Roman von Wilhelm von Klopstock.  
Anfang 8 Uhr. Staffeleröffnung 7 Uhr.  
Vorgangarten haben Günstige!

**Berliner Theater.**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Kean.**  
Frei: Der Widerspänstigen Zähmung. — Sonnabend: Kean. — Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr zu ermäß. Preisen: Die Jungfrau von Orleans. Ab. 7 1/2 Uhr: Der Widerspänstigen Zähmung.

**Neues Theater.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Ein Sommernachtstraum.**  
Freitag: Liebesleute (Amants).  
Sonnabend, Sonntag, Montag: Ein Sommernachtstraum.

**Kleines Theater.**  
Zum erstenmal:  
**Kinder der Sonne.**  
Drama in 4 Akten von Maxim Gorki.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag: Kinder der Sonne.

**Zentral-Theater**  
(Operette). 8 Uhr:  
**Bruder Straubinger.**  
Operette in drei Akten von Hiler.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Der Verschwendter.**  
Freitag: Maria Stuart.  
Sonnabend: Kaufmann v. Venedig.  
Sonntag nachm.: Pension Schöler.  
Abends: Der Verschwendter.  
Montag: Die lustigen Weiber von Windsor.

**Apollo-Theater.**  
8 Uhr: **Prinzessin Rosine**  
von Lincke.  
Hierauf die glänzenden Spezialitäten mit  
**Katsukuma Higashi**  
Meister der Selbstverleugungsstücke  
**Jiu-Jitsu.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Berliner Lust und Spezialitäten.

**Buggenhagen** Moritzpl. Kaiserstra. Jeden Donnerstag und Freitag: **Neues Programm.**  
**Fritz Steidl-Sänger.**  
Nachher: **Frei-Tanz.**

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Königsplauder.**  
Ein biblisches Drama in 5 Aufzügen von Hermann Stadler.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Cyprienne.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Königsplauder.**

**Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Logenbrüder.**  
Schwank in 3 Akten von Karl Laufs und Kurt Kraus.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Ueber unsere Kraft. (I Teil.)**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Cyprienne.**

**Freie Volksbühne.**  
Heute abend 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im Gewerkschaftshause.  
Tagesordnung: 1. Vortrag: Frau Lily Braun über: Goethe und die Jugendzucht. 2. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. Bericht der Revisoren. Diskussion und Verschiedenes. 229/4

6. Serie: im **Carl Weiß-Theater:**  
**Ein Frühlingsopfer.**  
Schauspiel in 5 Akten von E. Kaiserling.  
7. Serie: im **Metropol-Theater:**  
**Kater Lampe.**  
Komödie in 4 Akten von Emil Rosenow.

**13. Kunst-Abend im Rathaus**  
Mittwoch, den 14. Februar zum 50. Todestage des Dichters **Heinrich Heine.**

Sonntag, 28. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr: **Carl Weiß-Theater.** 18. Abteilung  
9/10. Abteilung **Amphitryon** und **Die Frage an das Schicksal.**

Einlaßkarten a 50 Pl. zur **Meunier-Ausstellung** nur für Mitglieder bei Horsch, Engel-Ufer No. 15.  
Der Vorstand, in Verik. die Geschäftsstelle: G. Winkler.

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Der Prinzgemahl.**  
Seltener Schwank in 3 Akten von L. Kancor und F. Chancel.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Portulaspflanzen.**

**Zirkus Albert Schumann**  
Heute abend prächtige 7 1/2 Uhr: **Elite-Abend.**  
Gala-Programm, u. a.: Berlins größte Sensation! Eine wirklich schockante Novität!  
**Mrs. Abie Mitchell** und ihre farbigen **20 Studenten 20** einschließlich **Topsy, Henry Williams, Billy Yeger**, die ausgezeichneten Sandlänger.  
Bermer die phänomenale **Mirza-Golem-Truppe** und die **großartigen neuen Spezialitäten.**  
Zum Schluß: Die diesjährige große **Kunstausstellungspantomime**  
**Femina**  
das neue Frauenreich. Sieben wunderbare Akte und die feinsten Schluß-Apoteosen.

**Komische Oper.**  
Friedrichstr. 104/104a.  
Donnerstag, den 25., abends 8 Uhr:  
**Hoffmanns Erzählungen.**  
Freitag: Hoffmanns Erzählungen.  
Sonnabend: Die Bohème.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäß. Preisen: Der Corroidor. Abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.

**Folies Caprice**  
Budapester Posen-Theater  
132 Linienstr. 132.  
— Ecke Friedrichstraße. —  
Zum 129. Male:  
**Nach d. Zapfenstreich.**  
Vorher: **Der Beheme**  
u. d. ausgezeig. Spezialitäten.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorher: (vgl. d. Wort) u. an der Theaterkasse von 10 Uhr nachmittags an.

**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**!Auf - in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.  
**Walhalla-Theater**  
Nach Afrika, nach Kamerun.  
Kunstausstellungsposte in 6 Bildern. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

**XI. Berliner Saison.**  
**Zirkus Busch.**  
Zum 67. Male: Die neueste und größte Schauwirdigkeit Berlins:  
**Indien.**  
Orig.-Pantom. des Zirk. Busch. Besonders hervorzuheben: Eine Tigerjagd in den Dschungeln Indiens und Elefanten-Kämpfe. Außerdem: Mr. Hagedorn's Transformations-Grotto.  
Sensationell! Sensationell! **Mr. Norton Smith**, Amer. berühmtester Pferdehändler.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die Wetterfahne.**  
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Köpenickerstr. 67/69. Jed. Abd. 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp

**ER und ICH**  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Halbe Preise!**  
„Ueber'n großen Teich“.

**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Hamburgerstr. 132.  
Täglich 8 Uhr:  
Die lebende Bräute auf Cuba. Sensationelles amerik. Kunstausstellungsstück mit 60. u. Ballett in 7 Bildern von James Fox.  
Sonnabend, den 27. Januar, nachm. 4 Uhr Kindervorst. Der gestiel. Kater.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Hill. Dammstr. 16.  
Extra-Elite-Vorstellung:  
**Onkel Bräutigam.**  
Lebensbild in 5 Akten u. d. neuesten Roman „Mit einer Stromlin“ v. Seiler.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.  
Freitag: Leder vom Lindhamorhof.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 24, 2 Min. v. Th. Ecke. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Benefiz**  
der Berliner Hochturner **Die 3 Harters.**  
Sinnvolles Gastspiel **großer Attraktionen** der **Variété-Bühne.**  
Nach der Vorstellung Tanz ohne Nachzahlung.

**Urania** Tauben-  
str. 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Am Golf von Neapel.**  
Hörsaal 8 Uhr:  
**Die Darwinsche Theorie.**  
**Sternwarte** Invaliden-  
str. 57/62.

**Castans**  
**Panoptikum**  
Friedrichstr. 165.  
**Ohne Extra-Entrée.**  
Bergbewohner  
**Abessinians.**  
65 Eingeborene  
Männer, Weiber und Kinder,  
sowie das Baby „Carolina“.  
Eintritt 50 Pf.

**WINTERGARTEN**  
**Otto Reutter.**  
Klein-Familie, Kunstradfahrer.  
Ernst Perzina, dressierte Affen.  
Lola Hawthorne, amerikanische  
Sängerin.  
Elmo u. Recco, amerikanische  
Exzentriker.  
Yullan Familie, Akrobaten.  
Die drei Holloways, Drahtseil-  
künstler.  
Gebrüder Schwarz, Parodisten.  
Die Meininger, Hundepantomime.  
„In Schottland“ Ballett-  
Divertissement in ihrer  
Szenen.  
Burke, Andrus u. Frisco  
Der Biograph „Rückkehr vom Ball“.

Gebrüder  
**Herrnfeld-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
**Familientag**  
im Hause Prellstein.  
**Familiemitglieder:**  
Fridolin Unterbett  
Emmerich Unterbett  
Samuel S. Unterbett  
Frau Wolkenbruch  
Jonas Tischloch  
Hannibal Sauerstoff  
Freddy Elweiß  
Maurice Archimedes  
Flora Prellstein  
Kicky v. Kitzky  
Monika v. Kitzky  
Igel u. Kodak  
Stanislaus, Helene  
Schostak, Reichstänzer  
(Anton Herrnfeld)  
Esau Prellstein  
(Donat Herrnfeld).  
Auf. 8 Uhr. Sonnt. 11—2 Uhr.

**Reichshallen.**  
Orchestra:  
**Stettiner Sänger**  
Abend 8 Uhr,  
Sonntag 7 Uhr.  
19

**Sanssouci** Kottbuser  
-Straße 4a.  
Dir. Wilhelm Reimer.  
Donnerst. Febr., Sonntag:  
Hoffmanns Nord. Sänger  
und Tanzkränzchen.  
Sonnt. 8 u. 10 Uhr.  
Dienst. 8 Uhr: Theat.-Ab.  
Gaffig, d. Löwe-Ensembles.  
Samst. f. d. gr. Theateraal  
u. d. H. Säle 3. mittl. Saal.  
m. schon sehr entgegenen.

Gewerkschaftshaus, 50., Engel-Ufer 15.  
Sonntag, den 28. Januar 1906, abends 7 Uhr:  
**XI. Volksfünftlicher Vortragsabend** von Marie Holgers.  
Musikalische Mitwirkung: Christian Hansen vom Theater „des  
Westens“ (Tenor), Herr Kapellmeister Lippitz, Herr Ernst Schaub  
(Harmonium).  
Eintrittskarten a 30 Pf. in den Zigarrenhandlungen bei Horach,  
Engel-Ufer 15 und Gottfr. Schulz, Admiralstr. 49a und in  
allen durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften.

**Neueste Sehenswürdigkeit Berlins!**  
Karl Gabriel's  
**Volks-Museum.**  
Friedrichstraße 112a. Am Oranienburger Tor.  
**ca. 2000 Ausstellungsobjekte.**  
Mechanische Kolossalgruppen in hier noch nicht  
gelebener künstlerischer Vollendung.  
Volkskrankheiten u. deren Bekämpfung.  
Anatomic und Samariterlehre etc. etc.  
Täglich geöffnet von früh 9 Uhr bis abends 10 Uhr.  
Entree 30 Pf., Soldaten und Kinder 20 Pf. — Für sämtliche  
Räume ohne Nachzahlung 60 Pf. 79/5\*

# Zentral-Verband der Töpfer.

Filiale Berlin.

Freitag, den 26. Januar 1906, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause,  
Engel-Ufer 15, Saal I:

## Bauvertrauensmänner-Sitzung.

Die Tagesordnung wird in der Sitzung bekannt gemacht.

Da in dieser Sitzung die gedruckten Rechenschaftsberichte des Vorstandes zur Verteilung gelangen,  
muss jeder Bau vertreten sein. Der Vorstand.

**Lustspielhaus.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Der Weg zur Hölle.**

**Passage-Theater.**  
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
**Walter Steiner**  
Humorist  
**Acosta**  
Kraut-Songleur.

**Elysium** Landsberger Allee  
Nr. 40-41.  
Joh. C. Eisermann.  
Jeden Donnerstag:  
**Original-**  
**Hamburger Sänger**  
Direktion: C. Frick und  
F. Kasche-Krause.  
Anfang 8 Uhr.  
Entrée 10 Pf.  
Nach der **Tanz.**  
Avis! Dienstag, 6. Februar:  
Familien-Maschinenball.

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-  
Theater  
Frankfurter  
Allee 85.  
Der größte Schläger der Saison!  
Rettler **W u d i e s** Abenteuer  
auf dem Metropolitball  
oder:  
Die kleinen Mädchen von Berlin.  
Or. Ausstattungspose m. Gef. u. Tanz.  
Im zweiten Akt:  
Die 6 schönen Pianolizigaretten.  
Außerdem: 10 Spezialitäten.

**Schöneberger Wintergarten**  
Görlitzerstr. 9.  
Täglich Theater und Spezialitäten-  
Vortragsvorstellung.  
Sonntags 2 Vorstellungen.  
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen.  
Nede amachene Version hat ein Kind  
frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-  
Vorstellung. Die Direktion.

Otto Pritzkowski  
**Berliner Anormitäten-Theater**  
Hünzstr. 16.  
Riesen-Weihnachts-Programm!  
Neu! Die Elite-Lilliputaner-Truppe,  
die Neuesten Sängerinnen u. Vor-  
tragskünstler der Welt. Riesen  
Hona, 485 Pf. schwer. Opello, der  
Werd ohne Gefühl. Mael Mael!  
Mael! frei in der Luft schwebende  
Tänzerin. Hellscherin Armida, wahr-  
sagende Wunderdame. Plute,  
Wunderhahn, geb. mit 4 Beinen,  
2 Körper, 1 Kopf, lebend. etc.

**Etablissement Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich  
in den unteren Sälen  
**Gottschalk-Konzert.**

**Variété Elysium**  
Kommandantenstraße 3/4.  
Um 9 1/2 Uhr: Kultverein  
des berühmten Ziegeldichters  
**Paul Steinitz.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Möbelpolierer.**

Sonntag, den 28. Januar 1906, nachmittags 4 Uhr,  
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 1):  
**Branchen-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. „Fragen der Kindererziehung“. Referent: Genosse P. Göhr.  
2. Diskussion. 3. Wahl der Branchendelegierten. 4. Verschiedenes.  
Nach Schluss der Versammlung: Gemütliches Vellammen-  
sein mit Taus. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es  
Pflicht der Kollegen, nebst Frauen in dieser Versammlung zu erscheinen.

Wittwoch, 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Kubat, Blumenstr. 38:  
**Branchen-Kommissions-Sitzung.**  
Der Branchenleiter.

**Achtung!** **Achtung!**  
**Produktenhändler und -Händlerinnen!**

Donnerstag, den 25. Januar 1906, abends 9 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Berkowski, Kudowstr. 26:  
**Oeffentliche Versammlung**  
aller Produktenhändler u. -Händlerinnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Hattersdorf. 2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.  
Zur Bedienung der Unkosten findet Teilerhebung statt. Der Vorstand.

**Arnold Scholz. Neue Welt.** Hasen-  
heide 108/114.  
Im festlich dekorierten Riesensaal  
vom 28. Januar bis 18. Februar:  
**Großes Münchener Bockbierfest**  
Baron Muekl mit seiner Original  
Oberbayerischen Bauernkapelle D'Hollertauer  
Bedienung durch 20 echte bayerische Mad'n in Nationaltracht.  
H. Bergschloß-Bockbier — Münchener Küche.  
Sensationelle Ueberraschungen. 58412\*  
Sonntags 2 Kapellen.  
Anfang 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr. — Entree M. 0.30.

**Schwarzer Adler**  
Friedrichsberg. Frankfurter-  
Fernsprecher Nr. 8. Chaussee 5.  
Heute, Donnerstag, den 25. Januar:  
**VOLKS-CABARET**  
unter Leitung der Gretel-Diva Magarete Walkotte.  
Witzvollende:  
Georg Bamberger vom Holzgänger-Liederbräu. — Erwin  
Sittner vom Linden-Cabaret. — Prof. Schlermann, Kom-  
positionen. — Fr. Hartung, Kanari-Sängerin. — Dr. Zizold  
vom Cabaret Roland. — Dr. Staeger vom Kasperkasten.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf.  
Gebr. Arnold.

**Ausnahmepreise für Januar**  
**Preißelbeeren-Kompott**  
ca. 28 Pfd. - Eimer 25 Pfg. a Pfd. } inkl. Eimer  
" 10 " " 27 " " " } brutto  
" 5 " " 28 " " " } für netto.  
**Melange-Marmelade**  
ca. 25 Pfd. - Eimer 17 Pfg. a Pfd. } inkl. Eimer  
" 10 " " 19 " " " } brutto  
" 5 " " 20 " " " } für netto.  
Erhältlich in unseren 400 Niederlagen in Berlin  
und Vororten.  
**Hermann Meyer & Co.**  
Berlin, Waitstraße 11/12.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
für den  
2. Berliner Reichstagswahlkreis.  
**Todes-Anzeige.**  
Am 22. d. M. verstarb unser  
Mitglied, der Mitarbeiter  
**Rudolf Schulz**  
Oranienstraße 186.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 25. d. M., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle  
des Thomas-Kirchhofes, Hermann-  
straße, aus statt. 238/1  
Um zahlreiche Beteiligung er-  
sucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
**Reinickendorf-Ost.**  
Am 16. Januar verunglückte  
unser Genosse  
**Wilhelm Meier**  
Schönholz Nr. 15  
in der Hirschmühlens (Geldschrank-  
fabrik) und verstarb kurze Zeit  
darauf.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
nachmittags 4 1/2 Uhr auf dem  
Schönholzer Kirchhofe statt.  
Kege Beteiligung erachtet  
222/3  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer**  
**Wahlverein I. d. 3. Berl. Reichstags-**  
**Wahlkreis.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Genosse  
**Wilhelm Jurisch**  
Köpenickerstr. 44, verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Freitag,  
den 26. Januar, nachmittags  
3 Uhr, von der Halle des Thomas-  
Kirchhofes, Hermannstraße, Ritz-  
dorf, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung erucht  
240/3  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
**Treptow-Baumschulenweg.**  
Den Parteigenossen zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied 202/1  
**Paul Leder**  
im Alter von 37 Jahren an der  
Pneumonie verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Frei-  
tag, den 26. Januar, nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Gemeindefriedhofes, Neue Krug-  
allee aus statt.  
Um rege Beteiligung erucht  
Der Vorstand.

**Zentralverband der Dachdecker**  
**Ordnungsverwaltung Berlin.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am Donnerstag, den 15. Januar,  
verstarb durch Unfall (Sturz vom  
Dache) unser Mitglied, der Dach-  
decker  
**Wilhelm Jurisch.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Freitag,  
den 26. d. M., nachmittags 3 Uhr,  
von der Leichenhalle des Thomas-  
Kirchhofes, Ritzdorf, Hermann-  
straße 79-83, aus statt.  
Um rege Beteiligung erucht  
54/2  
Der Vorstand.

**Turnverein „Jahn“ Treptow.**  
**Todes-Anzeige.**  
Allen Turngenossen hiermit die  
traurige Nachricht, daß unser lang-  
jähriger Turngenosse und Vor-  
sitzender 286/14  
**Paul Leder**  
im Alter von 37 Jahren ver-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Frei-  
tag, den 26. Januar, nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Treptower Gemeindefriedhofes aus  
statt.  
Um rege Beteiligung erucht  
Der Vorstand.

**Arbeiter-Raucher-Bund**  
Berlins und Umgegend.  
**Todes-Anzeige.**  
Verstorben ist unser Bundes-  
mitglied  
**Ernst Liebe**  
vom Klub „Blauer Ring“.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, 25. Januar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Lützen-Kirchhofes, Hirschen-  
brunner Weg, aus statt.  
Der Vorstand.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes sage ich allen Bekann-  
ten und Bekannten, insbesondere  
den Parteigenossen des 481. Bezirkes  
des VI. Kreises, sowie den Mit-  
gliedern des Rauchervereins „Frei-  
heit“ meinen herzlichsten Dank.  
Die trauernde Witwe  
21505 Martha Häbner nebst Sohn.

Die Beerdigung meines lieben  
Mannes, des Dachdeckers  
**Wilhelm Jurisch**  
findet am Freitag, den 26. d. M.,  
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Thomas-Kirchhofes (Ritz-  
dorf, Hermannstraße) aus statt.  
21515 Die trauernde Witwe.

**Dankagung.**  
Für die zahlreiche Teilnahme  
bei der Beerdigung meines lieben  
Mannes sage ich allen Bekannten  
und Freunden, insbesondere den  
Kollegen des „Waldamerika“  
meinen herzlichsten Dank.  
Die trauernde Gattin  
**Klara Borchardt**  
geb. Loy.  
282/15

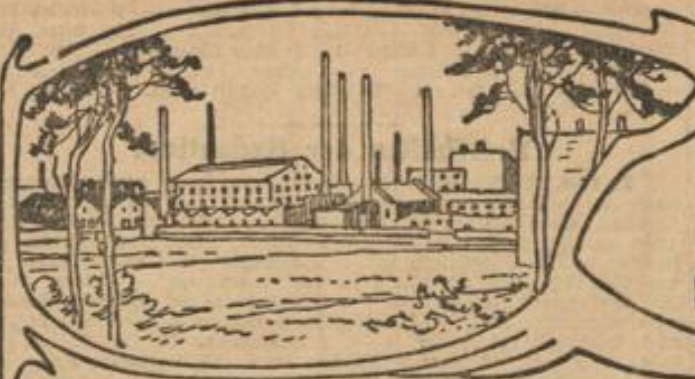
**Dr. Simmel,** Prinzen-  
Str. 41,  
Spezialarzt für  
**Haut- und Harnleiden.**  
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

**Lané & Ney**  
Friedrichstr. 43.  
Täglich abends 8 Uhr:  
Enthüllungen. 30015\*  
Spiritusmus. Gedankentosen.  
Flor de Borneo, große, vorzügliche  
Zigarre, moderne Form, liefert 300 St.  
10,80 M. franco Nachnahme. Zigarren-  
fabrik Bremer Schlüssel, Bremen IV.

**Dankagung.**  
Herzlichen Dank allen für die über-  
aus zahlreiche Beteiligung sowie für  
die herrlichen Kranzspenden bei der  
Beerdigung meiner lieben Frau,  
unserer guten Mutter. 68492  
Besonders dem Gesangsverein Ritz-  
dorfer Männerchor, den Mitgliedern  
des Senefelder-Bundes, des Spar-  
vereins Amelle, sowie meinen  
Kollegen und Mitarbeiterinnen der  
Firma Karl Kühn u. Söhne.  
**Karl Stammwitz** nebst Kindern.  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und Kranzspenden bei der  
Beerdigung meiner lieben Frau  
**Mathilde Griese**  
sage ich allen Bekannten, Freunden  
und Bekannten meinen herzlichsten  
Dank.  
**Gustav Griese,**  
21355  
G a r t n e r.

**Gelegenheitskauf!**  
**Schlafdecken**  
in Wolle, extra schwer  
a 350, 450, 500, 600 M.  
**Pferdedecken**  
a 250, 350, 450, 550 M.  
**Reisedecken**  
**Tiger-Muster**  
a 485, 600, 800, 1000 M.  
Versand p. Nachnahme.  
**Emil Lefèvre**  
Berlin S., Oranienstraße 158.  
**Fehlerhafte Decken**  
spotbillig! 5728L\*

**Expedition des Vorwärts**  
Berlin SW. 68,  
Lindenstr. 69, Laden.  
Von den letzten Weihnachts-  
prämien  
**Fritz Reuters**  
**sämtliche Werke**  
Illustrierte Ausgabe  
in zwei eleganten Bänden  
**Preis Mk. 3,—**  
und  
**Der Gesundheitsschutz**  
in Staat, Gemeinde u. Familie  
von Emanuel Baum  
**Preis Mk. 4,—**  
sind noch eine Anzahl am Lager,  
die wir, soweit der Vorrat reicht,  
zu obigen Preisen abgeben.  
**Expedition des Vorwärts.**



# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 20. Donnerstag, den 25. Januar 1906.

Inserate Sechsgelaltene Kolonetzelle 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Vorort-Nachrichten.

**Parteilosen! Seht die Wählerlisten zur Gemeindevwahl, die bis zum 30. Januar ausliegen, ein oder beauftragt mit der Einsichtnahme einen der schon bekannt gegebenen Genossen am Orte!**

### Weißensee.

In welcher Weise es die hiesigen Hausbesitzer verstanden haben, sich Vorteile auf Kosten der Gemeinde zuzuwenden, kam in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung recht traurig zum Ausdruck. Es ist nämlich jetzt die Entscheidung gemacht worden, daß bei der bisherigen Festsetzung der einmaligen Kanalisationsbeiträge die Gemeinde um verschiedene tausend Taler zugunsten der Hausbesitzer geschädigt worden ist. Nach einem Ortsstatut werden die Besitzer neu zu erbauender Häuser mit einem einmaligen Beitrag zu den Lasten der Kanalisation herangezogen, welche bisher pro laufenden Meter 15 M. betragen. Nach nunmehr angestellten Berechnungen ist aber der Selbstkostenpreis der Gemeinde 46,50 M. Um die Differenz zwischen 15 M. und 46,50 M. = 31,50 M. pro laufenden Meter ist die Gemeinde von denjenigen Hausbesitzern geschädigt worden, welche seit Bestehen der Kanalisation im Jahre 1898 neue Häuser hier errichtet haben. Als unsere Genossen in der Gemeindevertretung diese Wirtschaft kritisierten, waren die Herren Hausbesitzer sehr kleinlaut und zurückhaltend; gar lässlich klang ihre Verteidigung. Am geschicktesten machte es der Vorsitzende des Hausbesitzervereins, Herr Postsekretär und Grundstücksamtmann Meves; seine Aussage war: „Was wollen Sie denn, ich sage doch erst seit zwei Jahren in der Gemeindevertretung, und wenn uns nicht mehr abgefordert werden ist, dann können wir auch nicht mehr zahlen“. Die Herren Direktoren König und Ratmann nahmen sich ihrer angegriffenen Vorgehensweisen warm an und fast schien die Debatte erledigt, aber die Alt-Weißenseer Vertreter legten sich noch in Parisisch. Mit Alt-Weißensee ist seinerzeit der Eingemeindungsvertrag so abgeschlossen worden, daß die zu errichtende Kanalisation für den alten Ortsteil nach dem bestehenden Ortsstatut zu geschehen habe. Unter keinen Umständen werden sie einer Verteuerung zustimmen. Sie erheben denselben Anspruch wie ehemals Neu-Weißensee. Gegen die Stimmen der Alt-Weißenseer wurde der Beschluß gefaßt, daß bis zum Erlaß eines diesbezüglichen Ortsstatuts im Wege der Privatvereinbarung ein einmaliger Beitrag von 50 M. pro Meter festgelegt und erhoben werden soll. Durch diesen Beschluß werden der Gemeinde mit einem Schlage 9000 M. zugeführt, da der Gemeindevorsteher die bis dahin vorhandenen Vangelegenheiten zurückgehalten hat. Die hiesigen Ortsblätter haben von dieser Verhandlung nur sehr kurz berichtet, während sonst für Hausbesitzer-Interessen ganze Spalten zur Verfügung stehen; natürlich muß jetzt vor der Wahl jeder Anstoß vermieden werden.

### Reinickendorf-Ost.

Die Beerdigung unseres Genossen Wilhelm Meier, Schönholz 15, der am 16. d. M. in der Gießerei in der Gießerei tödlich verunglückte, findet heute, Donnerstagmittag 4 1/2 Uhr, auf dem Schönholzer Kirchhof statt. Recht regne Beteiligung der Genossen erwartet.  
Der Vorstand.

### Röpenitz.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag in Marienheim bei Röpenitz in der Vollenhagen Meierei. Ein dort beschäftigter Knecht war an einer Treidelmaschine mit Häckseln beschäftigt. Dabei rutschte er aus und geriet mit dem rechten Fuß zwischen Welle und Kammrad, wobei ihm der Fuß total zermalmt wurde. Der Bedauernswerte wurde dann auf einen Arbeitswagen zum Arzt und von da nach Anlegung eines Rotverbandes nach dem Lazarus-Krankenhaus in Orly gebracht. An dem Betriebe sollen Schutzvorrichtungen nicht vorhanden gewesen sein.

### Charlottenburg.

Freie Volkshöhle Charlottenburg. Auf die heute abend 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Kohnenstr. 3, stattfindende Vorstellung des Dramas „Winter schlaf“ von Max Dreyer wird noch einmal hingewiesen.

Feuer in einem Warenkaufhaus. Gestern vormittag gegen 10 Uhr kam in der Schillerstr. 16, Ecke der Pestalozzistraße, in dem Lagerkeller des Warenkaufhauses von Julius Elias ein größerer Brand aus. Als die Feuerwehr aus der Ostwache in der Raststraße eintraf, fanden Lüche, Kleider und allerhand andere Waren in Flammen. Brandinspektor v. Leopoldt ließ sofort energisch Wasser geben, wodurch es gelang, innerhalb einer Stunde die Gefahr zu beseitigen. Ueber die Entstehungsbefunde ist noch nichts ermittelt. Auch die Höhe des entstandenen Schadens konnte noch nicht festgestellt werden.

### Wilmerdorf.

Am Fahrenstuhl verunglückt. In dem neuerbauten, dem Regierungsbaumeister A. D. Hans Löbelmann gehörigen, in der Kaiserallee 23 belegenen Hause sollte gestern die Prüfung der Hausbesitzer an dem selbsttätigen Fahrenstuhl stattfinden. Um ein sicheres Funktionieren des Mechanismus herbeizuführen, bestieg der bereits geprüfte 33jährige Portier des Hauses Karl Leddin das Dach des Fahrenstuhls und löste die Schrauben, nachdem er den Fahrenstuhl gesichert hatte. Auf unerklärliche Weise versagte die Sicherung. Der Fahrenstuhl ging in die Höhe und Herrn Leddin wurde der Brustkorb eingedrückt. Mit schweren inneren Verletzungen wurde der Verunglückte auf Anordnung eines von der Unfallstation Zoologischer Garten herbeigekommenen Arztes im Automobilkranenwagen nach dem Krankenhaus Lichtenfelde geschafft.

### Schöneberg.

Eine brutale Vergewaltigung erlaubte sich die bürgerliche Mehrheit der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung in ihrer letzten Sitzung gegenüber den Vertretern der Arbeiterschaft. Durch das Ausschließen einiger bürgerlicher Stadtverordneten waren die von ihnen innegehabten Stellen in mehreren Deputationen frei geworden und sollten in der Sitzung neu besetzt werden. Die sozialdemokratische Fraktion, die in den meisten dieser Deputationen bisher nicht vertreten war, erhob jetzt den nach dem Verhältnis ihrer Stärke ihr zukommenden Anspruch auf je einen Sitz in diesen Ausschüssen. Was tat nun aber die schon ganz unter dem Einfluß der Scharfmacher des Haus- und Grundbesitzervereins stehende bürgerliche Mehrheit? Sie lehnte ihren Grundgesetz: „Was geht vor Recht“ lehnten sie diese Forderung kurzweg ab. Kaum ein halbes Dutzend Stadtverordnete aus den bürgerlichen Reihen ließen sich herbei-

für die sozialdemokratischen Vorschläge zu stimmen; aber nicht ein einziger fand sich, der auch nur mit kurzen Worten dafür eingetreten wäre.

Dieselbe bürgerliche Mehrheit, die vor wenigen Tagen sich nicht genug tun konnte, in hochförmlichen Worten gegen die Untergrabung der Selbstverwaltung zu Felde zu ziehen, als es sich um ein taftloses Vorhaben einiger ihrer Kollegen handelte, die gegen einen ihnen nicht genehmen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung Beschwerde beim Regierungspräsidenten einlegten, diese selbe Mehrheit tritt so das Selbstverwaltungsrecht mit Füßen. Wirklich nette Verteidiger der Selbstverwaltung!

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten werden diese willkürliche Rechtslosmachung keineswegs ruhig über sich ergehen lassen. Sie werden den ihnen von bürgerlicher Seite aufgedrungenen Kampf aufnehmen und dann abwarten, wer daraus als Sieger hervorgehen wird. So viel steht fest: sollte die ordnungswidrige Erledigung der Geschäfte der Stadtverordnetenversammlung darunter zu leiden haben, so trägt einzig und allein die bürgerliche Mehrheit daran die Schuld.

Der Zweck des Hinausdrängens der sozialdemokratischen Stadtverordneten aus den betreffenden Deputationen leuchtet zu deutlich hervor, als daß er nicht von jedem erkannt werden sollte. Man will eben hübsch unter sich bleiben und nach eigenem Ermessen schalten und walten, ohne der Kritik und Mitwirkung der sozialdemokratischen Stadtverordneten ausgesetzt zu sein.

Wie notwendig eine Vertretung der Sozialdemokratie vor allen Dingen in denjenigen Deputationen ist, welche über das Wohl und Wehe der städtischen Arbeiter zu entscheiden haben, wird beispielsweise durch folgenden Fall beleuchtet: Im Juli vorigen Jahres wandten sich die städtischen Arbeiter mit der Bitte an den Magistrat um Errichtung eines Arbeiterausschusses. In ihrer Eingabe wiesen die städtischen Arbeiter auf die guten Erfahrungen hin, die andere Städte mit diesen Ausschüssen gemacht haben und präzisierten ihren Wunsch dahin, daß dieser Arbeiterausschuß aus Vertretern sämtlicher Betriebe bestehen soll und alle in den Gemeindebetrieben beschäftigten über 21 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts das Wahlrecht dazu erhalten. Der Magistrat überwies dieses Gesuch zur Begutachtung den in Betracht kommenden Deputationen. Wie wir nun erfahren haben, ist in diesen Deputationen die Notwendigkeit des Arbeiterausschusses zum Teil gar nicht anerkannt worden oder es sind allerhand Bedingungen daran geknüpft. Heute, nach einem halben Jahre also, scheint man sich noch nicht über diese ganz selbstverständliche Forderung klar geworden zu sein. — Das beweist, von wie großem Interesse für die Arbeiterschaft die Zusammensetzung der Deputationen ist. Ihre Vertreter werden alles daran setzen, um einen gesunden Zustand herbeizuführen.

### Pankow.

Im Dienst schwer verunglückt ist der Rangierer Otto Vastubbe aus Französisch-Buchholz, welcher auf dem Bahnhof Pankow verunglückt wurde. Er geriet beim Abkoppeln eines Wagens unter dessen Räder, wobei ihm der rechte Unterschenkel zermalmt wurde. Der Verunglückte wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus geschafft, wo sofort zu einer Amputation des rechten Beines geschritten werden mußte.

### Potsdam.

Ein Konflikt ist in der Potsdamer Fleischer-Jungung dadurch entstanden, daß der Obermeister nicht über die Köpfe der Jungungsmitglieder hinweg an die Potsdamer städtischen Behörden namens der Jungung das Ersuchen richtete, die städtische Salachsteuer aufzuheben und dafür eine Ruhegeldsteuer einzuführen. Als dieser Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung verlesen wurde, erregte er große Heftigkeit. Jetzt haben nun sieben Mitglieder der Fleischer-Jungung, meistens Inhaber größerer Fleischergeschäfte, an den Obermeister nicht das Ersuchen gerichtet, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Jungungssitzung zu legen.

Die hiesigen Rothbrüder über die Havel bei Klein-Osternide, welche während des Neubaus der Glienider Brücke den Verkehr vermittelte, hat jetzt Beleuchtung durch sechs elektrische Bogenlampen, die von dem Potsdamer städtischen Elektrizitätswerk gespeist werden, erhalten. Der Wasserweg nach Sacrow-Moorlatte ist wegen der Anhöfung des Brückengeländes für Fuhrwerke jeder Art noch immer gesperrt, dürfte aber Anfang Februar wieder freigegeben werden. Auch der Tunnel, welcher als Äquivalent dafür, daß Prinz Friedrich Leopold einen Teil seines Parkes zum Neubau der Glienider Brücke abgetreten hat, zwischen den beiden Vororten unter der Berlin-Potsdamer Chaussee hinweg angelegt wurde, ist nahezu vollendet.

Der neue Stadthaushaltsplan für 1906 schließt in seinem jezt im Rathaus ausliegenden Voranschläge in Einnahme und Ausgabe mit rund 4 162 475 M. ab. Gegen den vorjährigen Etat (3 982 952 M.) ist das ein Mehr von 179 523 M. Die Gemeindeabgaben sind 36 400 M. höher als vorjährig angesetzt und mit 1 746 000 M. eingestellt. Die Mehreinnahmen legen sich aus folgenden Posten zusammen: Parkwesen 14 800 M., Gasgesellschaft 2000 M., Friedhof 3200 M., Realgymnasium 3500 M., Auguste Viktoria-Krankenhaus 2400 M., Eisenhartische Heilanstalt 1900 M., Wasserwerke 9700 M., Schlachthaus 3000 M., Elektrizitätswerk 44 110 M., Straßenbahn 6230 M., Ueberfälle aus den Vorjahren 40 000 M., Verschiedenes 86 677 M. — Mindereinnahmen zeigen u. a.: Straßenbahnüberschüsse 5000 M., Krankenhausbewirtschaftung 2300 M. — Die Mehrausgaben betragen z. B. bei Pensionen 6900 M., Renten 53 300 M., höhere Schulen 16 428 M., gewerbliche Fortbildungsschule 43 101 M., Krankenhausbewirtschaftung 7940 M., Säuglingsfürsorge (neu) 1000 M., Armenverwaltung 15 300 M., Schlachthaus 3000 M., Elektrizitätswerk 44 100 M., Straßenbahn 6230 M., Reservefonds 10 140 M., Säubnerverwaltung 19 740 M. — Bei den Minderausgaben interessieren: Dispositionsfonds 23 666 M., Gemeindegewalt 1) 1000 M.

## Berliner Nachrichten.

Der „rote Sonntag“ auf der „Eisburg“.

Welche Verheerungen der 21. Januar in den Köpfen unserer Scharfmacher angerichtet hat, das zu beobachten hatten wir wochenlang vor diesem Tage wiederholt Gelegenheit. Dester haben wir unseren Lesern auszugeweihte Proben der Revolutionsfurcht unserer Gegner unterbreitet. Die Schreiber dieser scharfmacherischen Ergüsse sahen nichts weiter als Blut

und immer wieder Blut; sie beschworen die Regierung, Kanonen und Militär bereitzuhalten zum Empfang der roten Kanaille. Blaue Bohnen sollten die Wahlrechtsdemonstranten am 21. Januar zu Mittag bekommen. Vorbereitungen zu diesem Mittagmahl waren ja auch getroffen, aber das sein Recht heischende Proletariat hatte keinen Appetit nach diesem Bericht, es verzichtete auf den Genuß. Daß die militärischen Anordnungen im strikten Gegensatz zu dem polizeilichen Verhalten standen, haben wir schon erwähnt und offen die taktvolle Haltung der Berliner Polizei anerkannt. Es wäre aber pflichtvergessen von uns, wollten wir nicht weiteren Kreisen mitteilen, daß die Herren Scharfmacher auch ihrerseits alles zur Verteidigung des bedrohten Vaterlandes beigetragen hatten, was in ihren Kräften stand. Warum denn auch immer tagtäglich nur das Papier matträtieren mit dem Hinweis auf die Revolutionsgefahr, jagte sich einer unserer Oberscharfmacher, schreiten wir lieber zur Tat, beweisen wir, daß wir im Kampfe für König und Vaterland nach jeder Richtung hin unseren Mann stehen. Und nun ging unser Oberscharfmacher an die Arbeit. Er rief die Getreuen seines Betriebes, auf die er sich glaubte verlassen zu können, zusammen und führte ihnen die am Sonntag drohende Gefahr vor Augen, indem er ihnen die letzten sechs Nummern des von ihm in seiner Eigenschaft als Chefredakteur redigierten Blattes ausshändigte. Es gälte die Verteidigung des Vaterlandes mit Gut und Blut; jeder wahrhaft Deutsche müsse da auf dem Posten sein. Eine Truppe von neun Mann wurde gebildet und entsprechend ausgerüstet; einer mit einem Karabiner, die anderen mit Revolvern. Die Truppe bestand aus dem Faktor als dem Kommandeur, einem Obermaschinemeister, einem Ober-Stereotypen, zwei Stereotypen-Hilfsarbeitern und vier Mann vom Expeditionspersonal. Seyer und Redakteure waren unter dieser Kolonne nicht vertreten. Damit die Sache klappte, hatte sich der Kommandierende der Truppe, der Faktor, vorher im Schießen geübt, er soll aber auf diesem Gebiete keine Lorbeeren geerntet haben. Die gesamte Truppe wurde nun zum Sonntag vormittag nach der „Eisburg“ bestellt, um den Dienst anzutreten. Ob die Leute zu Hause erst Abschied nehmen mußten, wissen wir nicht, ist aber nach den Anordnungen des Oberbefehlshabers sehr wahrscheinlich. Zunächst wurde die Parole ausgegeben. Ein Vote wurde mit dem Telefon vertraut gemacht und ihm die Telephonnummern des Polizeipräsidiums und der Feuerwehr genau eingeschärft. Die Befehle lauteten: „Die Tore sind fest zu schließen, damit die rote Kohorte nicht ohne weiteres eindringen und etwa die Maschinen vernichten kann. Lassen sich an dem Tore Leute sehen, ist sofort zu schließen!“ Und nun begann das Warten auf den Feind. Doch die Zeit verbram und er ließ sich nicht blicken, so oft man auch nach ihm spähte. Schließlich wußten unsere Vaterlandsverteidiger nichts anderes anzufangen, als nach alter Landsknechtsart sich mit Spiel und Trunk die Zeit zu vertreiben, indes der Anführer der armen Jalstaffgarde, den geladenen Revolver vor sich auf dem Tische liegend, der Dinge harpte, die da kommen sollten. Der Chefkommandeur aber, dem wohl insofern anonymen Androhungen die Laternenpfeiler als Galgenpfeiler erschienen sein mögen — hatte der Tapferkeit befehlertes Teil erwählt und war seit Sonnabend abend — verduftet, so daß der „wütende Mob“ nicht einmal in seiner Privatwohnung seiner hätte habhaft werden können.

Nachdem unsere „tapfere“ Schar so fünf bange Stunden vergeblich gelauert, ergab sie sich; sie ließ die geladenen Revolver liegen und machte sich auf den Heimweg. Die „Arbeit“ war vollbracht und unseram Montag wiedergekehrter Oberscharfmacher konnte in der Montagsausgabe seines Blattes in einem neuen Artikel zum soundsowjetischen Male beweisen, daß nur mit Mut und Entschlossenheit der Sozialdemokratie der Garau werden könne.

Damit konnte nun die Sache erledigt sein, aber sie ist es noch nicht. Wie wir hören, bestehen noch Zweifel darüber, wie hoch diese „Sonntagsleistung“ bewertet wird. Der Herr Chefredakteur hat die Absicht, die Tapferen mit je 3 M. zu entschädigen; die „Söldner“ aber scheinen ihre „Arbeit“ höher zu bewerten. Wie die Sache noch enden wird, steht dahin, daß aber der Herr Chef diese Verteidigertätigkeit so niedrig bewertet, ist unseres Erachtens nur zuzuschreiben dem ständigen Dalles, in dem sich das Blatt befindet.

Zu dieser ganzen „Aktion“ noch ein Wort der Kritik zu sagen, hieße nur die Wirkung derselben abschwächen. Sie zeigt aber, wie sich in den Köpfen unserer Scharfmacher die Arbeiterbewegung widerspiegelt und bei manchen Leuten geradezu zum hellen Wahnsinn führt. Wer der Arrangeur dieser ganzen wahren Geschichte ist und wo sie sich zugetragen, dürften unsere Leser schon erraten haben: Der Oberkommandierende ist niemand anderes als der Chefredakteur der „Post“ und die getroffenen Maßnahmen geschahen zum Schutze dieses Zeitungsunternehmens. Da die „Post“ selbst von ihrem hier bewiesenen Mut ihren Lesern Mitteilung nicht gemacht hat, wollten wir das Verfaumte nachholen und glauben der „Post“ damit einen Gefallen zu erweisen.

Die Maskenverkäufer werden von folgender Bekanntmachung des Polizeipräsidenten nicht sehr erbaut sein: „Der Polizeipräsident macht bekannt, daß die Gefahr besteht, daß mit Gesichtsmasken Krankheitskeime, namentlich solche der Tuberkulose, von einer Person auf die andere übertragen werden können. Der Herr Polizeipräsident warnt daher, aus Kaufgeschäften gebrachte Gesichtsmasken zu entsorgen.“

Eine Explosion, bei welcher 3 Personen mehr oder weniger erheblich verletzt wurden, hat gestern gegen Abend in der „Electromotor“ G. m. b. H. am Schiffbauerdamm 21 stattgefunden. Im Arbeitsraume waren einige Angestellte bei einer Besichtigung, bei der eine Benzolampe benötigt wurde. Einer der jungen Leute soll sich

gegen der Vorschrift den Benzinhälter an einer brennenden Lampe angezündet haben, wodurch das Gas plötzlich zur Explosion kam. Durch die mächtigen Stichflammen wurden drei in unmittelbarer Nähe stehende Personen verletzt. Es waren dies der 20-jährige Schlosser Karl Brunkowski, Hennigsdorferstr. 10, der 16-jährige Lehrling Paul Steger, Kottbusdamm 18/19 und der Ingenieur Paul Krawitz, Friedrichstr. 96 wohnhaft. Die drei hatten Brandwunden am Kopf, im Gesicht und an den Händen erlitten und wurden in einer Droschke nach der nahen Charité gebracht, wo sie die ersten Notverbände erhielten. Auf ihren Wunsch kamen die Verletzten sodann in ihre Wohnung.

**Genosse Bebel schreibt und:**  
Ich lese zu meiner großen Überraschung heute im "Vorwärts", daß die Berliner Schlichtermeister gegen mich eine Entkräftungs-demonstration in Szene setzen werden, weil ich in meiner Rede am Sonntag im Moabit-Gelehrtenhaus den Namen des Hof-schlichtermeisters Helfer in Verbindung mit Vordellwirten genannt hätte. Ich habe in meiner Rede den Namen Helfer nicht über die Lippen gebracht, ich habe von einem sehr bekannten Berliner Schlichtermeister gesprochen, der nebst verschiedenen Vordellwirten Helfer erster Klasse gewesen sei, was im Jahre 1903 seinem der preussischen Minister passiert wäre. Der Berichterstatter eines bürgerlichen Blattes hat alsdann aus eigner Denkart den Namen Helfer in seinen Bericht aufgenommen, wofür sich der Herr bei diesem bedanken mag, vorausgesetzt, daß die Ehre, als Helfer erster Klasse bezeichnet zu werden, ihn kränkt.

Ein großes Schlaglicht auf unsere sozialen Zustände wirft folgende trodene Lokalnachricht:

**Verhängung.** Von einem fürchterlichen Schicksal ist der wohnungslose Schlächter Wiede aus Berlin ereilt worden. Er wurde schon seit mehreren Tagen vermisst und vergeblich gesucht. Gestern fand man in einer unbewohnten Kammer eines Hinterhauses der Wuggenhausenstraße in Lichtenberg die Leiche eines unbekannten Mannes in liegender Stellung. In dem Toten wurde der vermisste W. erkannt. Nach Aufhebung des Verzehrs ist die Todesursache auf Entkräftung zurückzuführen. Die Leiche hatte bereits seit mehreren Tagen in der Kammer gelegen.

Nichtsdestoweniger werden unsere gesellschaftlichen Einrichtungen über den grünen Klee gelobt; behaupten doch unsere Gegner stets, daß nirgends so für die Arbeiter gesorgt ist, wie in Deutschland, dem Staate der Sozialreform. Die nackten Tatsachen zeigen das Schreckbild der Medaille.

**Eine Luftlinie mit dem Tode geknüpft.** Der immer von neuem gerührte Leichtsinns von Schulkindern, sich an Fuhrwerke anzuhängen, hat gestern wieder einmal ein junges Menschenleben gefordert. In der Bodstraße hatte sich der 7-jährige Schüler Stephan G. aus der Prinzen-Allee 57 an ein Automobil angehängt und war während der Fahrt auf die Straße gestürzt. Ein hinterdrein kommender Lastwagen fuhr nun über den Leichtsinnsigen hinweg und schwer verletzt wurde G. unter den Rädern hervorgezogen. Das rechte Bein war schon vollständig gerissen und am linken Fuß die Fehlen abgefahren worden. Auch schwere innere Verletzungen hatte der Knabe erlitten. Noch lebend wurde er in das Krankenhaus Moabit gebracht, wo ihn der Tod von seinen fürchterlichen Qualen nachmittags erlöste.

Durch Kohlenoxydgas schwer betäubt wurden gestern nachmittags die Arbeiter Otto Krüger aus der Rigauerstr. 110 und Wilhelm Stabenow aus der Turmstraße 54 in der Fabrik von Siemens u. Halske in der Franklinstraße. Dem herbeigeeilten Krankenarzt gelang es vermittels des Sauerstoff-Apparates die beiden Arbeiter ins Leben zurückzurufen. Dann wurden sie in einem von der Firma gestellten Automobil nach dem Krankenhaus Moabit geschafft.

**Bekoren hat gestern in der Gegend der Schützenstraße ein Droschkentreiber eine Brieftasche, enthaltend sein Wahlvereinsbuch, Aufnahmehefte für Wahlvereine und den Verein für Droschkentreiber. Außerdem befanden sich noch eine Anzahl Visiten zu einem Kabarettabend in Weissenhof und einige wertvolle Notizen darin. Der Finder wird gebeten, die Tasche im Vereinsbureau der Droschkentreiber, Schützenstraße 58, abzugeben.**

**Vom Schafott ins Zuchthaus.** Zu lebenslänglichem Zuchthaus ist jetzt der Heilgehülfe Hugo Walter, der, wie erinnerlich, vor zwei Jahren wegen Ermordung seiner Frau vom Schwurgericht zum Tode verurteilt wurde, begnadigt worden. Einweisung ist er jedoch in die Irrenanstalt Herzberge gebracht worden. Seine Verurteilung erregte damals in weiten Kreisen Aufsehen, weil schon während der Gerichtsverhandlung Momente zulage traten, die Zweifel an der vollen Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten aufkommen ließen. Es wurde ihm zur Last gelegt, daß er seine von ihm getrennt lebende Frau bei Dallgow erdrosselt und dann aufgehängt habe. Wenn anfangs nach Auffindung der Leiche auch mit einem Selbstmorde gerechnet wurde, so ermittelte die Kriminal-polizei doch bald, daß sich Walter an dem Mordtage in Begleitung seiner Frau in jener Gegend aufgehalten habe. Er war feierzeit von Holland nach Berlin gekommen und mit seiner Frau nach Dallgow hinausgefahren. Walter behauptete, er habe sich mit seiner Frau wieder betrogen wollen, sie aber ihres Benehmens wegen in Dallgow verlassen. Dort müsse sie sich selbst das Leben genommen haben. Andererseits aber wurde angenommen, Walter habe seine Frau ermorde, um eine andere heiraten zu können. Die Geschworenen hatten ihn schuldig gesprochen.

**Ermarrt aufgefunden** wurde gestern morgen in der Nähe von Hennigsdorf im königlichen Forst eine etwa 40-jährige Frau, welche aus Vöhren an der Kremmener Bahn stammen soll. Die Frau hatte sich allem Anschein nach ermüdet im Walde hingesetzt und war dort eingeschlafen. Als die Unglückliche von Arbeitern gefunden wurde, war sie bereits völlig ermarrt und befehlungslos. Man brachte die Erkrankte nach Hennigsdorf, wo es einem Arzte gelang, sie wieder ins Leben zurückzurufen. Trotzdem ist der Zustand der Frau ein derartig ungünstiger, daß sie noch einem Krankenhause gebracht werden mußte, woselbst sie hoffnungslos darniederliegt.

**Arbeiter-Samariter-Kolonie.** Heute abend 9 Uhr, 3. Abteilung, im Schöneberg bei Ost, Reinigerstr. 8: Vortrag über Ertrinken — Erstickung — verschiedene Formen der Bewußtlosigkeit. Nach dem Vortrage praktische Übungen und Wiederbelebungsversuche. Vorführung des Sauerstoff-Atmungsapparates. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Gäste haben einmündigen freien Zutritt.

**Zentral-Kranke- und Begräbnisstelle der Sattler und Berufs-genossen Deutschlands „Hoffnung“ (E. D. 64 zu Berlin).** Sonnabend, den 27. Januar 1906, abends 9 Uhr, im Restaurant G. Weisbach, Grünstraße 21, Quartalsversammlung.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschall-Direktion. Rindfleisch Ia 62-65 pr. 100 Pfund, IIa 54-60, IIIa 48-52, IVa 38-46. Kalbfleisch Ia 82-90, IIa 65-80, IIIa 55-64, Hammelfleisch Ia 63-75, IIa 50-62, Schweinefleisch 66-76. Rotwild Pfund 0,40-0,52 Pf. Hasen Stück 3,00-3,40, mittel 2,00-2,80. Kaninchen Stück 1,-1,20. Hühner pro Stück, alte 1,50-3,25, junge Ia 1,30-1,60, IIa 0,90-0,90. Tauben, junge 0,75, alte 0,60-0,60. Enten junge 0,60-0,60. Gänse pr. Pfd. Ia 0,60-0,68, IIa 0,55-0,58, russische 0,40-0,55 Pf. Schmalz pr. 100 Pf. Runder 15-24 Pf. pro 100 Pf. Deutsche 102-110 Pf. Schleier unsortiert 00-00 Pf. Kase, groß 00-00, mittel 103-107, klein 0,00 Pf. Wäßen 00 Pf., Karpfen umf. 77 Pf., Lachs 0,00 Pf. Schottische Vollheringe (gelalzen) 40-44 Pf. Eier, Schaf 4,50. Butter pro 100 Pfund Ia 114-117, IIa 110-114, IIIa 105-110, abfallende 00-00. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00-2,20, roten 0,60-0,60, blaue 0,60-0,60, runde weiße 1,80-2,00. Wirsing Kohl pr. Schock 7,00-12,00, Weißkohl pr. 100 Pfd. 2,75-3,25 Rotkohl pr. Schock 6,00-10,00, Kohl 14-18 Pf. Saure Gurken, Schock 2,00 Pf., Pfeffergurken 2,00 Pf.

**Wasserstand am 23. Januar.** Elbe bei Ruffig + 0,70 Meter, bei Dresden - 0,62 Meter, bei Magdeburg + 2,21 Meter. — Havel bei Strausfurt + 2,00 Meter. — Oder bei Rastow + 1,00 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,04 Meter, bei Breslau Unterpegel - 1,00 Meter, bei Frankfurt + 1,84 Meter. — Weichsel bei Braßembünde + 3,78 Meter. — Warthe bei Rosen + 1,78 Meter. — Nege bei Ulf -,- Meter.

**Briefkasten der Redaktion.**

**Z. 100.** Volkshilfsvereine vom Roten Kreuz verpflegt Kranken in Heilstätten und unterstützt eventuell auch die Familien der Kranken. Geschäftsstelle: Charlottenburg, Knechtstr. 29. — **109.** Angaben nur für Berlin: Anfangsgehalt 2400 Pf., Höchstgehalt 4000 Pf., zu erreichen in 30 Dienstjahren mit 8 Steigerungen. Ob die Laufbahn zu empfehlen ist? Fragt sich, was Sie von ihr erwarten. — **Smart.** Berliner Waisenverwaltung zahlt für ihre in Familienpflege gegebenen Waisen Kinder monatlich; an die hiesige Familien für Kinder im 1. Lebensjahr 21 Pf., im 2. Lebensjahr 18 Pf., im 3.-6. Lebensjahr 12 Pf., für Knaben im 7.-14. Lebensjahr 12 Pf., für Mädchen im 7.-15. Lebensjahr 9 Pf.; an Familien näherer Vororte dieselben Beträge; an Familien fernerer Orte etwas niedrigere Beträge. — **Stammisch 29. 1.** Der von Ihnen Genannte gilt dafür. 2. Nein. — **S. 2. 20.** Nein. — **Thaler 300.** Fragen Sie in der königl. Ränge an. — **S. 2. 45.** Jean Holze, Hamburg, Drehbahn 45. — **100 Pfenninge.** Fragen Sie einen Arzt. — **S. N., Johannisthal.** Wenden Sie sich an den Ruderverein „Vorwärts“, Stralau, Tunnelstr. 17.

**Streitenberger, Ja. — Dunderstr. 11.** Davon ist uns nichts bekannt. — **S. 17.** Dies erfahren Sie im Auskunftsbureau Bahnhof Alexanderplatz und Potsdamer Bahnhof. — **Seite 100.** Durchweg 100 Prozent. — **S. N.** Geschäfte empfehlen wie grundfänglich nicht. — **S. 52.** Beste Auskunft erhalten Sie dorthin.

**Briefkasten der Expedition.**

**S. S. 39.** Biographie Friedrich Ludwig Jahns kostet 3,20 Pf. Zu beziehen durch die Expedition des „Vorwärts“.

**Emil Hoegner**  
Grunewaldstraße 108.  
Wäsche-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren.  
Vorgezeichnete und fertige Handarbeiten.  
**Herren-Artikel.**  
Mitglied von 8 Rabatt- u. Sparvereinen.  
265V\*

**Leih-Haus** Charlottenburg, Friedrich-Karl-Platz 12, Berlin, Kullamer-Str. 2.  
Belebung von Brillanten, Gold- und Silberarbeiten, Uhren, Schmuck, Wäsche, Kleidungsstücke etc. 306V\*

**Leihhaus** Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 40 I.  
Hohe Belohnung. Diskr. Sprechzimmer

**Eduard Möller** 307V\*  
Hüte, Mützen, Pelzwaren  
Rixdorf, Bergstr. 24.

**90 H. Joseph & Co. 90**  
Berlinerstr. 55. RIXDORF. Ecke Jägerstr.  
Lieferant der Berliner Beamten-Vereinigung. Größtes Geschäft am Platze. Lieferant des Rixdorfer Lehrer-Vereins.

**Sonder-Verkauf von 90 Pfennig-Artikeln.**  
Von Donnerstag, den 25. d. Mts., an veranstalten einen  
Sonder-Verkauf von 90 Pfennig-Artikeln.  
Zu diesem Zwecke haben wir große Warenbestände weit unter dem regulären Wert erstanden und bringen dieselben für den Einheitspreis von 90 Pf. zum Verkauf. Es wird hiermit dem geehrten Publikum Gelegenheit geboten, nur gediegene erstklassige Ware zu selten günstigen Preisen einzukaufen.

<p><b>Kleiderstoffe.</b></p> <p>Ein großer Posten moderner Frühjahrs-Neuheiten . . . . . Mtr. 90 Pf.</p> <p>Reinwoll. Cheviots, 110 cm breit . . . . . 90 "</p> <p>Reinwoll. Crepes, halbt. Stoffe . . . . . 90 "</p> <p>Engl. Kostümstoffe, Neuheiten . . . . . 90 "</p> <p>Reinwoll. Velles . . . . . 90 "</p> <p>Ball-Neuheiten in Jacquard- und Damast-Geweben . . . . . 90 "</p> <p>Damentuche zu praktischen Kleidern . . . . . 90 "</p> <p>1 Posten Wascheide, apart. Dessins . . . . . 90 "</p> <p>1 Posten reinwoll. Karos und Streifen für Blusen u. Kinderkleider . . . . . 90 "</p> <p>Heste u. Abschnitte in gewebten bedruckten u. Velours, Bluse 2 1/2 m. . . . . 90 "</p> <p><b>Für die Einsegnung:</b> Schwarze, farbige u. weiße Kleiderstoffe, glatt u. gemustert, enorme Auswahl Mtr. 90 Pf.</p> <p><b>Ein großer Posten Damen-Blusen</b> Velour mit reizenden Mustern . . . . . Mtr. 90 Pf.</p> <p>Ein Posten Kinderkleider . . . . . Mtr. 90 Pf.</p> <p><b>Trikotagen u. Wollwaren.</b></p> <p>Ein Normal-Herrenhemd . . . . . 90 Pf.</p> <p>Eine Normal-Herrenhose . . . . . 90 "</p> <p>3 Paar Damenstrümpfe, Wolla plattiert . . . . . 90 "</p> <p>3 " " " schwarz . . . . . 90 "</p> <p>3 " Herrensocken . . . . . 90 "</p> <p>1/2 Pfd.-Stück Wolle, schwarz u. meliert 90 Pf.</p>	<p><b>Leinen- und Baumwollwaren.</b></p> <p>1 Garten-Decke . . . . . 90 Pf.</p> <p>1 Tee-Decke mit farbiger Bordüre . . . . . 90 "</p> <p>1 Dtzd. Staubtücher . . . . . 90 "</p> <p>1/2 " " " Pollertücher . . . . . 90 "</p> <p>1 Frottier-Handtuch mit Jacquard-Bordüre . . . . . 90 "</p> <p>1 Rolltuch mit Figuren-Muster . . . . . 90 "</p> <p>1 Dtzd. weiße Taschentücher . . . . . 90 "</p> <p>1/2 " " Servietten . . . . . 90 "</p> <p>1 " " Bilder-Taschentücher . . . . . 90 "</p> <p>1 weißes Tischtuch . . . . . 90 "</p> <p>4 große Stubenhandtücher . . . . . 90 "</p> <p>4 " " Küchenhandtücher . . . . . 90 "</p> <p>2 1/2 Meter Rock-Velour-Barchent . . . . . 90 "</p> <p>2 Meter gestreifter Schürzenstoff . . . . . 90 "</p> <p><b>Wäsche.</b></p> <p>1 Damenhemd, Priesen- oder Achsel-form, mit Spitze . . . . . 90 Pf.</p> <p>1 Beinkleid, Croisé-Barchent mit Languette . . . . . 90 "</p> <p>1 Beinkleid, Hemdentuch m. Languette . . . . . 90 "</p> <p>1 Beinkleid mit Stickerei . . . . . 90 "</p> <p>1 Knie-Beinkleid mit Stickerei . . . . . 90 "</p> <p>1 Croisé-Nachtjacke mit Spitze . . . . . 90 "</p> <p>1 bunte Nachtjacke . . . . . 90 "</p> <p>1 Dimitt-Nachtjacke . . . . . 90 "</p> <p>1 gestreiftes Velour-Beinkleid . . . . . 90 "</p> <p>2 Stück Kinderhemden . . . . . 90 "</p>	<p><b>Schuhwaren.</b></p> <p>1 Paar Damen-Filzschuhe mit Otter-einfassung . . . . . 90 Pf.</p> <p>1 " " Damen-Plüschpantoffel mit Ledersohle . . . . . 90 "</p> <p>3 " " Damen Ia-Cordpantoffel . . . . . 90 "</p> <p>1 " " Herren-Filzpantoffel . . . . . 90 "</p> <p>1 " " Kinder-Melton-Niedertreter mit Ledersohle . . . . . 90 "</p> <p>1 " " Kinder-Filz-Ohrschuhe mit Ledersohle u. Lederspitze . . . . . 90 "</p> <p>1 " " Knaben-Lederstiefel warm-gefüllt . . . . . 90 "</p> <p>1 " " Kinder-Gummischeuhe . . . . . 90 "</p> <p>6 große Dosen prima Schuhcreme schwarz u. farbig . . . . . 90 "</p> <p><b>Schürzen.</b></p> <p>1 Wirtschafts-Schürze mit Tasche, Besatz und Volant . . . . . 90 Pf.</p> <p>1 Halbform-Schürze . . . . . 90 "</p> <p>1 Achselband-Schürze . . . . . 90 "</p> <p>2 Stück Tüdel-Schürzen, Satin Augusta, reich garniert . . . . . 90 "</p> <p>1 Kinder-Schürze, Satin Augusta, 45-60 cm lang . . . . . 90 "</p> <p>1 Tüdel-Schürze, Organdy, mit Spitzen-Stickerei . . . . . 90 "</p> <p>1 weiße Kinder-Achsel-Schürze . . . . . 90 "</p> <p><b>Korsetts</b> in Satin, Drell und 90 Pf. brochierten Stoffen . . . . . 90 Pf.</p> <p>1/2 Dutzend Korsettschoner . . . . . 90 Pf.</p>	<p><b>Tapiserie</b> aus Satin Augusta oder Fischerleinen mit Besatz in Kreuz- und Stylstich.</p> <p>1 Besenhandtuch . . . . . 90 Pf.</p> <p>1 Küchenparadehandtuch . . . . . 90 "</p> <p>1 Marktnetz . . . . . 90 "</p> <p>1 Sofakissen m. Satin-Volant u. Applikat . . . . . 90 "</p> <p><b>Wirtschaftsartikel.</b></p> <p>1 Satz (6 Stück) Glaskompositionen 90 Pf.</p> <p>1 Wasserkanne mit 2 Gläsern . . . . . 90 "</p> <p>1 Käseglocke, 1 Butterdose, 6 Gläser . . . . . 90 "</p> <p>4 Paar Porzellantassen mit Goldrand 90 "</p> <p>6 " " " groß gerippt 90 "</p> <p>1 Satz (6 Stück) weiße Milchöpfe 90 "</p> <p>4 Stück große dekorierte Milchöpfe 90 "</p> <p>2 " " Porzellan-Salattieren m. Fuß 90 "</p> <p>3 " " Steingut- do. extra groß 90 "</p> <p>1 Waschgarnitur, 4teilig, weiß . . . . . 90 Pf.</p> <p>6 Stück dekorierte Speiseteller . . . . . 90 Pf.</p> <p>1 blaue Kaffeemühle, Nickeltrichter . . . . . 90 "</p> <p>1 Besen, 1 Handfeger, 1 Schrapper 90 "</p> <p>1 Elmer mit Scheuertuch . . . . . 90 "</p> <p>2 Aufstellbilder mit Metallrand . . . . . 90 "</p> <p>1 Haussegen . . . . . 90 "</p> <p>1 Wandbild . . . . . 90 "</p> <p>7 Rollen Toilettenpapier . . . . . 90 "</p> <p>1 Bambusständer mit 2 Jek Tellern 90 "</p> <p>1 Küchenlampe mit dekoriertem Vase 90 "</p> <p>1 Tischlampe mit 10" Bronzer . . . . . 90 Pf.</p> <p>1 Postkarten-Album für 300 Karten . . . . . 90 Pf.</p> <p>1 Photographie-Album, Plüsch . . . . . 90 "</p> <p>1 Herren- od. Damen-Sportportemonnaie 90 "</p> <p>1 Damen-Kettentasche . . . . . 90 "</p>
--	--	--	--

Trotz dieser enorm billigen Preise verabfolgen wir auch auf diese Artikel unsere beliebten **Rabatt-Marken.**  
Beachten Sie bitte die Auslagen unserer Schaufenster und Schaukästen.  
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.